

zda

Zentrum für
Demokratie
Aarau

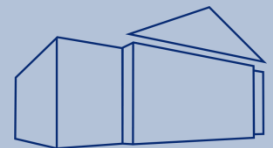
Philippe E. Rochat und Daniel Kübler

Beteiligung im Kanton Glarus

Zwischenbericht 2: Ergebnisse einer
repräsentativen Umfrage

Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau
30. Dezember 2020

www.zdaarau.ch



Inhaltsverzeichnis

1.	Ausgangslage	1
1.1.	Fragestellungen	1
1.2.	Bevölkerungsbefragung	2
1.3.	Methodisches Vorgehen	2
1.4.	Aufbau des vorliegenden Berichts	2
2.	Die Sicht der Glarnerinnen und Glarner auf Kanton, Gemeinden, Medien und Politik	3
2.1	Leben im Kanton Glarus: Verbundenheit und Zufriedenheit	3
2.2	Politische Einstellungen und Meinungen	5
2.3	Exkurs: Mediennutzung	10
3.	Politische Partizipation im Kanton Glarus	15
3.1	Die Teilnahmegruppen: immer, selektiv und nie Teilnehmende	16
3.2	Die Struktur der empirischen Analyse.....	17
	Soziale Gruppierung: soziodemographische und sozioökonomische Indikatoren.....	17
	Mentale Gruppierung: Einstellungen, Meinungen und Wertvorstellungen.....	17
3.3	Die Teilnahmehäufigkeit im Kanton Glarus: ein erster Überblick.....	18
	Teilnahme in der Urndemokratie	18
	Teilnahme in der Versammlungsdemokratie	19
	Teilnahme zwischen Urnen- und Versammlungsdemokratie	21
4.	Teilnahme an Wahlen	23
5.	Teilnahme an eidgenössischen Abstimmungen	29
6.	Gemeindeversammlungen	33
6.1	Die Teilnahme an Gemeindeversammlungen.....	33
6.2	Ansichten und Erfahrungen mit Gemeindeversammlungen	36
6.3	Ausgestaltung der Versammlungen	40
6.4	(Wieder-)Einführung Gemeindeparlament und Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen.....	44
7.	Landsgemeinde	49
7.1	Die Teilnahme an der Landsgemeinde	49
7.2	Mögliche Reformen.....	52
8.	Schlussfolgerungen	57
8.1	Empirische Hauptergebnisse der Teilnahmeanalyse.....	57
	Soziale Schichtung der Teilnahme	57
	Der Einfluss normativer Werte und Vorstellungen.....	59
8.2	Schlussbetrachtung	61
9.	Anhang	65
9.1	Technischer Anhang zur Umfrage	65
	Stichprobenziehung	65
	Rücklauf.....	65
	Stichprobenrealisierung	65
	Gewichtung.....	66
	Teilnahmehäufigkeit.....	67
9.2	Häufigkeit Mediennutzung nach Alter	69
9.3	Weitere Formen politischer Partizipation	71

9.4	Operationalisierungen.....	73
9.5	Conjoint Analyse.....	76
	Kurzbeschreibung der Methode.....	76
	Dimensionen und Ausprägungen	77
	Ergebnis nach Gemeinden	79
	Abbildungsverzeichnis	81
	Tabellenverzeichnis	82
	Literaturverzeichnis	83

1. Ausgangslage

Zur Umsetzung des Legislaturziels 1 aus der Legislaturplanung 2019-2022 hat der Regierungsrat des Kantons Glarus beschlossen, einen Bericht über die «Förderung der Partizipation der Stimmberechtigten auf Stufe Bund, Kanton und Gemeinden» vorzulegen. Die Erarbeitung des Berichts umfasst die drei Schritte (1.) Beschreibung der Ausgangslage, (2.) Analyse der Situation und (3.) Identifikation von Handlungsfeldern und Massnahmen zur Förderung der Partizipation. Für die Realisierung des Berichts wurde eine Arbeitsgruppe unter Federführung der Glarner Staatskanzlei eingesetzt, die vom Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) mit wissenschaftlicher Expertise unterstützt wird.

Der erste Teil der wissenschaftlichen Expertise («Beschreibung der Ausgangslage») bietet eine Übersicht über die politische Partizipation im Kanton Glarus. Dazu wurden vorhandene Datensätze, Wahl- und Abstimmungsprotokolle sowie weitere Dokumente ausgewertet. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden im Bericht «Politische Teilnahme im Kanton Glarus. Zwischenbericht 1: Beschrieb der Ausgangslage» (Rochat und Kübler 2020) zusammengefasst. Die Analyse zeigt, dass die Partizipation im Kanton Glarus insgesamt als eher tief zu beurteilen ist. So weist der Kanton Glarus die tiefste Teilnahmequote aller Kantone bei kantonalen Parlamentswahlen vor und zählt bei eidgenössischen Wahlen regelmässig zu den Kantonen mit der tiefsten Beteiligung. Ebenso ist die Partizipationsrate bei eidgenössischen Abstimmungen der letzten Dekade im Kanton Glarus als klar unterdurchschnittlich zu bewerten. Die mittlere Beteiligung von zwischen 4.1 und 5.8 Prozent an Gemeindeversammlungen ist ebenfalls nicht hoch, stellt im Vergleich mit ähnlich grossen Gemeinden anderer Kantone aber keinen sonderlich tiefen Wert dar.

Der zweite Teil der wissenschaftlichen Analyse («Analyse der Situation») bildet den Gegenstand des vorliegenden Berichts. Dabei geht es um die Identifikation der Gründe für die (Nicht-)Beteiligung der Stimmberechtigten. Nachdem im ersten Teil die Teilnahme auf Ebene des Kantons und der Gemeinden betrachtet worden ist, stehen im vorliegenden zweiten Teil also die Stimmberechtigten selbst im Zentrum des Interesses.

1.1. Fragestellungen

Gemäss Studienkonzept lauten die mit der vorliegenden Analyse zu beantwortenden Fragestellungen wie folgt:

- Welche individuellen Merkmale sind mit der (Nicht-)Nutzung der verschiedenen Möglichkeiten zur politischen Beteiligung im Kanton Glarus assoziiert? Gibt es Bevölkerungsgruppen, die sich nie beteiligen und somit als ‘politisch entfremdet’ bezeichnet werden müssen?
- Welche kontextuellen Merkmale der verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten beeinflussen deren (Nicht-)Nutzung durch die Stimmberechtigten?
- Wie zufrieden sind die Glarner Stimmberechtigten mit den politischen Mitwirkungsmöglichkeiten auf Kantons- bzw. Gemeindeebene?
- Wie stehen die Glarner Stimmberechtigten zu möglichen Reformen der demokratischen Institutionen? Was ist Ihre Meinung zu Reformvorschlägen wie zum Beispiel der Einführung eines Stimmzwangs, der Abschaffung der Landsgemeinde, der Umstellung auf ein Parlamentssystem auf Gemeindeebene?

1.2. Bevölkerungsbefragung

Zur Untersuchung dieser Forschungsfragen wurde im September und Oktober 2020 eine anonyme, repräsentative Befragung von Stimmberechtigten aus allen drei Glarner Gemeinden durchgeführt.¹ Hierzu wurde ein standardisierter Fragebogen an 9000 Stimmberechtigte verschickt. Diese wurden zufällig aus dem Stimmregister der Gemeinden ausgewählt (siehe hierzu die technischen Ausführungen im Anhang, Kapitel 9.1). Die Teilnahme an der Umfrage war sowohl mittels Papierfragebogen als auch online möglich. Die Befragung erfolgte anonym und der Datenschutz war stets gewährleistet.

Insgesamt beteiligten sich 2710 Stimmberechtigte im Alter zwischen 16 und 97 Jahren. Damit erreichte die Umfrage einen erfreulichen Rücklauf von über 30 Prozent, was als gut bis sehr gut zu bewerten ist. Die Daten wurden sodann nach Alter, Geschlecht und Gemeinde gewichtet (siehe Kapitel 9.1). Damit entspricht die Verteilung nach Alter, Geschlecht und Gemeinde in der realisierten Stichprobe exakt der Verteilung in der Gesamtpopulation des Glarner Stimmvolks.

Trotz Gewichtung der Daten nach soziodemographischen Gesichtspunkten bleiben statistische Verzerrungen hinsichtlich der tatsächlichen Teilnahmerate bestehen. Wie in politischen Umfragen üblich, erscheint die Teilnahmequote gemäss Stichprobe insgesamt als zu hoch. Aus methodischer Sicht stellt dies für die vorliegende Analyse aber kein grundlegendes Problem dar (siehe Kapitel 9.1).

1.3. Methodisches Vorgehen

Die erhobenen, anonymen Daten werden mit Methoden der deskriptiven und schliessenden Statistik ausgewertet. Im Zentrum des Interesses steht dabei der Vergleich zwischen den Teilnahmegruppen (immer vs. selektiv vs. nie Teilnehmende) hinsichtlich der in der wissenschaftlichen Partizipationsforschung als zentral angesehenen Parameter (vgl. Kapitel 3). Das Ziel der Auswertung besteht also weder in der Analyse einer konkreten Wahl, Abstimmung oder Versammlung, noch in der Projektion oder Vorhersage von Teilnahmequoten. Stattdessen geht es um den retrospektiven Vergleich verschiedener Gruppen von Stimmberechtigten mit Blick auf die politische Partizipation. Im Fokus steht dabei die Teilnahme an Wahlen, Abstimmungen, Gemeindeversammlungen und Landsgemeinden.

1.4. Aufbau des vorliegenden Berichts

Im Folgenden wird in einem ersten Schritt eine allgemeine Verortung der Umfrageteilnehmenden vorgenommen. Dabei geht es einerseits um die Darstellung der grundsätzlichen Meinungen und Ansichten zum Leben im Glarnerland, andererseits um die Einstellungen der Glarnerinnen und Glarner zur Politik (Kapitel 2). Sodann nimmt Kapitel 3 die politische Partizipation in den Blick. Dabei wird die Struktur der vorliegenden Analyse ausgeführt und gezeigt, wie die politische Partizipation gemessen und untersucht wird. In den folgenden Kapiteln wird das Ausmass der politischen Partizipation in Wahlen (Kapitel 4), Abstimmungen (Kapitel 5), Gemeindeversammlungen (Kapitel 6) und Landsgemeinden (Kapitel 7) empirisch untersucht. Das abschliessende Kapitel 8 fasst die gewonnenen Erkenntnisse zusammen.

¹ Selbstverständlich vermag eine Umfrage niemals die ganze Vielfalt an Meinungen, Ansichten und Positionen der Stimmbürgerschaft abzubilden. Ihre statistische Auswertung ist auf den Vergleich von Verteilungen, Mittelwerten und Prüfgrössen ausgerichtet und geht folglich zwangsläufig immer mit Verallgemeinerungen einher. So vermag die vorliegende Analyse zwar zentrale Tendenzen, Trends, Zusammenhänge und Unterschiede aufzuzeigen. Die Vorstellung, damit die gesamte kausale Kette der Begründung politischer Partizipation mit all ihren Einflussfaktoren in ihrer ganzen Tiefe darzustellen, ist aber illusorisch.

2. Die Sicht der Glarnerinnen und Glarner auf Kanton, Gemeinden, Medien und Politik

Was denken die Glarnerinnen und Glarner über das Leben in ihrem Kanton? Fühlen sie sich mit dem Kanton und den Gemeinden verbunden? Interessieren sie sich für Politik und wie sehr vertrauen sie den politischen Akteuren? Solche und weitere Fragen einer grundsätzlichen Verortung der Glarner Stimmbürgerschaft stehen im Fokus des vorliegenden Kapitels. Dabei wird in einem ersten Schritt ein Blick auf die Verbundenheit sowie die Zufriedenheit mit dem Leben im Wohnort, der Gemeinde, dem Kanton und der Schweiz geworfen (Kapitel 2.1). In einem zweiten Schritt werden die grundlegenden Ansichten zur Politik präsentiert (Kapitel 2.2), bevor das Kapitel mit einem Exkurs darüber abgeschlossen wird, wie sich die Umfrageteilnehmenden überhaupt über Politik informieren (Kapitel 2.3).

2.1 Leben im Kanton Glarus: Verbundenheit und Zufriedenheit

Wie stehen die Glarnerinnen zur Schweiz, ihrem Kanton, ihren Gemeinden und Wohnorten? Dies soll mit dem vorliegenden Kapitel geklärt werden. Schliesslich kann man vermuten, dass ein gewisser Grad an Verbundenheit und Identifikation eine wichtige Voraussetzung zur freiwilligen politischen Partizipation darstellt.

Zunächst zeigt die Auswertung der Umfrage, dass sich die Glarnerinnen und Glarner nicht in erster Linie mit dem Kanton oder den Gemeinden, sondern mit der gesamten Schweiz verbunden fühlen (Abbildung 1). Auf einer Skala von 0 bis 10 erreicht die Verbundenheit mit der Schweiz einen Mittelwert von 8.6.

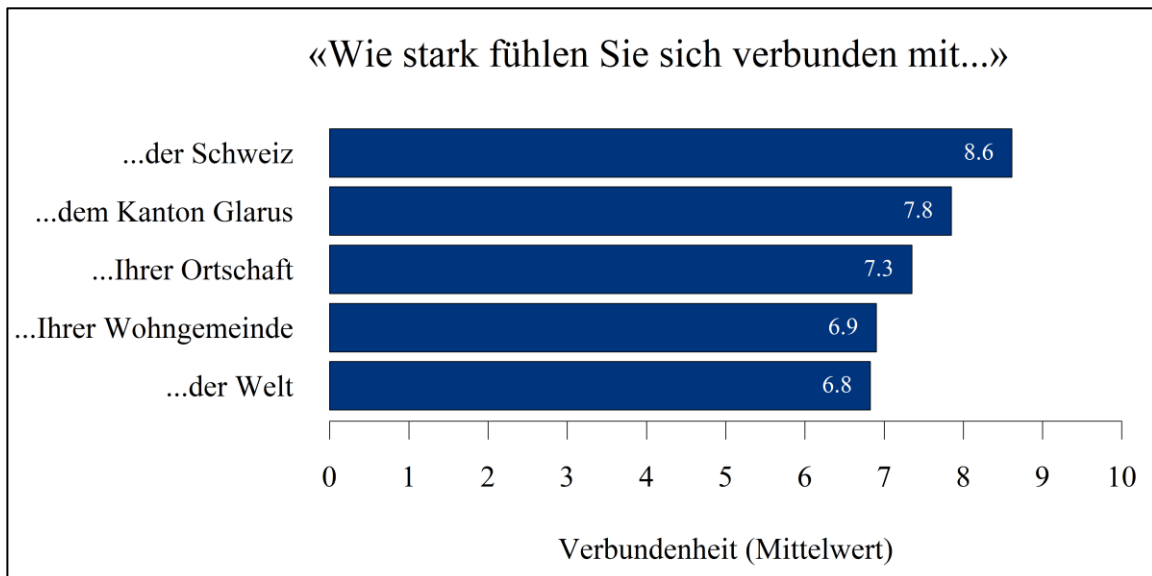


Abbildung 1: Durchschnittliche Verbundenheit mit verschiedenen Gebietskörperschaften

Erläuterung: Die Frage kann auf einer Skala von 0 (nicht verbunden) bis 10 (sehr verbunden) beantwortet werden. In der Abbildung sind die arithmetischen Mittelwerte dargestellt.

Bereits an zweiter Stelle folgt aber der Kanton mit einer durchschnittlichen Verbundenheit von rund 7.8. Noch stärker als mit der Gemeinde fühlen sich die Stimmberechtigten sodann mit den Ortschaften verbunden, in denen sie leben. Das direkte wohnliche Umfeld spielt damit insgesamt eine stärkere Rolle als die politische Einwohnergemeinde. Tatsächlich ist die Verbundenheit mit der Gemeinde in etwa so stark wie die Verbundenheit mit der ganzen Welt. Zwischen den Gemeinden können zwar gewisse Unterschiede erkannt werden, die Reihenfolge bleibt aber in allen drei Gemeinden gleich.²

Abbildung 1 offenbart ein Muster, das sich im Laufe der Studie immer wieder zeigt. Dies illustriert etwa Abbildung 2, in der die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben in den verschiedenen Gebieten dargestellt wird. Zwar sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Einheiten geringer als bei der Frage nach der Verbundenheit, jedoch bleibt die Reihenfolge bestehen.

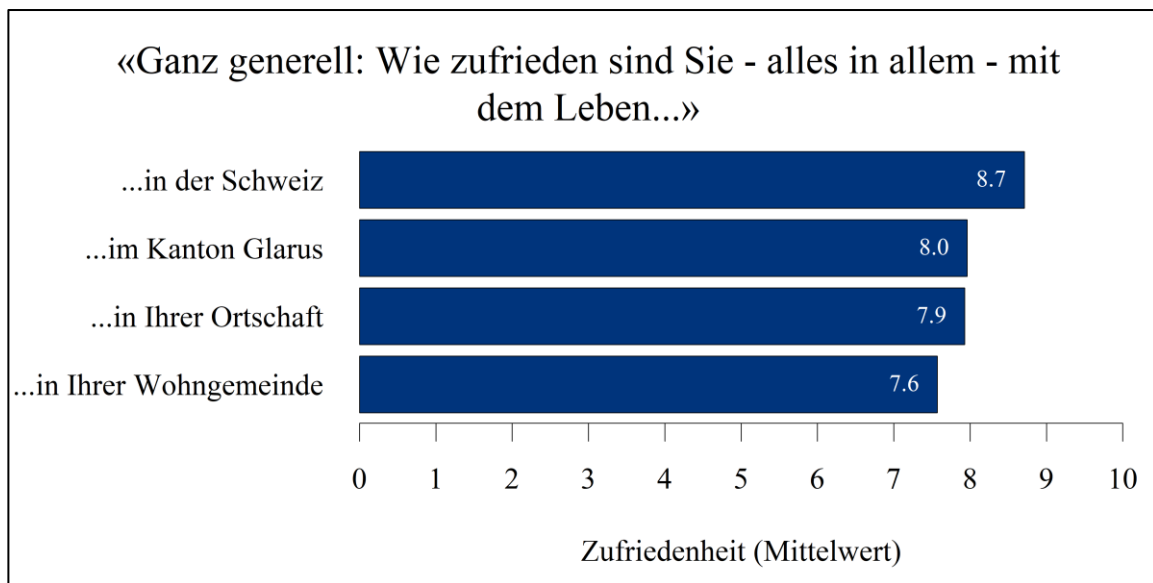


Abbildung 2: Durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben in verschiedenen Gebietskörperschaften

Erläuterung: Die Frage kann auf einer Skala von 0 (nicht zufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) beantwortet werden. In der Abbildung dargestellt sind die arithmetischen Mittelwerte.

Die Auswertung zeigt, dass die Glarnerinnen und Glarner im Durchschnitt besonders zufrieden sind mit ihrem Leben in der Schweiz, gefolgt vom Leben im Kanton, in der Ortschaft und in der politischen Gemeinde (Abbildung 2). Anders formuliert: die Unzufriedenheit mit der Gemeinde ist am grössten. Wiederum können gewisse, jedoch eher geringfügige Unterschiede zwischen den drei Gemeinden ausgemacht werden.³

² Die stärkste Verbundenheit mit ihrer Gemeinde empfinden die Stimmberechtigten in der Gemeinde Glarus (7.3), gefolgt von Glarus Süd (7.0) und Glarus Nord (6.6). In allen drei Gemeinden ist die durchschnittliche Verbundenheit mit dem Wohnort stärker als mit der politischen Gemeinde. Im Schnitt bewerten die Stimmberechtigten von Glarus und Glarus Süd ihre Verbundenheit mit ihrer Ortschaft mit jeweils 7.5, gefolgt von Glarus Nord mit 7.2.

³ Am zufriedensten mit dem Leben in ihrer Wohngemeinde und ihren Ortschaften sind wiederum die Stimmberechtigten der Gemeinde Glarus. In allen drei Gemeinde ist die Zufriedenheit mit dem Leben in den Ortschaften (leicht) höher als die Zufriedenheit mit dem Leben in der jeweiligen Gemeinde. Die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde beträgt in der Gemeinde Glarus 7.8. Leicht höher ist die mittlere Zufriedenheit mit dem Leben in der jeweiligen Ortschaft mit einem Wert von 8.0. Auf denselben Wert kommt die Gemeinde Glarus Süd, wobei die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde 7.5 beträgt. Ebenfalls 7.5 beträgt die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde Glarus Nord. In Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Leben in den Ortschaften kommt die Gemeinde auf einen Mittelwert von 7.8.

2.2 Politische Einstellungen und Meinungen

Wie steht es um die Ansichten der Glarnerinnen und Glarner zum Thema Politik? Um uns ihren politischen Ansichten zu nähern, werden im Folgenden das *Vertrauen* gegenüber Behörden und Institutionen, das *politische Interesse* sowie die *externe und interne Wirksamkeit* genauer beleuchtet. Bevor wir damit starten, wollen wir aber zuerst einen Blick auf die politische Entscheidungsfindung werfen. Welche Art von Demokratie wünscht sich das Glarner Stimmvolk?

Der Grossteil der Stimmberechtigten wünscht sich grundsätzlich ein politisches System, in dem sie mitentscheiden können. Dies zeigt sich darin, dass viele Glarnerinnen und Glarner den Wunsch äussern, dass das Volk grundsätzlich immer das letzte Wort haben soll (Abbildung 3).

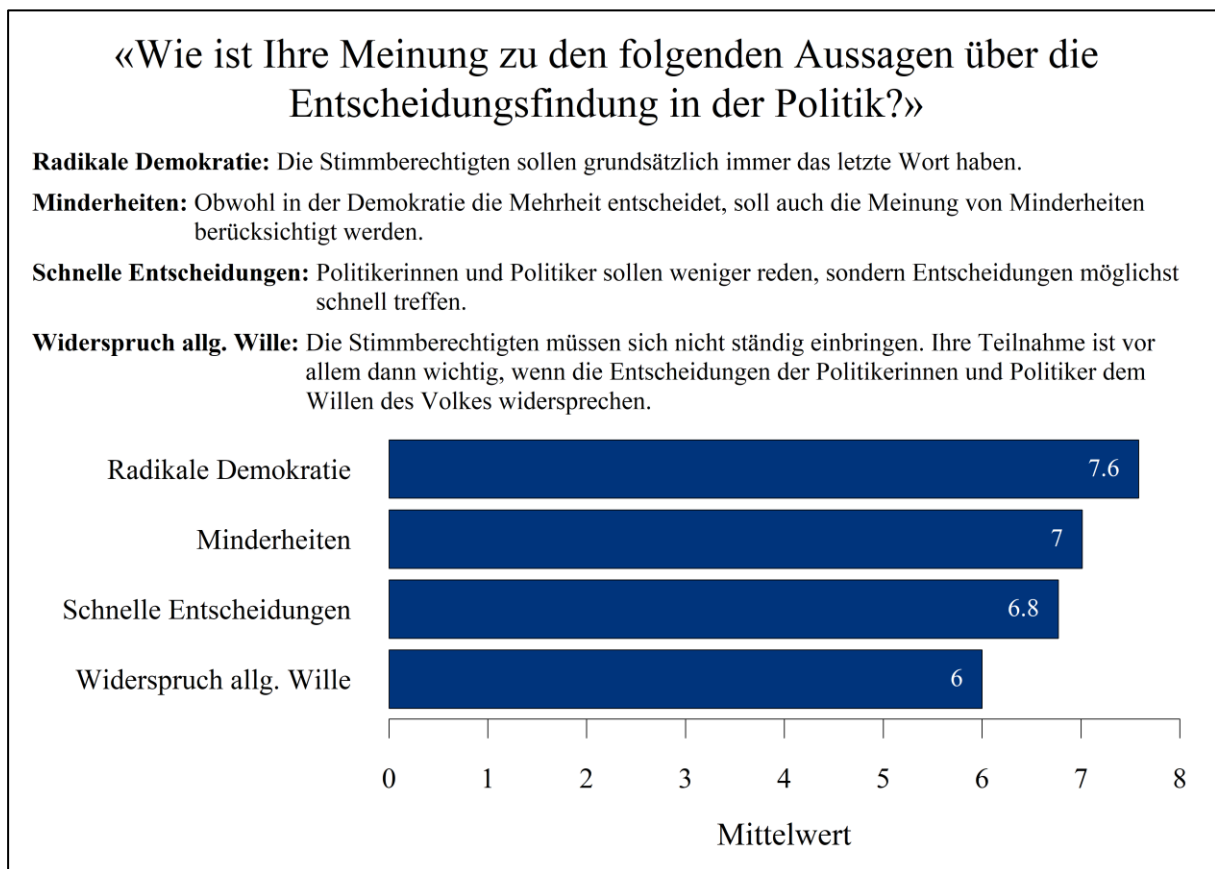


Abbildung 3: Ansichten zur politischen Entscheidungsfindung (Mittelwerte)

Erläuterung: Die Frage kann auf einer Skala von 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu) beantwortet werden. In der Abbildung sind die arithmetischen Mittelwerte dargestellt.

Vor diesem Hintergrund werden die insgesamt eher tiefen Glarner Partizipationsraten also eher nicht mit einem generellen Desinteresse an der *Möglichkeit* zur politischen Mitwirkung einhergehen. Dies bedeutet aber nicht, dass man die Möglichkeit zur Mitbestimmung auch tatsächlich nutzt und auch tatsächlich politisch partizipiert. So spricht sich denn auch ein relativ grosser Teil der Stimmbürgerschaft für eine Demokratie aus, die stärker repräsentativ ausgerichtet ist (Argument «schnelle Entscheidungen») oder eine Partizipation nur dann nötig macht, wenn man sie als besonders wichtig erachtet (Argument «Widerspruch allg. Wille»). Indes geht die Mehrheitsdemokratie immer auch mit der Gefahr einer «Tyrannei der Mehrheit» einher. Dass man eine solche angehen will und dass

deshalb auch die Meinung von Minderheiten berücksichtigt werden sollen, ist eine insgesamt geteilte Ansicht (Argument «Minderheiten», Abbildung 3).

Die Möglichkeit zur politischen Teilnahme will man sich also kaum nehmen lassen. Darin könnte sich auch ein gewisses Mass an politischem Misstrauen gegenüber den Behörden und Institutionen manifestieren. Grundsätzlich ist **Vertrauen** gegenüber den Behörden und Institutionen eine Grundvoraussetzung einer funktionierenden Demokratie. Auf der anderen Seite braucht die Demokratie aber auch eine «aktive, leicht skeptische Bevölkerung» (Heidelberger 2018: 69). Wie stark das Vertrauen der Glarnerinnen und Glarner gegenüber verschiedenen Akteuren ist, wird in Abbildung 4 dargestellt.

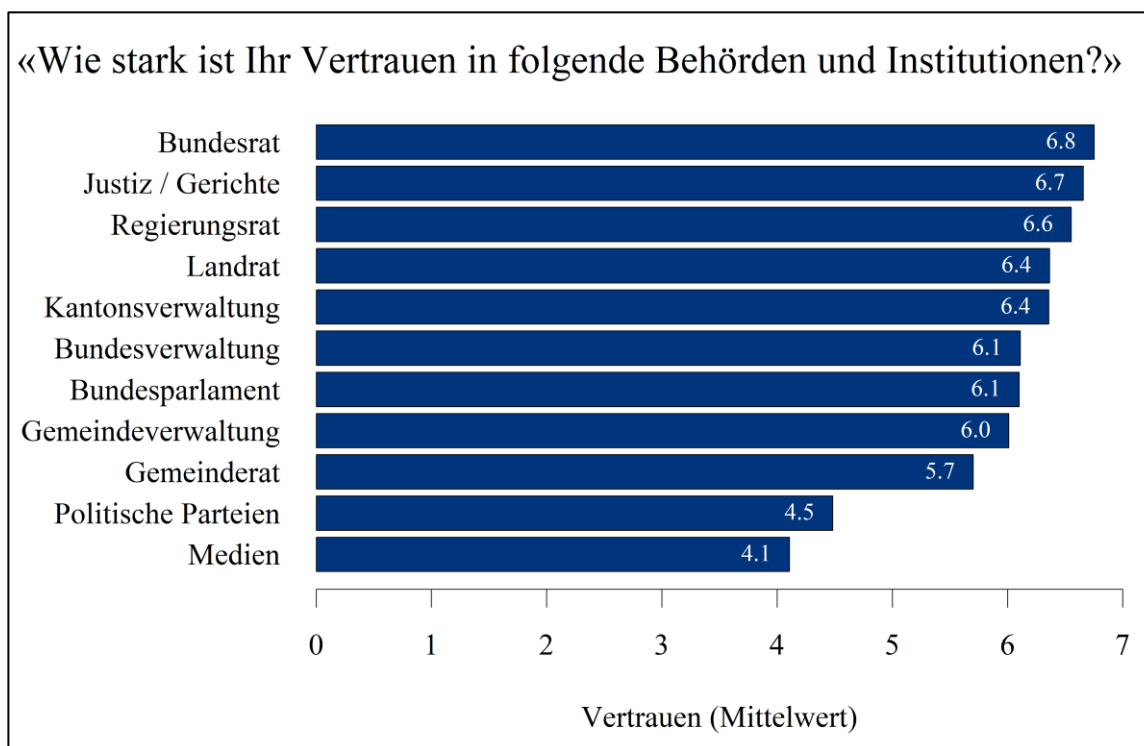


Abbildung 4: Durchschnittliches Vertrauen in Behörden und Institutionen

Erläuterung: Die Frage kann auf einer Skala von 0 (kein Vertrauen) bis 10 (volles Vertrauen) beantwortet werden. In der Abbildung dargestellt sind die arithmetischen Mittelwerte.

Das insgesamt höchste Vertrauen der befragten Glarnerinnen und Glarner geniesst der Bundesrat (Abbildung 4). Auf einer Skala von 0 bis 10 erreicht er einen Mittelwert von 6.8. Nur geringfügig tiefer ist das durchschnittliche Vertrauen gegenüber dem Justiz- und Gerichtswesen. An dritter Stelle folgt sodann der Regierungsrat mit einem Durchschnittswert von 6.6. Am meisten Vertrauen geniessen somit die Exekutiven auf Bundes- und Kantonebene sowie das Justizwesen.

Nach dem Regierungsrat folgen mit einem Durchschnittswert von je 6.4 die anderen beiden abgefragten Akteure auf Kantonebene: der Landrat und die Kantonsverwaltung.⁴ Es folgen die restlichen beiden Akteure auf Bundesebene. Sowohl die Bundesverwaltung als auch das Bundesparlament erreichen einen Mittelwert von je 6.1. Erst danach werden die politischen Akteure auf Gemeindeebene gelistet. Dabei geniessen die Gemeindeverwaltungen insgesamt das grössere Vertrauen

⁴ Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Verwaltungen auf allen drei politischen Ebenen den höchsten Anteil an «weiss nicht»-Antworten aufweisen. Einigen befragten Stimmberechtigten fällt es also eher schwer, sich eine Meinung über die Arbeit der Verwaltungen zu bilden.

als die kommunalen Exekutiven, die auf einen Mittelwert von 5.7 kommen. Von allen abgefragten politischen Akteuren, die einer Volkswahl unterstehen, sind es somit die Gemeinderäte, die auf das insgesamt tiefste Vertrauen stossen. Oder anders formuliert: Von allen abgefragten Gremien mit Volkswahl ist das Misstrauen gegenüber den Gemeinderäten am grössten. Wiederum gibt es gewisse – jedoch nicht allzu beträchtliche – Unterschiede zwischen den drei Gemeinden.⁵ Über ein besonders tiefes Vertrauen verfügen schliesslich die politischen Parteien sowie die Medien. Innerhalb der Glarner Stimmbürgerschaft scheint damit ein nicht unerhebliches Misstrauen gegenüber diesen beiden Akteuren vorzuherrschen.

Eine der ganz zentralen Voraussetzungen zur politischen Partizipation ist sodann das *Interesse an Politik*. Wer sich nicht für Politik interessiert, wird sich ohne Zwang auch kaum darum bemühen. Das im Kanton Glarus an den Tag gelegte Interesse an Politik ist insgesamt aber als hoch zu bewerten.⁶ So gibt rund jede zweite Person an, dass sie sich im Allgemeinen ziemlich für Politik interessiert, während sich jede fünfte Person sogar sehr interessiert (Abbildung 5). Auf der anderen Seite haben rund 28 Prozent der Befragten kein oder nur wenig Interesse an Politik im Allgemeinen.

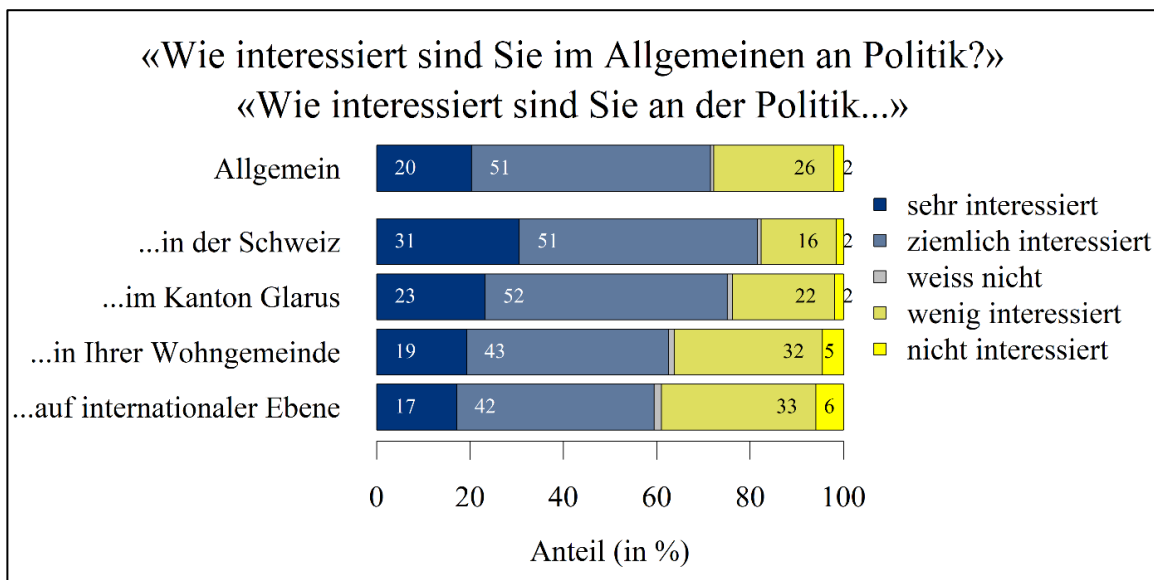


Abbildung 5: Interesse an Politik

Die festgestellte Reihenfolge zwischen den einzelnen politischen Ebenen bestätigt sich auch mit Blick auf das politische Interesse. Rund 82 Prozent der befragten Glarnerinnen und Glarner interessieren sich mindestens ziemlich für die Politik der Schweiz, während sich drei Viertel mindestens eher für die Politik des Kantons Glarus interessieren (Abbildung 5). Rund ein Viertel interessieren sich demgegenüber nicht oder nur wenig für kantonale Politik. Tiefer ist das Interesse an der Politik der Gemeinde. Indes interessiert sich nach wie vor eine klare Mehrheit von rund 62 Prozent der Befragten mindestens eher für die kommunale Politik. Insgesamt am unattraktivsten erscheint den befragten Glarnerinnen und Glarnern die internationale Politik.

⁵ Am meisten Vertrauen geniessen die Verwaltung (6.1) und die Exekutive (5.9) in der Gemeinde Glarus. Nur leicht tiefer ist das durchschnittliche Vertrauen in die Gemeinderäte von Glarus Nord (5.7) und Glarus Süd (5.6). Mit Blick auf die Verwaltungen kommt die Gemeinde Glarus Süd auf einen Mittelwert von 6.0 und die Gemeinde Glarus Nord auf 5.9.

⁶ Indes ist darauf hinzuweisen, dass die hier ausgewiesenen Werte insgesamt wohl etwas zu hoch sind. Tatsächlich ist davon auszugehen, dass politisch interessierte Personen tendenziell eher an einer politischen Umfrage teilnehmen als Personen, die keinerlei Interesse an Politik haben (siehe Kapitel 9.1).

In allen drei Gemeinden zeigt jeweils eine klare Mehrheit der Stimmberechtigten sehr oder ziemlich grosses Interesse an der Politik ihrer Gemeinde (Abbildung 6). Das insgesamt höchste Interesse ist in der Gemeinde Glarus Süd zu beobachten. Beinahe 70 Prozent der Stimmberechtigten geben an, dass sie sich mindestens ziemlich für Politik interessieren, wobei jede fünfte Person ein sehr grosses politisches Interesse an den Tag legt. Demgegenüber bewerten rund drei von zehn Stimmberechtigte ihr politisches Interesse als gering oder sehr gering. Etwas tiefer ist das Interesse an der Politik der Gemeinde in Glarus Nord. Zwei von fünf Stimmberechtigten zeigen wenig oder kein Interesse an kommunaler Politik. Indes geben etwa gleich viele Personen an, dass sie sich ziemlich für kommunale Politik interessieren, während weitere 19 Prozent ein sehr grosses Interesse vorweisen.

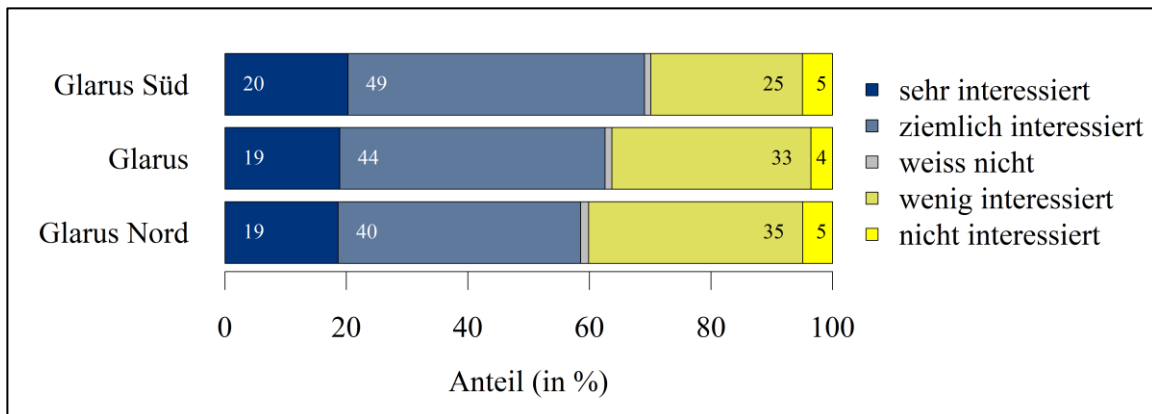


Abbildung 6: Interesse an Politik der Gemeinde, nach Gemeinden

Interesse an Politik ist das Eine. Doch fühlen sich die Stimmberechtigten überhaupt in der Lage, sich politisch zu beteiligen? Diese gefühlte eigene Fähigkeit zur Teilnahme an der Politik wird in der Forschung als «interne Wirksamkeit» («internal political efficacy») umschrieben. Sie wird in der vorliegenden Umfrage mit zwei standardisierten Argumenten gemessen. Konkret werden die Stimmberechtigten gefragt, ob sie es sich zutrauen, sich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen und ob sie wichtige politische Fragen gut verstehen und einschätzen können.

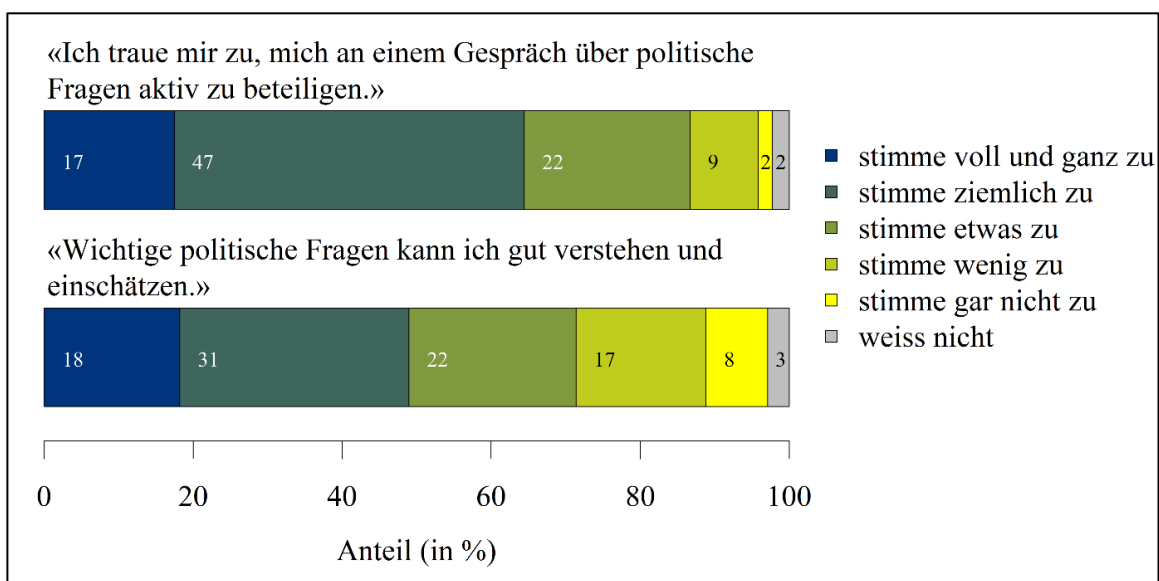


Abbildung 7: Argumente zur internen Wirksamkeit

Gemäss den Antworten der teilnehmenden Stimmberechtigten trauen es sich rund zwei von drei Personen voll und ganz oder ziemlich zu, an einem Gespräch über politische Themen teilzunehmen (64 Prozent, siehe Abbildung 7). Nur jeder neunte Stimmberechtigte ist demgegenüber gar nicht oder nur wenig dieser Ansicht. Sodann gibt fast die Hälfte der Stimmberechtigten an, dass sie politische Fragen mindestens ziemlich gut verstehen und einschätzen können (49 Prozent). Rund 18 Prozent können dies sogar sehr gut. Ihnen steht etwa ein Viertel der Teilnehmenden gegenüber, die diese Ansicht gar nicht oder nur wenig teilen. Zusammengenommen erscheint das Mass an interner Wirksamkeit insgesamt als relativ hoch.

Von dieser «internen Wirksamkeit» kann die «**externe Wirksamkeit**» («*external political efficacy*») unterschieden werden. Geht es bei der internen Wirksamkeit um die eigene, gefühlte Kompetenz zur Teilnahme an Politik, so dreht sich die externe Wirksamkeit um die Frage, ob das politische System überhaupt auf die Inputs, Präferenzen und Wünsche der Stimmbürgerschaft reagiert. Wie die Glarnerinnen und Glarner dazu stehen, wird in der vorliegenden Umfrage wiederum mit zwei standardisierten Argumenten gemessen (Abbildung 8).

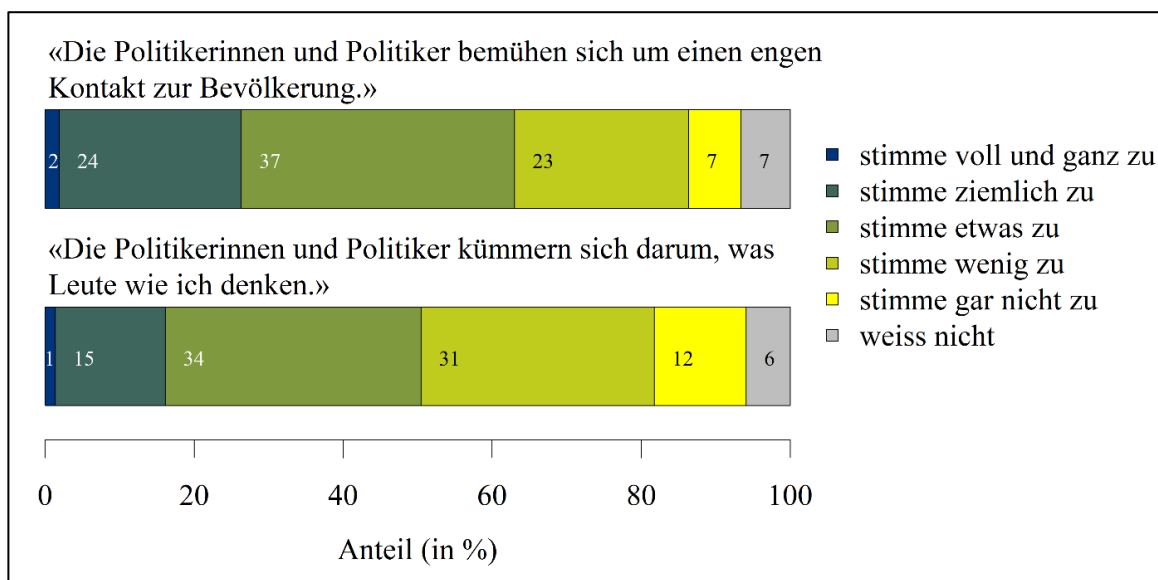


Abbildung 8: Argumente zur externen Wirksamkeit

Dabei zeigt sich, dass nur verschwindend kleine Minderheiten voll und ganz den Ansichten zustimmen, dass sich Politikerinnen und Politiker um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen und dass sich Politikerinnen und Politiker darum kümmern, was die Leute denken. Demgegenüber können sieben, respektive zwölf Prozent diesen beiden Ansichten gar nicht zustimmen. Indes stimmen immerhin rund 15 Prozent ziemlich dem Argument zu, dass sich Politiker darum kümmern, was die Leute denken. Hingegen stimmen drei von zehn Befragte dieser Ansicht nur wenig zu (31 Prozent).

Dass sich Politikerinnen und Politiker um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen, wird häufiger bejaht (Abbildung 8). Indes ist der Anteil der Personen, die dieser Ansicht voll und ganz oder zumindest ziemlich zustimmen, mit rund 26 Prozent nach wie vor klar minderheitlich. Ihnen stehen gut 30 Prozent der Stimmberechtigten gegenüber, die dieser Ansicht gar nicht oder nur wenig zustimmen können. Zusammengenommen drängt sich der Eindruck auf, dass das wahrgenommene Mass an externer Wirksamkeit eher tief ist – tiefer zumindest als die interne Wirksamkeit. Dies bestätigt sich

auch in Abbildung 37 im Anhang (Kapitel 9.4). Dort dargestellt sind die auf Basis der Antworten erstellten Indizes für die interne und externe Wirksamkeit.

2.3 Exkurs: Mediennutzung

Um politisch partizipieren zu können, braucht es ein Mindestmass an Information. Wer sich über politische Fragen informiert, fühlt sich zumeist auch kompetenter, kann sich einfacher eine eigene Meinung bilden und wird folglich mit grösserer Wahrscheinlichkeit auch politisch selber partizipieren. Indes haben wir gesehen, dass die Glarnerinnen und Glarner den Medien insgesamt eher wenig Vertrauen entgegenbringen (Abbildung 4). Es stellt sich deshalb die Frage, welche Medien von den Glarnerinnen und Glarnern wie häufig konsumiert werden und wie verschiedene Informationsquellen beurteilt werden.

Zunächst zeigt sich, dass sich rund die Hälfte der Glarnerinnen und Glarner an mindestens fünf Tagen pro Woche via lokale Zeitungen über politische Themen informiert (51 Prozent, siehe Abbildung 9). Nur gut 12 Prozent konsultieren sie seltener als einmal pro Woche. Damit treten lokale Zeitungen als das insgesamt wichtigste politische Informationsmedium in Erscheinung.

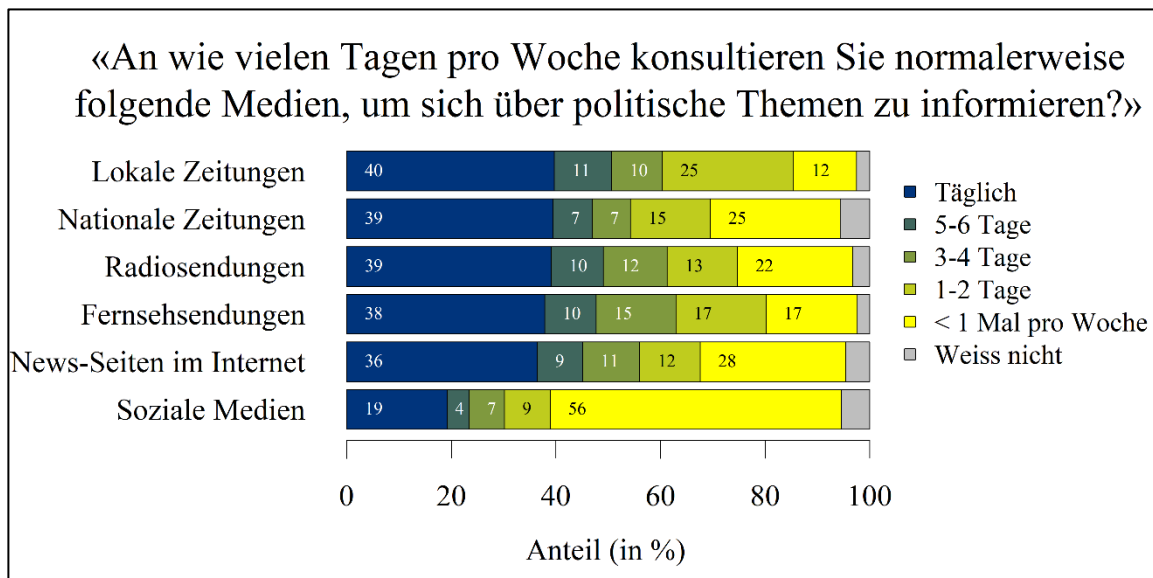


Abbildung 9: Nutzungshäufigkeit verschiedener Medien

Neben den lokalen Zeitungen spielen aber auch weitere Medienerzeugnisse bedeutende Rollen, allen voran die nationalen Zeitungen sowie Radio- und Fernsehsendungen. Jeweils etwas weniger als die Hälfte der befragten Stimmberechtigten konsumiert diese Medien an mindestens fünf Tagen pro Woche (Abbildung 9). Indes werden nationale Zeitungen von rund einem Viertel der Befragten seltener als einmal pro Woche konsultiert. Polarisiert erscheint die Situation bei News-Seiten im Internet. Während sie von gut 36 Prozent der Befragten täglich genutzt werden, verzichten 28 Prozent der Teilnehmenden weitestgehend auf Online-Informationen zu politischen Themen. Die insgesamt kleinste Rolle spielen soziale Medien. Mehr als die Hälfte der befragten Stimmberechtigten (56 Prozent) nutzt sie nicht oder zumindest seltener als einmal pro Woche, während knapp ein Fünftel der Stimmberechtigten (19 Prozent) mindestens täglich auf sozialen Medien aktiv ist, um sich über Politik zu informieren.

Dabei kann ein Alterseffekt erkannt werden. So werden Zeitungen, Radio und Fernsehen vor allem von älteren Kohorten genutzt, während soziale Medien insbesondere von den jüngeren Befragten konsultiert werden (siehe Abbildung 33 im Anhang, Kapitel 9.2). Rund 29 Prozent der 16- bis 29-jährigen Befragten nutzen sie täglich, während lediglich 9 Prozent der Befragten über 70 Jahre täglich in den sozialen Medien aktiv sind. News-Seiten im Internet wiederum werden verstärkt von der Gruppe der 40- bis 49-Jährigen konsumiert. Gut die Hälfte der Befragten in dieser Altersgruppe nutzen sie täglich.

Insgesamt sind die befragten Glarnerinnen und Glarner also fleissige Medienkonsumenten. Zusammengenommen geben rund drei von vier Befragten (75 Prozent) an, dass sie mindestens eines der sechs abgefragten Medienerzeugnisse täglich nutzen. Nur knapp über zehn Prozent der Befragten konsultiert keines der sechs Medienerzeugnisse häufiger als dreimal pro Woche. Wiederum zeigen sich Unterschiede im Alter. Je älter die Befragten sind, desto häufiger nutzen sie tendenziell eines der betrachteten Medienerzeugnisse (siehe Kapitel 9.2 im Anhang).

Dies ist aber nur die eine Seite der Informationsgewinnung, denn neben diesen auf dem freien Markt verfügbaren Informationsquellen bekommen die Stimmberechtigten auch Informationen direkt von den Behörden. Ob diese genutzt werden und wie ihre Qualität beurteilt wird, stellt Abbildung 10 dar.

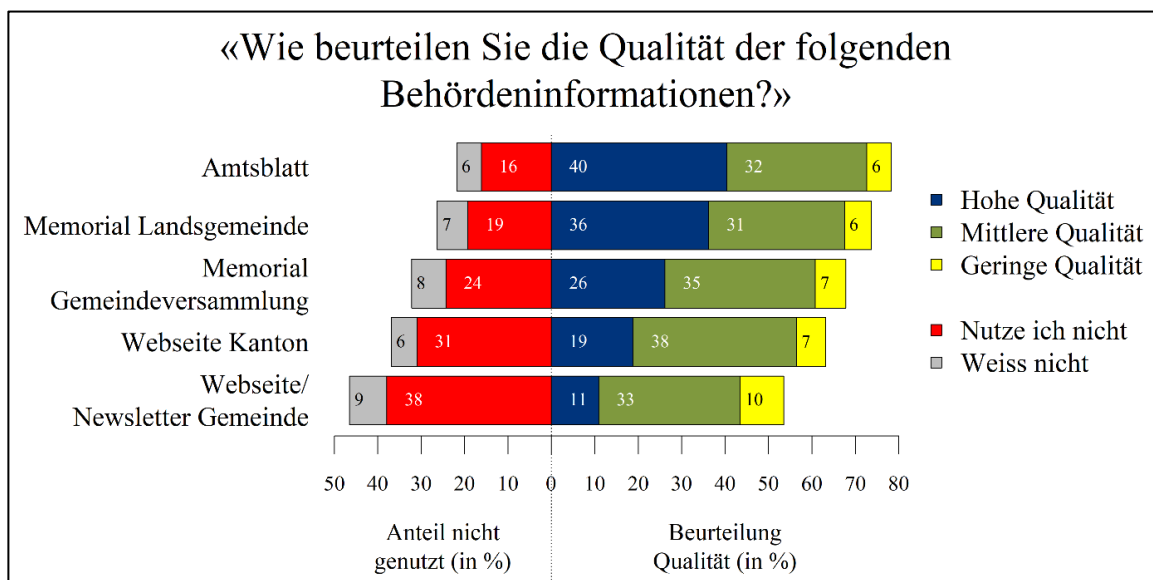


Abbildung 10: Qualität und Nutzung verschiedener Behördeninformationen

Die insgesamt häufigste Nutzung bei gleichzeitig grösster zugeschriebener Qualität geniesst das Amtsblatt. Zwei von fünf Befragten schreiben ihm eine hohe Qualität zu, während gut jede sechste Person es nicht nutzt (Abbildung 10). An zweiter und dritter Stelle folgen sodann die Memoriale. Mehr als jede dritte Person (36 Prozent) erachtet die Qualität des Landsgemeinde-Memorials als hoch, während es von gut jeder fünften Person (19 Prozent) nicht genutzt wird. Auf eine noch etwas tiefere Nutzung kommen die Memoriale der Gemeindeversammlungen. Gut jede vierte Person (24 Prozent) nutzt sie nicht. Auf der anderen Seite wertet ein fast gleich grosser Teil der Befragten (26 Prozent) seine Qualität als hoch ein.⁷

⁷ Zwischen den drei Gemeinden gibt es gewisse Unterschiede hinsichtlich der zugeschriebenen Qualität der Memoriale der Gemeindeversammlungen, jedoch nicht mit Blick auf die Nutzung. Als hoch wird die Qualität der Memoriale von 29 Prozent der Stimmberechtigten der Gemeinde Glarus und von 23 Prozent in der Gemeinde Glarus Nord bewertet (Glarus Süd 28 Prozent). Zwischen 23 Prozent (Glarus Süd) und 25 Prozent (Glarus und Glarus Nord) nutzen die Memoriale nicht.

Die insgesamt tiefste Nutzung erfahren die Webseiten, die zugleich auch als qualitativ weniger gut bewertet werden. Rund drei von zehn Befragten nutzen die kantonale Homepage nicht (31 Prozent). Andererseits schreiben ihr die Nutzerinnen und Nutzer mehrheitlich eine mittlere Qualität zu. Auch die Qualität der Gemeindehomepages wird von ihren Besucherinnen und Besuchern grossmehrheitlich als mittel bewertet, wobei sie von fast zwei von fünf Stimmberechtigten (38 Prozent) nicht genutzt werden.⁸

In keiner der fünf abgefragten Informationsquellen kann ein Anteil von über 10 Prozent der Befragten identifiziert werden, die die Qualität des jeweiligen Mediums als tief bewerten. Während das Amtsblatt und das Memorial der Landsgemeinde von relativen Mehrheiten ihrer Nutzerinnen und Nutzer als qualitativ hoch bewertet werden, erscheint die Qualität des Gemeindeversammlungs-Memorials und der Webseiten mehrheitlich als mittel.

Wie zuvor bei der Analyse der Nutzung verschiedener Medienerzeugnisse kann auch im Umfeld der Behördeninformationen ein Alterseffekt erkannt werden (siehe Kapitel 9.2 im Anhang). So sinkt mit zunehmendem Alter der Anteil von Personen, die das Amtsblatt, das Memorial der Landsgemeinde und das Memorial der Gemeindeversammlung nicht nutzen. Es sind also tendenziell die älteren Personen, die diese eher klassischen Quellen konsultieren. Mit Blick auf die Nutzung der kantonalen und kommunalen Homepage ist es wie bei den News-Seiten im Internet die Gruppe der befragten 40- bis 49-Jährigen, die besonders häufig auf Online-Informationen abstellen.

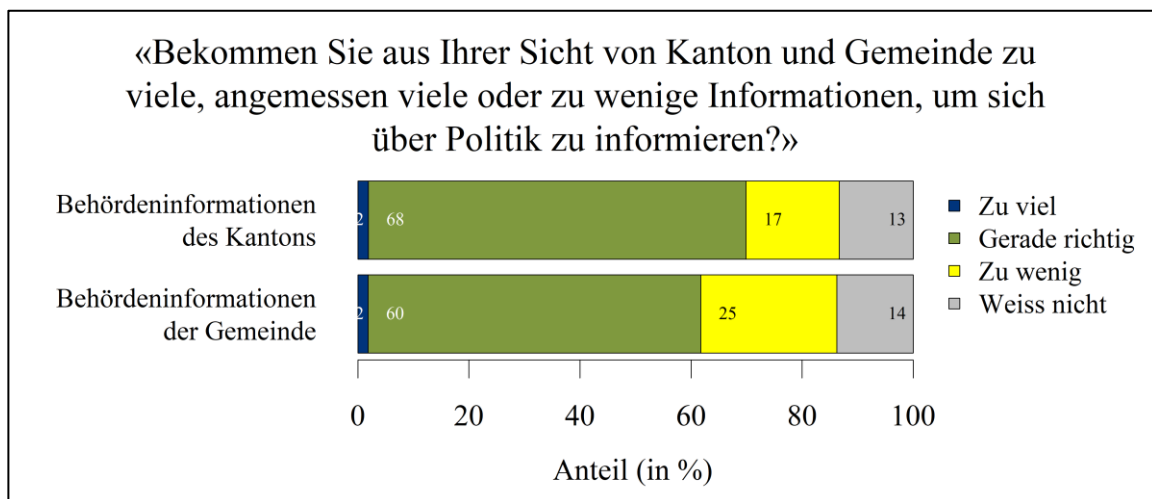


Abbildung 11: Menge an Behördeninformationen von Kanton und Gemeinden

Die grosse Mehrzahl der Umfrageteilnehmenden sind sodann der Ansicht, dass sie genug Informationen von den Behörden erhalten (Abbildung 11). Im Falle von kantonalen Behördeninformationen bewerten 68 Prozent, bei Gemeindeinformationen 60 Prozent der Stimmberechtigten die Menge der erhaltenen Behördeninformationen als gerade richtig. Demgegenüber sind nur kleine Minderheiten von rund zwei Prozent der Ansicht, dass sie zu viele Informationen erhalten.

Gleichwohl wünscht sich etwa jede vierte stimmberechtigte Person mehr Behördeninformationen der Gemeinden (25 Prozent). Dabei sind gewisse Unterschiede zwischen den Gemeinden auszumachen, auch wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten in allen drei Gemeinden der Ansicht sind, dass die

⁸ Zwischen den drei Gemeinden gibt es kaum nennenswerte Unterschiede. Die Gemeindewebsites werden von zwischen 10 Prozent (Glarus Süd und Glarus Nord) und 12 Prozent (Glarus) als qualitativ hoch bewertet. Zwischen 37 Prozent (Glarus Nord) und 38 Prozent (Glarus und Glarus Süd) nutzen die Gemeindehomepage nicht.

Menge an Behördeninformationen gerade richtig sei (Abbildung 12). So wünschen sich drei von zehn Stimmberechtigten der Gemeinde Glarus Süd mehr Behördeninformationen von ihrer Gemeinde (30 Prozent). Doch auch hier bewertet die Mehrheit von 56 Prozent der Stimmberechtigten die Menge an Informationen als gerade richtig. Die grösste Zufriedenheit mit der Menge an Information besteht in der Gemeinde Glarus. Zwei von drei Stimmberechtigten (66 Prozent) sind mit der zur Verfügung gestellten Menge zufrieden, während sich gut 18 Prozent der Umfrageteilnehmenden mehr Informationen wünschen.

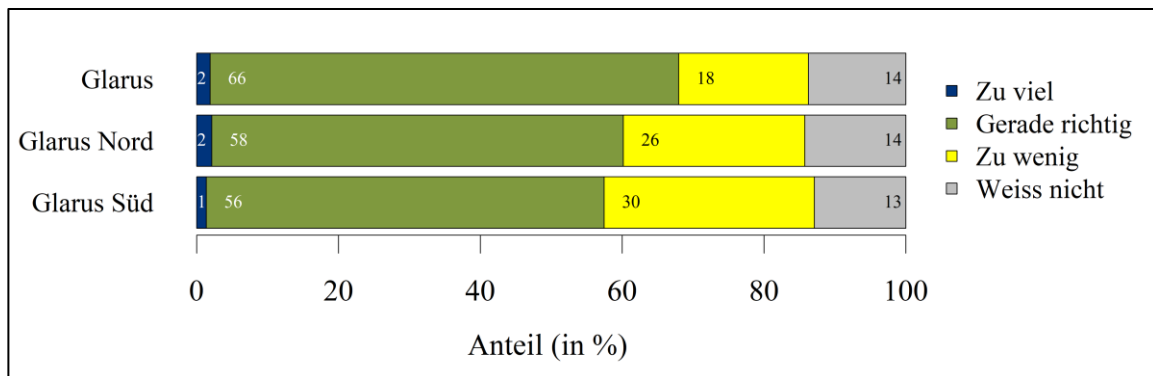


Abbildung 12: Menge an kommunalen Behördeninformationen, nach Gemeinden

Indes müssen Behördeninformationen nicht nur in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, sondern sie müssen darüber hinaus auch verstanden werden. Tatsächlich zeigt sich, dass die grosse Mehrzahl von über 70 Prozent der Stimmberechtigten die zur Verfügung gestellten Informationen von Kanton und Gemeinde als sehr oder eher verständlich erachten (Abbildung 13). Nur Minderheiten von zwischen 15 und 19 Prozent empfinden sie demgegenüber als sehr oder eher unverständlich.

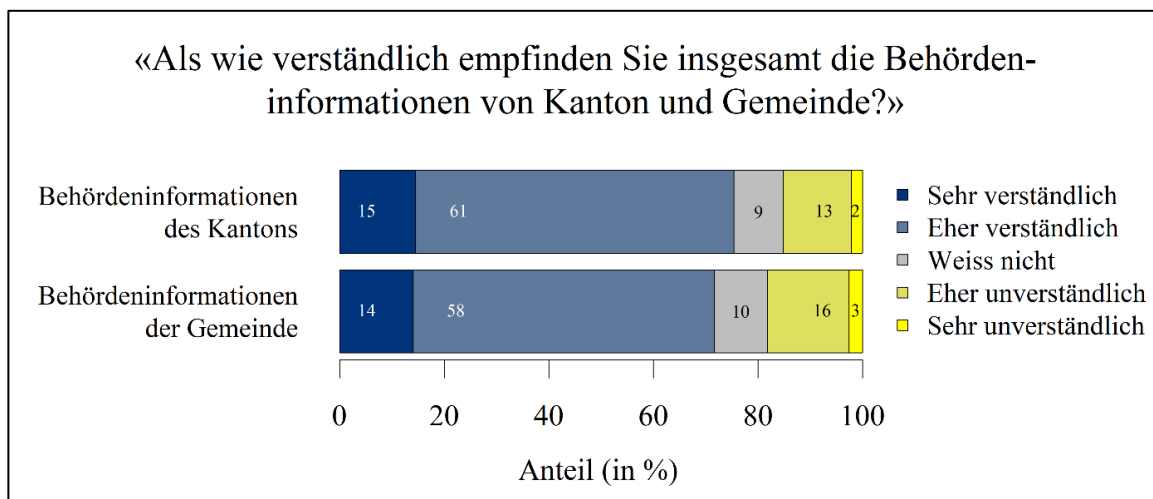


Abbildung 13: Verständlichkeit der Behördeninformationen von Kanton und Gemeinden

Die Unterschiede zwischen den Gemeinden in Bezug auf die Verständlichkeit kommunaler Behördeninformationen sind eher gering. Zwischen 73 Prozent in den Gemeinden Glarus Süd und Glarus und 70 Prozent in der Gemeinde Glarus Nord erachten die Informationen der Gemeinde als sehr oder eher verständlich.

3. Politische Partizipation im Kanton Glarus

Wie die Autoren des vorliegenden Berichts in einer ersten Analyse (Rochat und Kübler 2020) gezeigt haben, sind die politischen Partizipationsraten im Kanton Glarus insgesamt eher tief. So verzeichnet der Kanton Glarus zum Beispiel die tiefste Teilnahmequote aller Kantone bei kantonalen Parlamentswahlen oder die zweittiefste Quote bei den Nationalratswahlen von 2019.

Eine tiefe Teilnahmequote muss aber nicht grundsätzlich ein Problem sein und eine hohe Teilnahme führt nicht zwangsläufig zu einer besseren Demokratie. Denn grundsätzlich beschränkt sich die «Qualität einer Demokratie» nicht auf eine einzige Zahl wie etwa die Teilnahmequote. So geben zum Beispiel Ladner und Bühlmann (2007: 245) zu bedenken, dass die Beteiligung insbesondere in «autoritär geführten Scheindemokratien» und nicht in etablierten, demokratischen Systemen wie der Schweiz besonders hoch ist.

In der Demokratie geht es denn auch nicht nur darum, *wie viele*, sondern *wer* sich beteiligt. So ist eine tiefe Teilnahme etwa von untergeordneter Bedeutung, wenn die wenigen Teilnehmenden repräsentativ sind für das gesamte Stimmvolk. Ein fiktives Beispiel kann dies illustrieren: Hätten sich bei den Landratswahlen 2018 in allen drei Gemeinden nur die über 40 Jahre alten Frauen beteiligt, hätten Teilnahmequoten von 37 Prozent in Glarus Süd, 36 Prozent in Glarus und 34 Prozent in Glarus Nord resultiert.⁹ Damit wäre die Beteiligung in allen drei Gemeinden höher, als sie real war.¹⁰ Ob aber eine bessere Politik resultiert, wenn wir zwar eine höhere Teilnahmequote haben, gleichzeitig aber alle bis und mit 40 Jahre alten Stimmberechtigten und alle Männer ausgeschlossen sind, darf zumindest kritisch hinterfragt werden.¹¹ Die empirische Analyse muss also zunächst die Frage beantworten: «*Gibt es soziale Gruppen, die sich besonders häufig einbringen und damit ein übermässiges Gewicht erhalten, während andere Gruppen nicht teilnehmen und damit faktisch von der politischen Mitentscheidung ausgeschlossen sind?*»

Ob man an einer Wahl oder Abstimmung teilnimmt oder ob man eine Gemeindeversammlung oder Landsgemeinde besucht, hängt aber nicht nur von solchen sozialen Gruppierungen ab. Nehmen wir obiges Beispiel noch einmal auf und gehen davon aus, dass die über 40 Jahre alten Frauen tatsächlich besonders häufig teilgenommen haben. Dann bedeutet dies noch lange nicht, dass zum Beispiel eine 50-jährige Glarnerin automatisch teilnimmt. Denn auch latente, nicht direkt beobachtbare Einstellungen, Meinungen und Wertvorstellungen spielen eine Rolle. So wird die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme eher gering sein, wenn man sich zum Beispiel nicht für Politik interessiert. Ebenso denkbar ist, dass man sich nicht beteiligt, weil man den politischen Institutionen vertraut und mit den getroffenen Entscheidungen zufrieden ist. Vor diesem Hintergrund kann eine tiefe Teilnahmequote also «auch Zeichen einer funktionierenden Demokratie sein. In diesem Sinne sind tiefe Partizipationsraten nicht als Krisen-, sondern als Normalisierungssymptom zu betrachten.» (Ladner und Bühlmann 2007: 245) In

⁹ Grundlage der Berechnung sind Daten der ständigen Wohnbevölkerung mit Schweizer Nationalität ab 16 Jahren, Stand 31.12.2018. Quelle: Bundesamt für Statistik, eigene Berechnungen.

¹⁰ Die Beteiligung betrug gut 36 Prozent in Glarus Süd, 30 Prozent in Glarus und 25 Prozent in Glarus Nord. Quelle: Glarner Staatskanzlei – Kantonales Wahlbüro.

¹¹ Weitere Gründe relativieren die Bedeutung der Teilnahmequote. So geht es zum Beispiel nicht nur darum, wie viele Stimmberechtigte teilnehmen, sondern auch darum, wie sie zu ihrer Entscheidung gelangen. Mit anderen Worten spielt die freie Meinungsbildung eine mindestens ebenso wichtige Rolle. In Anlehnung an Mansbridge (1983) könnte man ferner argumentieren, dass die Höhe der Teilnahme nicht von oberster Priorität ist, wenn die politischen Akteure in der Lage sind, einen wie auch immer gearteten gemeinsamen Willen des Stimmvolks zu erkennen und in eine angemessene Gesetzgebung zu giessen. Ferner steht den Stimmberechtigten in einem Rechtsstaat immer auch der Rechtsweg offen und die politische Teilnahme beschränkt sich nicht alleine auf die Teilnahme an Wahlen, Abstimmungen und Versammlungen (Kapitel 9.3). Es existieren also auch weitere Wege, seine politischen Ansichten in den Entscheidungsprozess einfließen zu lassen.

einem zweiten Schritt muss sich die Analyse also zusätzlich die Frage stellen: «*Gibt es spezifische Einstellungen, Meinungen und Wertvorstellungen innerhalb der Glarner Stimmbürgerschaft, die einen Einfluss auf den Entscheid zur (Nicht-)Teilnahme haben?*»

Zusammengenommen besteht das Ziel des vorliegenden Berichts also nicht darin, die Höhe der Teilnahme einer spezifischen Abstimmung, Wahl oder Versammlung zu analysieren. Stattdessen geht es um die Untersuchung der Frage, ob gewisse soziale Gruppen besonders häufig oder besonders selten teilnehmen und welche Einstellungen, Meinungen und Wertvorstellungen mit einer hohen oder tiefen Teilnahme zusammenhängen. Im Kern der Analyse steht aus methodischer Sicht also die Untersuchung verschiedener Teilnahmegruppen und die Identifizierung der zentralen Unterscheidungsmerkmale zwischen ihnen. Welche Gruppen das konkret sind und in welcher Hinsicht Unterschiede zu erwarten sind, wird im Folgenden ausgeführt.

3.1 Die Teilnahmegruppen: immer, selektiv und nie Teilnehmende

Anders als in rein repräsentativen Demokratien beschränkt sich die politische Teilnahme im Kanton Glarus nicht auf alle paar Jahre stattfindende Wahlen. Wie in anderen, direktdemokratisch geprägten Kantonen haben die Glarnerinnen und Glarner in mehr oder weniger regelmässigen Abständen immer wieder die Möglichkeit, sich politisch an der Urne oder in Versammlungen einzubringen.

In der politikwissenschaftlichen Partizipationsforschung der Schweiz werden die Stimmberechtigten deshalb häufig nicht einfach in die zwei Gruppen von Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden aufgeteilt. Stattdessen geht man von mindestens drei Gruppen von Stimmberechtigten aus (z.B. Mottier 1993, in jüngster Zeit Heidelberger 2018). So gibt es Personen, die grundsätzlich immer an Wahlen, Abstimmungen und/oder Versammlungen teilnehmen («*immer Teilnehmende*»). Diese Personen machen ihren Entscheid zur (Nicht-)Teilnahme kaum vom konkret vorgelegten Geschäft oder von der konkreten Wahl abhängig. Stattdessen zeigen sie ein eher ritualisiertes Verhalten: Man nimmt immer teil, egal was genau entschieden werden soll.

Daneben gibt es eine Gruppe von Personen, die sich nie politisch beteiligt («*nie Teilnehmende*»). Egal was entschieden werden soll und unabhängig von der konkret zur Wahl stehenden Institution bringen sich diese Personen nicht in den politischen Entscheidungsprozess ein. Sie können dementsprechend am ehesten als «politisch entfremdet» bezeichnet werden.

Zwischen diesen beiden Gruppen existiert die Gruppe der «*selektiv Teilnehmenden*». Die Mitglieder dieser Gruppe nehmen manchmal teil und bleiben manchmal fern. Sie sind es denn auch, die sich für die Unterschiede in der Teilnahme rate zwischen einzelnen Abstimmungen, Wahlen, Gemeindeversammlungen oder Landsgemeinden verantwortlich zeichnen. Es kann davon ausgegangen werden, dass es für diese Personen von ganz entscheidender Bedeutung ist, welche Geschäfte konkret zur Disposition stehen oder welche Ämter neu besetzt werden müssen. Mit anderen Worten dürften für sie die konkret vorgelegten Inhalte sowie die damit verbundenen Perzeptionen eine primäre Rolle spielen.

3.2 Die Struktur der empirischen Analyse

In den Analysen der folgenden Kapitel geht es nun darum, die verschiedenen Teilnahmegruppen bei Wahlen, Abstimmungen, Gemeindeversammlungen und Landsgemeinden miteinander zu vergleichen und nach signifikanten¹² Unterscheidungsmerkmalen zu suchen. Damit sehen wir, inwieweit sich die Gruppen der immer, selektiv und nie Teilnehmenden voneinander unterscheiden. Zu diesem Zweck werden jeweils paarweise, nichtparametrische Wilcoxon-Tests mit Bonferroni-Korrektur für multiples Testen gerechnet.¹³ Hinsichtlich welcher Gesichtspunkte die verschiedenen Teilnahmegruppen untersucht werden, wird im Folgenden ausgeführt.

Soziale Gruppierung: soziodemographische und sozioökonomische Indikatoren

In der Analyse geht es zunächst um die Frage, ob es sichtbare, soziodemographische und/oder sozioökonomische Merkmale gibt, die die einzelnen Gruppen voneinander trennen. Mit anderen Worten soll geklärt werden, ob es soziale Gruppen gibt, die sich besonders häufig einbringen, während andere Schichten der Gesellschaft nicht teilnehmen und damit faktisch von der politischen Mitentscheidung ausgeschlossen sind. Dabei stehen in der vorliegenden Analyse acht Indikatoren im Zentrum des Interesses, nämlich (1.) das Alter, (2.) das Geschlecht, (3.) die relative Wohndauer, (4.) die Anzahl Personen im Haushalt, (5.) das Zusammenleben mit Kindern im selben Haushalt, (6.) die Bildung, (7.) der Besitz von Wohneigentum und (8.) die Berufstätigkeit. Wie diese einzelnen Indikatoren gemessen werden und welche Erwartungen mit ihnen verbunden sind, wird in Kapitel 9.4 im Anhang detaillierter ausgeführt.

Mentale Gruppierung: Einstellungen, Meinungen und Wertvorstellungen

Daneben können sich die einzelnen Teilnahmegruppen aber auch hinsichtlich latenter, nicht direkt beobachtbarer Einstellungen, Meinungen und Wertvorstellungen unterscheiden. In einem zweiten Schritt geht es also um die Aufdeckung möglicher mentaler und kognitiver Gründe, die einen Einfluss auf den Entscheid zur (Nicht-) Teilnahme haben. Wiederum werden acht Indikatoren herangezogen, die einen Einfluss auf die Partizipationsneigung haben können. Hierbei handelt es sich um (1.) die interne Wirksamkeit, (2.) die externe Wirksamkeit, (3.) das Interesse an Politik, (4.) die Verbundenheit und (5.) die Zufriedenheit mit dem Leben in der jeweiligen Gebietskörperschaft, (6.) die Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala, (7.) das Vertrauen in verschiedene Behörden und Institutionen und (8.) das zwischenmenschliche Vertrauen. Alle acht Indikatoren, ihre Messungen und die erwarteten Zusammenhänge werden in Kapitel 9.4 im Anhang genauer erläutert.

Bevor wir mit diesen detaillierteren Analysen starten können, verschafft uns das folgende Kapitel aber zunächst einen allgemeinen empirischen Überblick zur Regelmässigkeit der politischen Teilnahme in den verschiedenen Partizipationsgefässen des Kantons Glarus.

¹² In der vorliegenden Arbeit wird ein p-Wert von unter 0.05 vorausgesetzt.

¹³ Zuweilen werden auch paarweise Chi-Quadrat-Tests (wiederum mit Bonferroni-Korrektur) gerechnet. Die Bonferroni-Korrektur gilt zwar als eher konservative Methode, schafft dafür aber eine grössere Sicherheit.

3.3 Die Teilnahmehäufigkeit im Kanton Glarus: ein erster Überblick

Wie stark sind die zuvor definierten Teilnahmegruppen in den verschiedenen Arenen politischer Mitsprache präsent und wie werden sie gemessen? Einen ersten Überblick hierzu bietet das vorliegende Kapitel. Dabei wird auch ein Augenmerk auf die Tatsache gelegt, dass die Teilnahmehäufigkeit innerhalb der verschiedenen Arenen miteinander in einem Bezug stehen. Wer zum Beispiel häufig an Wahlen teilnimmt, könnte auch eine grössere Motivation zur Teilnahme an Abstimmungen haben. Oder wer beispielsweise regelmässig an Landsgemeinden teilnimmt, wird vielleicht eher das Bedürfnis verspüren, auch einmal eine Gemeindeversammlung zu besuchen.

Ob dies der Fall ist und welche weiteren Zusammenhänge bestehen, wird im Folgenden erläutert. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass es viele weitere Formen politischer Partizipation ausserhalb von Wahlen, Abstimmungen, Landsgemeinden und Gemeindeversammlungen gibt. Einen Überblick über die Nutzung solcher alternativer Partizipationsformen bietet Kapitel 9.3 im Anhang. Sie stehen aber nicht im Fokus der vorliegenden Analyse.

Teilnahme in der Urndemokratie

Zunächst betrachten wir die Regelmässigkeit der Teilnahme an der Urne, also an Wahlen und Eidgenössischen Abstimmungen. Hierzu wurde in der durchgeführten Umfrage die Frage gestellt, ob man an den nationalen Wahlen (National- und Ständeratswahlen) vom Oktober 2019, den Landratswahlen vom Juni 2018, den Regierungsratswahlen vom März 2018 sowie den Gemeinderatswahlen vom März 2018 teilgenommen hat. Auf Basis der Angaben der Umfrageteilnehmenden können die Stimmberechtigten sodann in die drei erwähnten Gruppen der nie, der immer und der selektiv Teilnehmenden unterteilt werden. Diese letzte Gruppe besteht aus denjenigen Personen, die an einer bis drei der vier abgefragten Wahlen teilgenommen haben.¹⁴

Insgesamt geben gut zwei von drei Umfrageteilnehmenden (67 Prozent) an, dass sie an allen vier Wahlen teilgenommen haben (immer Teilnehmende). Die Gruppe der selektiv Teilnehmenden umfasst demgegenüber gut 18 Prozent der Umfrageteilnehmenden, während gut 15 Prozent an keiner der vier Wahlen teilgenommen haben (nie Teilnehmende).¹⁵

Die Regelmässigkeit der *Abstimmungsbeteiligung* ist in der vorliegenden Umfrage mit einer standardisierten Fragestellung erhoben worden.¹⁶ So sind die Stimmberechtigten um eine Einschätzung gebeten worden, an wie vielen von zehn Eidgenössischen Abstimmungen sie normalerweise teilnehmen. Im Durchschnitt geben die teilnehmenden Stimmberechtigten an, dass sich sie an knapp acht von zehn Abstimmungen beteiligen.

Abbildung 14 zeigt, dass es einen starken Zusammenhang zwischen der Neigung zur Teilnahme an Wahlen und der Neigung zur Teilnahme an Abstimmungen gibt. Wer an allen Wahlen teilnimmt, wird auch an (fast) allen Abstimmungen teilnehmen. Wer sich demgegenüber nicht an Wahlen beteiligt, wird seine Stimme auch seltener bei Abstimmungen abgeben. Dazwischen bewegt sich wiederum die Gruppe der selektiv Teilnehmenden, die sich im Schnitt an gut sieben von zehn Abstimmungen beteiligen.

¹⁴ Alle Personen, die zum Zeitpunkt der jeweiligen Wahlen noch nicht stimmberechtigt waren oder die Fragen mit «weiss nicht» beantwortet haben, müssen zumindest vorläufig aus der Analyse ausgeschlossen werden.

¹⁵ Bei der Interpretation dieser Daten muss einmal mehr betont werden, dass Teilnehmende in der Umfrage übervertreten sind, was für die vorliegende Analyse aber kein grundsätzliches Problem darstellt (Kapitel 9.1).

¹⁶ Die Fragestellung lautet: «An wie vielen von zehn Eidgenössischen Abstimmungen nehmen Sie normalerweise teil?»

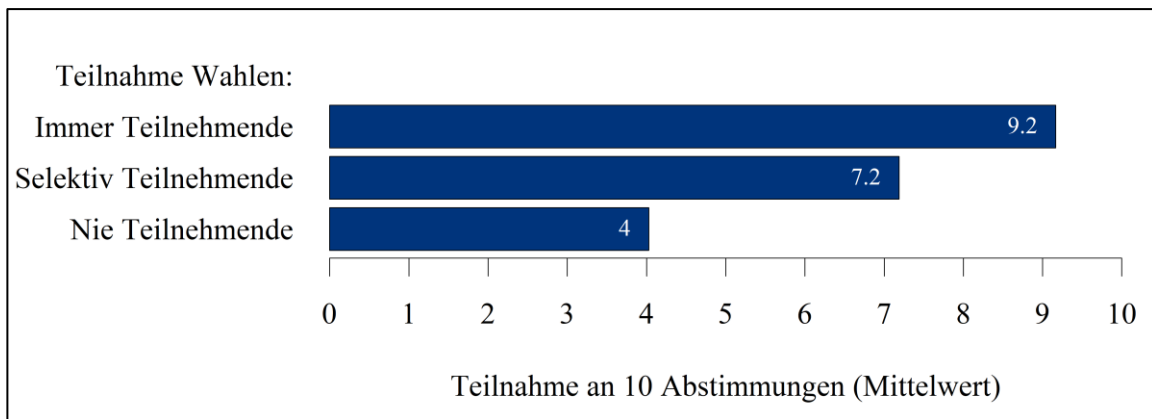


Abbildung 14: Teilnahmeneigung an Wahlen versus durchschnittliche Anzahl Abstimmungsteilnahmen

Erläuterung: Nie Teilnehmende sind Personen, die weder an den letzten Nationalrats-, Landrats-, Regierungsrats- oder Gemeinderatswahlen teilgenommen haben. Selektiv Teilnehmende haben an einer bis drei der vier Wahlen teilgenommen, während sich die immer Teilnehmenden an allen vier Wahlen beteiligt haben.

Teilnahme in der Versammlungsdemokratie

Die Versammlungsdemokratie spielt im Kanton Glarus eine ganz zentrale Rolle. So ist der Kanton Glarus neben Appenzell Innerrhoden der einzige Kanton, der heute noch eine Landsgemeinde hat. Darüber hinaus ist die Legislative in allen drei Gemeinden mittels Gemeindeversammlungen organisiert.

Zweifellos ist die Teilnahme an solchen direktdemokratischen Versammlungen aufwändiger als die Teilnahme an der Urne. Versammlungen bringen es mit sich, dass sie nur einmal und an einem Ort stattfinden. Die Stimmabgabe verteilt sich nicht wie bei der brieflichen Stimmabgabe auf mehrere Tage oder Wochen. Stattdessen muss man physisch präsent sein und Zeit investieren, um politisch mitbestimmen zu können. Nicht alle Stimmberechtigte können das. Berufliche, familiäre oder gesundheitliche Gründe können gewisse Bevölkerungsgruppen von der Mitsprache ausschliessen. Auch die Abstimmung mittels offenem Handmehr fällt nicht allen Stimmberechtigten gleich leicht und längst nicht alle getrauen sich, vor die Versammlung zu stehen und ihre Meinung zu äussern. Die Versammlungsdemokratie kann also auch mit sozialen Hemmungen und sozialem Druck einhergehen.

Tatsächlich nimmt denn auch nur eine eher kleine Minderheit der Stimmberechtigten an Gemeindeversammlungen teil.¹⁷ Indes sind die Schwankungen zwischen den einzelnen Versammlungen gross. So gibt es besonders spannende oder kontroverse Versammlungen, in denen sich vergleichsweise viele Leute einfinden. Auch bei der Landsgemeinde kann man von solchen Schwankungen zwischen den Versammlungen ausgehen, wobei die tatsächliche Teilnahmequote an den Glarner Landsgemeinden nicht restlos bekannt ist.

Die Teilnahmehäufigkeit in Gemeindeversammlungen wird in der vorliegenden Umfrage für vier Gruppen auf Basis von zwei Fragen erhoben. Zunächst werden die angeschriebenen Stimmberechtigten gefragt, ob sie überhaupt je teilgenommen haben.¹⁸ Diejenigen, die diese Frage mit ja beantworten, werden sodann gefragt, wie regelmässig sie in den letzten fünf Jahren teilgenommen haben.¹⁹ Insgesamt geben gut 13 Prozent der Umfrageteilnehmenden an, dass sie (fast) immer teilnehmen, während rund 39 Prozent sagen, dass sie manchmal teilnehmen. Die relative Mehrheit von rund 47 Prozent gibt an,

¹⁷ Die durchschnittliche Beteiligung in den Glarner Gemeinden liegt zwischen 4.1 Prozent in Glarus Nord und 5.8 Prozent in Glarus Süd. Die Gemeinde Glarus kommt auf einen Durchschnitt von gut 4.8 Prozent (Rochat & Kübler 2020: 22).

¹⁸ «Haben Sie in Ihrem Leben schon mal an einer Gemeindeversammlung teilgenommen?»

¹⁹ «Wir regelmässig haben Sie in den letzten fünf Jahren an Gemeindeversammlungen teilgenommen? War dies (fast) immer, manchmal oder nie der Fall?»

dass sie nie teilnehmen. Dieser Anteil setzt sich zusammen aus 18 Prozent der Umfrageteilnehmenden, die bereits an Gemeindeversammlung präsent waren, aber in den letzten fünf Jahren keine Versammlung besucht haben, und weiteren 29 Prozent, die noch gar nie teilgenommen haben.²⁰

Zur Erhebung der Regelmässigkeit der Teilnahme an Landsgemeinden wurden die angeschriebenen Glarnerinnen und Glarner gefragt, wie regelmässig sie in den letzten fünf Jahren Landsgemeinden besucht haben.²¹ Dabei geben knapp 41 Prozent der Stimmberechtigten an, dass sie (fast) immer teilnehmen. Ihnen stehen knapp 30 Prozent gegenüber, die manchmal, und 28 Prozent, die in den letzten fünf Jahren nie teilgenommen haben.²²

In der Gegenüberstellung erscheint der Besuch der Landsgemeinde insgesamt attraktiver als der Besuch der Gemeindeversammlung. Schliesslich handelt es sich bei Landsgemeinden noch viel mehr als auf Gemeindeebene um einen gesellschaftlichen, traditionellen und geschichtsträchtigen Anlass, der auch von vielen auswärtigen Gästen besucht wird und weit über das Glarnerland hinaus strahlt.

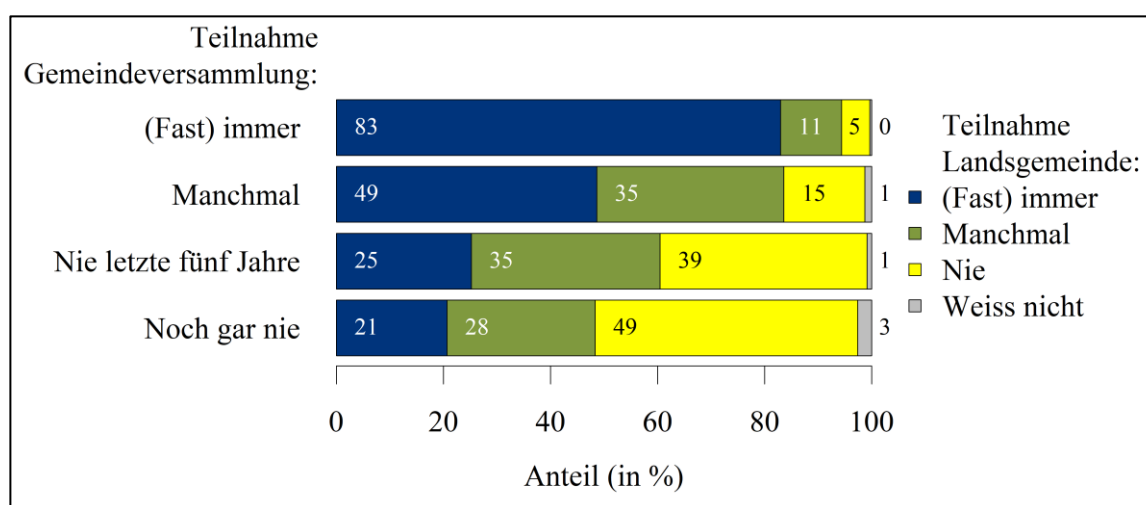


Abbildung 15: Teilnahmeneigung Gemeindeversammlung versus Landsgemeinde

Tatsächlich nimmt die überwiegende Mehrzahl von 83 Prozent der Stimmberechtigten, die immer an Gemeindeversammlungen teilnehmen, auch immer an der Landsgemeinde teil (Abbildung 15). Sodann sind etwa die Hälfte der Stimmberechtigten (49 Prozent), die manchmal an Gemeindeversammlungen teilnehmen, immer auch an der Landsgemeinde anwesend. Weitere 35 Prozent finden sich immerhin manchmal zur Landsgemeinde ein. Zusammengenommen nehmen gut 84 Prozent der selektiv Teilnehmenden mindestens manchmal an der Landsgemeinde teil. Doch auch rund ein Viertel derjenigen Personen, die in den letzten fünf Jahren nie eine Gemeindeversammlung besucht haben, sind immer und weitere 35 Prozent manchmal an der Landsgemeinde präsent. Nur bei den Stimmberechtigten, die noch gar nie an einer Gemeindeversammlung teilgenommen haben, nimmt rund die Hälfte (49 Prozent) auch nie an der Landsgemeinde teil.

²⁰ Auch hier dürfte der wahre Anteil der immer Teilnehmenden in der gesamten Stimmbürgerschaft etwas tiefer liegen als in dieser Umfrage ausgewiesen. Knapp ein Prozent beantworten die Frage mit «weiss nicht».

²¹ «Wie regelmässig haben Sie in den letzten fünf Jahren an der Glarner Landsgemeinde teilgenommen? War dies (fast) immer, manchmal oder nie der Fall?»

²² Tatsächlich scheinen diese Werte etwas hoch zu liegen, was wiederum mit den erwarteten Umfrageverzerrungen erklärt werden kann (Kapitel 9.1) Rund zwei Prozent beantworten die Frage mit «weiss nicht».

Je häufiger man also an der Gemeindeversammlung teilnimmt, desto häufiger nimmt man auch an der Landsgemeinde teil. Darüber hinaus zieht die Landsgemeinde auch Stimmberechtigte an, die sich nie oder nur selten für den Besuch der Gemeindeversammlung erwärmen können.

Teilnahme zwischen Urnen- und Versammlungsdemokratie

Die Attraktivität der Landsgemeinde zeigt sich sodann auch im Vergleich zur Teilnahme an der Urne. Rund vier von fünf Stimmberechtigte, die immer an Wahlen teilnehmen, nehmen auch mindestens manchmal an der Landsgemeinde teil (81 Prozent) (Abbildung 16). Und auch beinahe die Hälfte der Stimmberechtigten, die nie an Wahlen teilnehmen, findet sich mindestens manchmal zur Landsgemeinde ein (46 Prozent).

Ebenso steht der Besuch der Gemeindeversammlung in einem Zusammenhang zur Wahlteilnahme. Gut zwei Drittel der befragten Stimmberechtigten, die an allen untersuchten Wahlen teilgenommen haben (66 Prozent), kommen mindestens manchmal zu den Gemeindeversammlungen (Abbildung 16). Ferner haben gut 22 Prozent der Stimmberechtigten, die an keiner Urnenwahl teilgenommen haben, in den letzten fünf Jahren zumindest manchmal Gemeindeversammlungen besucht. Auch dies zeigt, dass versammlungsdemokratische Entscheidungsforen im Kanton Glarus von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.²³

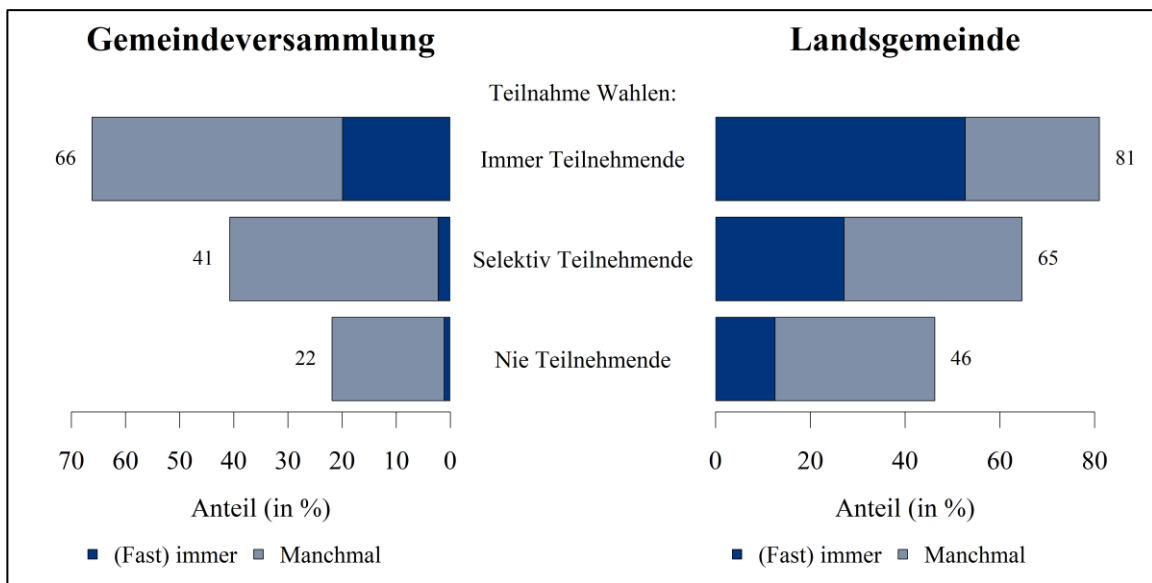


Abbildung 16: Teilnahmeigung Gemeindeversammlung, Landsgemeinde und Wahlen

Im Folgenden geht es nun darum, die erwähnten Formen politischer Partizipation mit den verschiedenen Teilnahmegruppen detaillierter zu untersuchen. Dazu wird im nächsten Kapitel zunächst die Teilnahme an Wahlen in den Fokus genommen.

²³ Ähnliche Werte sind erkennbar, wenn nicht auf die Teilnahmehäufigkeit an Wahlen, sondern an Eidgenössischen Abstimmungen abgestellt wird. Rund 62 Prozent derjenigen, die immer an Abstimmungen teilnehmen, besuchen mindestens manchmal eine Gemeindeversammlung und weitere 78 Prozent mindestens manchmal eine Landsgemeinde. Bei den selektiv Teilnehmenden beträgt der Anteil 44 Prozent (Gemeindeversammlungen), respektive 67 Prozent (Landsgemeinde). Etwas grössere Unterschiede sind nur bei den nie Teilnehmenden erkennbar: 9 Prozent nehmen mindestens manchmal an Gemeindeversammlungen und 30 Prozent mindestens manchmal an Landsgemeinden teil.

4. Teilnahme an Wahlen

Im vorliegenden Kapitel fokussieren wir auf die Teilnahme an Wahlen. Dabei nehmen wir die National- und Ständeratswahlen 2019, die Regierungsratswahlen 2018, die Landratswahlen 2018 sowie die Gemeinderatswahlen 2018 ins Visier. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Mehrzahl der Stimmberechtigten eher wenig Mühe bekundet, sich einen Überblick über die zur Wahl antretenden Kandidatinnen und Kandidaten zu machen (Abbildung 17). Dies ist nicht selbstverständlich, schliesslich kennt der Kanton Glarus mit Ausnahme der Landratswahlen keine vorgedruckten Wahlzettel und die Stimmberechtigten müssen selber aktiv werden, um sich entsprechend zu informieren. Indes dürften Prospekte, Flyer und Inserate diese Informationssuche vereinfachen.

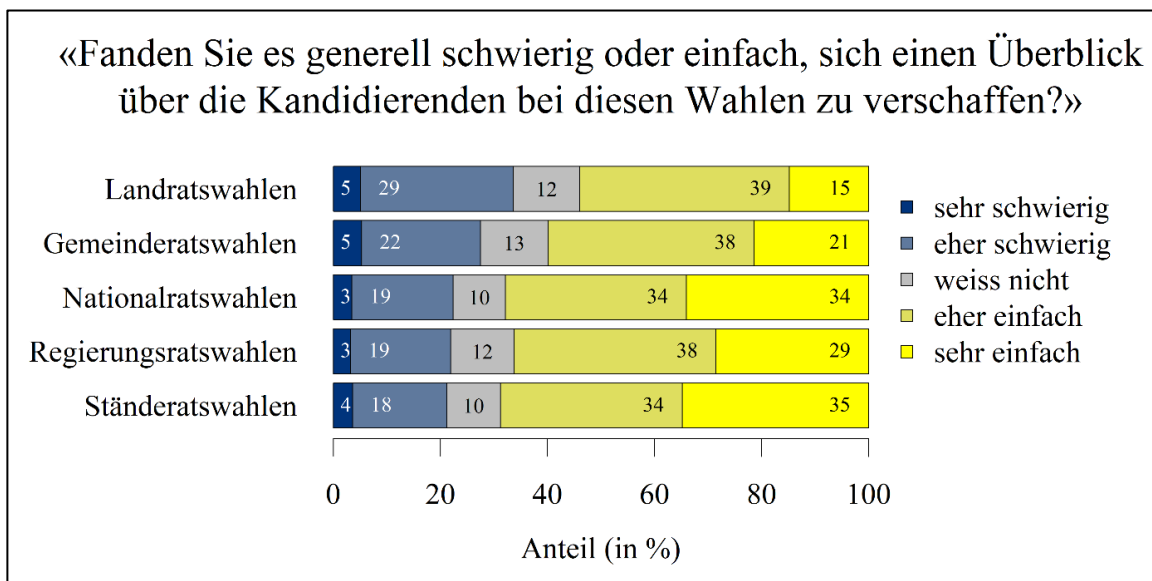


Abbildung 17: Überblick über Kandidaturen

Auch wenn es die Mehrheit der Umfrageteilnehmenden sehr oder eher einfach fand, sich einen Überblick über die Kandidaturen zu verschaffen, so bekundete doch immerhin rund ein Drittel der Stimmberechtigten (34 Prozent) bei den Landratswahlen sehr oder eher grosse Mühe (Abbildung 17). Dieser Anteil liegt bei den anderen Wahlen leicht tiefer. Am einfachsten fiel es den Stimmberechtigten im Rahmen der Ständeratswahlen.

In der folgenden Analyse soll nun die Frage geklärt werden, inwieweit sich die drei Beteiligungsgruppen der immer, selektiv und nie Teilnehmenden signifikant²⁴ voneinander unterscheiden (vgl. Kapitel 3.1). Dazu werden die drei Gruppen jeweils hinsichtlich der in Kapitel 3.2 definierten Kriterien miteinander verglichen.²⁵ Als immer Teilnehmende sind diejenigen Stimmberechtigten definiert, die an allen vier Wahlen teilgenommen haben, während sich die nie Teilnehmenden an keiner der vier Wahlen beteiligt haben. Wer an einer bis drei Wahlen teilgenommen hat, zählt zur Gruppe der selektiv Teilnehmenden.

²⁴ In der vorliegenden Studie werden Zusammenhänge mit p-Wert von unter 0.05 als statistisch signifikant erachtet.

²⁵ Folglich gibt es jeweils drei Vergleiche: Wir vergleichen die nie mit den selektiv Teilnehmenden, die nie mit den immer Teilnehmenden und die selektiv mit den immer Teilnehmenden.

Zunächst unterscheiden sich die drei Gruppen vor allem mit Blick auf vier Parameter signifikant voneinander, nämlich dem *Alter*, dem Besitz von *Wohneigentum*, dem allgemeinen *politischen Interesse* und der *internen Wirksamkeit* (Tabelle 1). So ist die Gruppe der immer Teilnehmenden im Schnitt am ältesten. Sie sind im Durchschnitt gut 10 Jahre älter als die selektiv Teilnehmenden, die wiederum gut vier Jahre älter sind als die nie Teilnehmenden. Ferner verfügen sie am häufigsten über Wohneigentum. Der Besitz von Wohneigentum bindet einen beträchtlichen Teil des Vermögens an einen Ort. Folglich dürfte auch das Interesse grösser sein, an der Politik der Gemeinschaft mitzuwirken.

	Nie Teilnehmende	Selektiv Teilnehmende	Immer Teilnehmende
Alter (Mittelwert)	43	47	57
Wohneigentum (Anteil mit Wohneigentum)	39%	50%	70%
Interne Wirksamkeit (Mittelwert auf Skala 0-5)	2.8	3.3	3.6
Interesse an Politik allgemein (Anteil sehr/ziemlich interessiert)	32%	62%	84%

Tabelle 1: Teilnahme an Wahlen: signifikante Unterschiede zwischen allen drei Teilnahmegruppen

Ferner ist es die Gruppe der immer Teilnehmenden, die das grösste allgemeine Interesse an Politik an den Tag legt (Tabelle 1). Gut 84 Prozent interessieren sich sehr oder ziemlich für Politik, gegenüber 62 Prozent der selektiv und 32 Prozent der nie Teilnehmenden. Schliesslich ist es auch diese Gruppe, die die höchste interne Wirksamkeit aufweist. Im Schnitt fühlen sie sich politisch kompetenter als die selektiv Teilnehmenden, die sich wiederum kompetenter fühlen als die nie Teilnehmenden.

Sodann können Unterschiede zwischen den immer Teilnehmenden auf der einen und den nie und den selektiv Teilnehmenden auf der anderen Seite erkannt werden (Tabelle 3). Mit anderen Worten unterscheiden sich die immer Teilnehmenden zwar signifikant von den anderen beiden Gruppen, hingegen können keine Unterschiede zwischen den nie und den selektiv Teilnehmenden erkannt werden. Hier sind in erster Linie fünf Faktoren zu nennen, nämlich die *relative Wohndauer*, das Zusammenleben mit *Kindern im selben Haushalt*, die *Berufstätigkeit*, das *zwischenmenschliche Vertrauen* und die *externe Wirksamkeit*.

	Nie Teilnehmende	Selektiv Teilnehmende	Immer Teilnehmende
Relative Wohndauer (Anteil Lebensjahre im Kt. GL)	69%	72%	77%
Kinder im Haushalt (Anteil mit Kindern)	26%	25%	17%
Berufstätigkeit (Anteil Berufstätige)	67%	68%	55%
Zwischenmenschl. Vertrauen (Mittelwert auf Skala 0-10)	2.3	2.4	2.7
Externe Wirksamkeit (Mittelwert auf Skala 0-5)	4.9	5.3	6.0

Tabelle 2: Teilnahme an Wahlen: signifikante Unterschiede zu den immer Teilnehmenden

Zwar ist es so, dass die nie Teilnehmenden im Schnitt weniger lange im Kanton Glarus leben als die selektiv Teilnehmenden und diese wiederum weniger lange im Kanton anwesend sind als die immer Teilnehmenden (Tabelle 3). Gleichwohl sind die Unterschiede zwischen den nie und den selektiv Teilnehmenden zu gering, als dass der Zufall mit genügend grosser Sicherheit ausgeschlossen werden kann. Grundsätzlich kann aber festgehalten werden, dass immer Teilnehmende im Schnitt auch am längsten im Kanton leben. Sodann leben in den Haushalten der immer Teilnehmenden signifikant seltener Kinder als in den Haushalten der nie und der selektiv Teilnehmenden, wobei es keine signifikanten Unterschiede zwischen den letzteren beiden Gruppen gibt. Das Zusammenleben mit Kindern führt zu einer starken Verschiebung der Priorität. Dementsprechend dürfte auch die politische Teilnahme ein geringeres Gewicht erhalten. Sodann sind die immer Teilnehmenden signifikant seltener berufstätig und verfügen über eine signifikant höhere externe Wirksamkeit als die anderen beiden Gruppen, die sich untereinander wiederum nicht signifikant unterscheiden. Und schliesslich weisen die immer Teilnehmenden im Schnitt ein signifikant höheres zwischenmenschliches Vertrauen vor als die anderen beiden Gruppen.

Daran anschliessend ist auf die Rolle der **Bildung** einzugehen (Tabelle 3). Es zeigt sich nämlich, dass ein grösserer Teil der nie Teilnehmenden einen Abschluss auf Stufe Sek II hat als dies bei den selektiv und den immer Teilnehmenden der Fall ist. Dafür ist der Anteil der Personen mit tertiärem Bildungsabschluss in letzteren beiden Gruppen grösser. Indes können keine signifikanten Unterschiede zwischen den selektiv und den immer Teilnehmenden erkannt werden.

	Nie Teilnehmende	Selektiv Teilnehmende	Immer Teilnehmende
Bildung			
Anteil obligatorische Schule	7%	4%	4%
Anteil Sekundarstufe II	61%	52%	52%
Anteil Tertiärstufe – Höhere Berufsbildung	17%	21%	22%
Anteil Tertiärstufe – Hochschule	15%	23%	21%

Tabelle 3: Teilnahme an Wahlen: signifikante Unterschiede zu den nie Teilnehmenden

Gar keine Unterschiede zwischen den drei Gruppen können schliesslich mit Blick auf das **Geschlecht**, die Anzahl **Personen im Haushalt** und die **Links-Rechts-Einschätzung** erkannt werden. Es ist also nicht so, dass beispielsweise Frauen signifikant häufiger oder seltener teilnehmen als Männer oder dass Personen von der einen Seite des politischen Spektrums signifikant eher teilnehmen als Personen von der anderen Seite.

Zusammengefasst zeigt die vorliegende Analyse, dass die Glarnerinnen und Glarner je häufiger teilnehmen, je kompetenter sie sich fühlen (interne Wirksamkeit) und je mehr sie sich für Politik interessieren. Ebenso steigt die Teilnahmeneigung mit zunehmendem Alter und dem Besitz von Wohneigentum. Die Bildung erscheint sodann in der Tendenz als ein Faktor zur Klärung der Frage, ob man sich überhaupt an der Urne beteiligt.²⁶ Ob man sodann immer oder «nur» selektiv teilnimmt, hängt einerseits mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen zusammen. Leben Kinder im Haushalt und ist man berufstätig, so sind die zur Verfügung stehenden Ressourcen zur politischen Partizipation knapper und die Prioritäten zuweilen anders gelagert. Andererseits spielen aber auch die Ansichten gegenüber

²⁶ Es ist wichtig zu betonen, dass es sich hier um eine Tendenz handelt. Selbstverständlich umfasst das Konstrukt «Bildung» mehr als lediglich den formellen Bildungsabschluss. Mehr noch führt ein höherer Bildungsabschluss weder automatisch zu intensiverer politischer Partizipation, noch ist ein hoher formeller Bildungsgrad Voraussetzung zur politischen Partizipation.

den Mitmenschen und den politischen Entscheidungsträgern eine Rolle. Hat man das Gefühl, dass die Politikerinnen und Politiker auf die Wünsche und Präferenzen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger reagieren (externe Wirksamkeit) und hat man Vertrauen in seine Mitmenschen, wird man auch eher zur Gruppe der immer Teilnehmenden gehören.

Indes kann der Entscheid zur (Nicht-)Teilnahme auch von der konkreten Wahl abhängen. Dies gilt natürlich insbesondere für die selektiv Teilnehmenden. Schliesslich ist es diese Gruppe der Stimmberechtigten, die an einigen der analysierten Wahlen teilgenommen und an anderen von einer Teilnahme abgesehen hat, während die immer Teilnehmenden an allen und die nie Teilnehmenden an keiner dieser Wahlen teilgenommen haben. Es muss also, so kann vermutet werden, Erklärungsgrössen geben, die mit der konkreten Wahl in einem direkten Bezug stehen. Solche möglichen Einflussparameter sind das Interesse an der Politik der jeweiligen politischen Ebene, auf der ein Gremium neu besetzt werden muss, aber auch das Vertrauen in die zur Wahl stehenden Institution sowie die Verbundenheit und die Zufriedenheit mit der jeweiligen Gebietskörperschaft. Als weiteren Faktor nehmen wir auch die Häufigkeit der Teilnahme an Abstimmungen in die Analyse auf. Denn es kann vermutet werden, dass die am selben Tag wie die Gemeinderats- und die Regierungsratswahlen stattfindenden eidgenössischen Abstimmungen ebenfalls einen mobilisierenden Effekt auf die Wahlteilnahme gehabt haben. Im Folgenden konzentrieren wir uns also auf die selektiv Teilnehmenden und schauen, ob es hinsichtlich dieser zusätzlichen Faktoren signifikante Unterschiede zwischen Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden in den jeweiligen Wahlen gibt.

Wahlen Teilnahme	National-/Ständerat		Regierungsrat		Landrat		Gemeinderat	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Politisches Interesse Ebene (Anteil sehr/ziemlich)	84%	61%	72%	56%	74%	58%	67%	40%
Teilnahme Abstimmungen (Mittelwert Skala 0-10)	7.7	5.7	7.4	6.8	n.s.		7.4	6.8
Verbundenheit (Mittelwert Skala 0-10)	n.s.		8.0	7.1	7.9	7.4	7.1	6.4
Zufriedenheit (Mittelwert Skala 0-10)	n.s.		8.0	7.6	8.1	7.6	n.s.	
Vertrauen Institution (Mittelwert Skala 0-10)	n.s.		6.5	5.7	n.s.		n.s.	

Tabelle 4: Selektiv an Wahlen Teilnehmende: signifikante Unterschiede zwischen Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden

Erläuterung: Unter «Politisches Interesse Ebene» wird je nach Wahl das Interesse an der eidgenössischen, kantonalen oder kommunalen Politik untersucht. Unter «Verbundenheit» und «Zufriedenheit» werden je nach Wahl jeweils die Durchschnittswerte für die Schweiz, den Kanton Glarus oder die Gemeinde aufgeführt. «Vertrauen Institution» meint das dem jeweils zur Wahl stehenden Gremium entgegengebrachte Vertrauen. Die Abkürzung «n.s.» heisst, dass es keinen signifikanten Unterschied zwischen Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden gibt.

Einmal mehr spielt das *politische Interesse* eine bedeutende Rolle. So verfügen beispielsweise 83 Prozent der selektiv Teilnehmenden, die an den National- und Ständeratswahlen teilgenommen haben, über ein sehr oder ziemlich grosses Interesse an der Politik der Schweiz gegenüber 61 Prozent derjenigen, die nicht an den Wahlen teilgenommen haben. Ferner haben an den Regierungs-, Landrats-

und Gemeinderatswahlen insbesondere diejenigen selektiven Teilnehmenden partizipiert, die eine stärkere **Verbundenheit** mit dem Kanton, respektive ihrer Gemeinde, aufweisen. Die Verbundenheit mit der Schweiz ist bei den National- und Ständeratswahlen demgegenüber von untergeordneter Bedeutung. Bei den kantonalen Wahlen (Regierung und Parlament) fällt zudem auf, dass hier auch die **Zufriedenheit** mit dem Leben im Kanton mit hineinspielt. Selektiv Teilnehmende, die mit ihrem Leben im Kanton zufrieden sind, nehmen in der Tendenz eher an kantonalen Wahlen teil als unzufriedene selektiv Teilnehmende. Bei nationalen und kommunalen Wahlen können keine solche Effekte beobachtet werden.

Dass die Teilnahmequote bei den Regierungsratswahlen höher war als bei den Landratswahlen, kann einerseits mit dem der Regierung entgegengebrachten **Vertrauen** erklärt werden (Kapitel 2.2). Ferner dürften auch die am selben Tag stattfindenden eidgenössischen Abstimmungen einen Effekt gehabt haben. So zeigt sich, dass bei den Regierungsratswahlen auch hinsichtlich der Häufigkeit der **Teilnahme an Abstimmungen** ein signifikanter Unterschied zwischen Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden vorhanden ist. Dasselbe gilt auch für die Gemeinderatswahlen.

5. Teilnahme an eidgenössischen Abstimmungen

Die Teilnahme an eidgenössischen Urnenabstimmungen²⁷ ist im Kanton Glarus insgesamt tief. So wies Glarus an 16 der 34 Abstimmungssonntagen zwischen 2009 und 2019 die tiefste Teilnahmequote aller Kantone aus (Rochat und Kübler 2020: 9). Dabei spielen einerseits systematische, andererseits aber auch themenspezifische Gründe eine Rolle (Abbildung 18). So ist jeweils rund ein Drittel der Stimmberechtigten sehr oder eher der Meinung, dass sich eine Teilnahme nicht lohnt, wenn das Ergebnis bereits von vorneherein klar ist (34 Prozent) und dass es auf die eigene Stimme sowieso nicht ankommt (32 Prozent). Ferner macht rund jede sechste Person ihren Stimmentscheid vom jeweils vorgelegten Thema abhängig (16 Prozent).

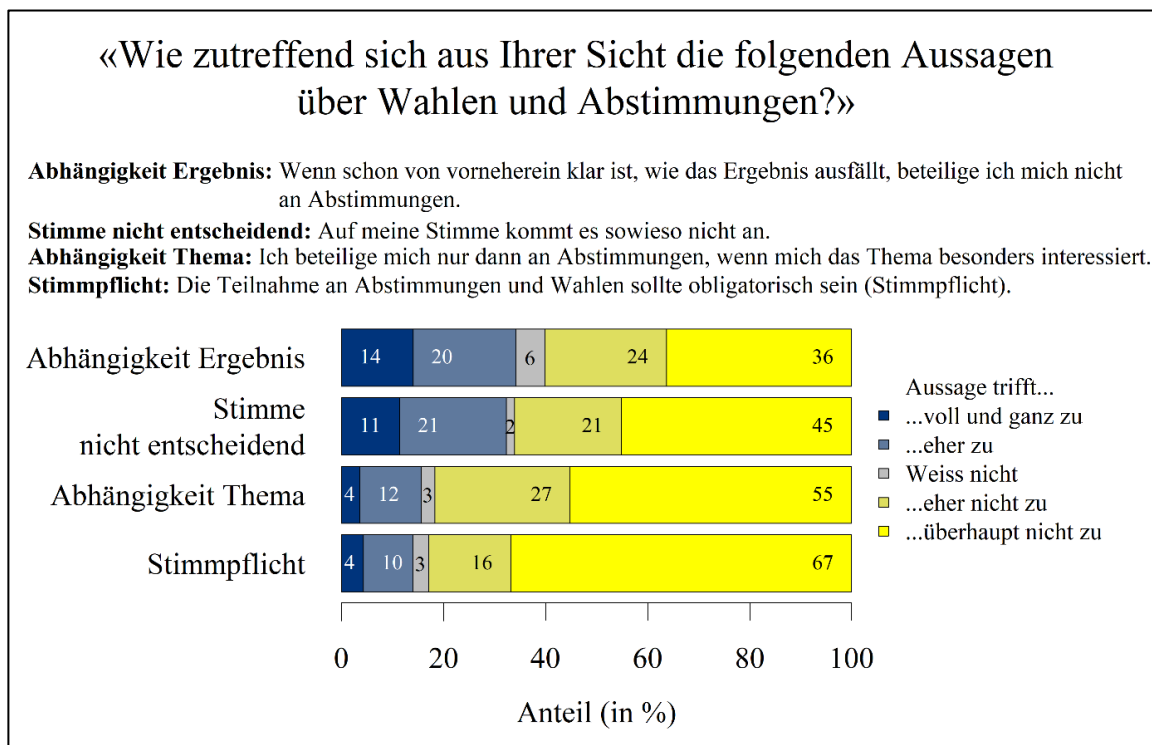


Abbildung 18: Aussagen über Abstimmungen

Dabei gibt es grosse Unterschiede zwischen den drei Gruppen der immer, selektiv und nie Teilnehmenden (Abbildung 19).²⁸ So geben beispielsweise 66 Prozent der nie und 62 Prozent der selektiv Teilnehmenden an, dass sie ihren Teilnahmeentscheid vom konkreten Thema abhängig machen, während dies für nur rund 10 Prozent der immer Teilnehmenden von Bedeutung ist. Ebenso schauen gut 40 Prozent der nie und 25 Prozent der selektiv Teilnehmenden auf das erwartete Ergebnis. Der entsprechende Anteil bei den immer Teilnehmenden beträgt demgegenüber gerade einmal fünf Prozent. Je regelmässiger man also teilnimmt, desto unwichtiger wird einerseits das vorgelegte Thema, andererseits aber auch das erwartete Ergebnis.

²⁷ Mit Ausnahme von Stellungnahmen über die Errichtung von Atomanlagen sieht das Glarner Recht keine kantonalen Urnenabstimmungen vor. Dementsprechend beschränkt sich die Analyse auf Eidgenössische Abstimmungen.

²⁸ Die Einteilung in Gruppen basiert auf der Frage: «An wie vielen von zehn Eidgenössischen Abstimmungen nehmen Sie normalerweise teil?». Als nie Teilnehmende sind alle Stimmberechtigten definiert, die an keiner Abstimmung teilnehmen, während sich die immer Teilnehmenden an neun bis zehn Abstimmungen beteiligen. All diejenigen, die an einer bis acht Abstimmungen ihre Stimme abgeben, zählen zu den selektiv Teilnehmenden.

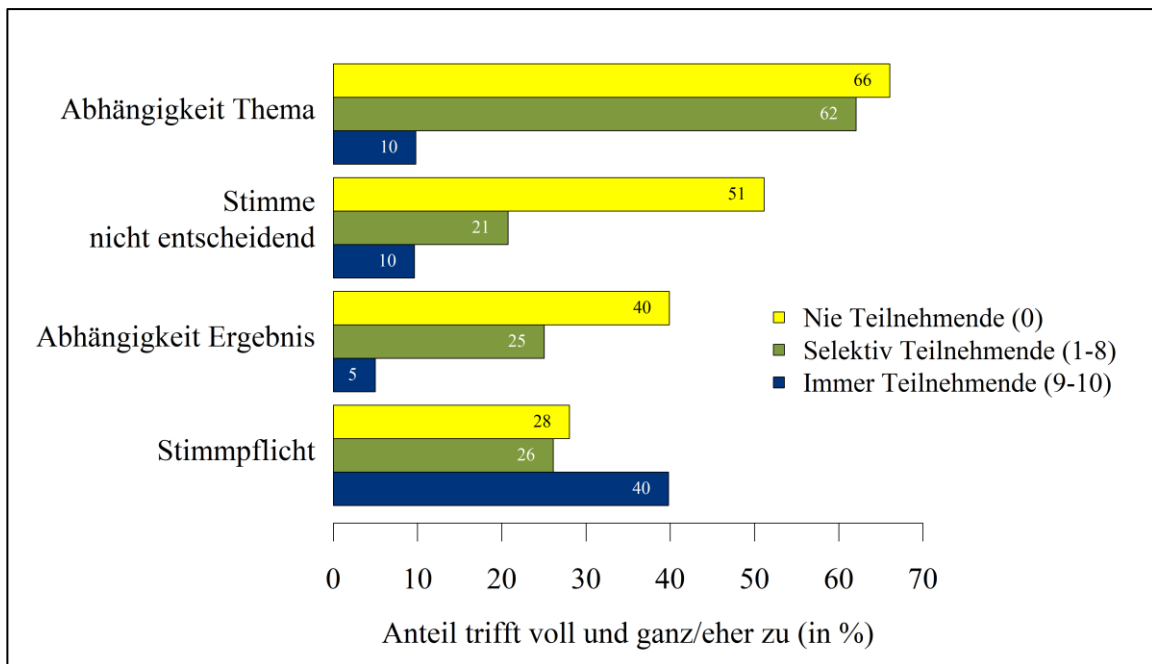


Abbildung 19: Aussagen über Abstimmungen nach Teilnahmegruppen

Sodann steigt die Bedeutung, die man der eigenen Stimme zuschreibt, mit zunehmender Teilnahmehäufigkeit (Abbildung 19). Mehr als die Hälfte (51 Prozent) der nie Teilnehmenden ist sehr oder eher der Ansicht, dass es auf die eigene Stimme sowieso nicht ankomme. Dieser hohe Wert kann durchaus Anlass zu Bedenken geben, schliesslich handelt es sich hier um Stimmberechtigte, die faktisch von der politischen Mitentscheidung ausgeschlossen sind.

Auf der anderen Seite des Teilnahmespektrums empfinden zwei von fünf der immer Teilnehmenden eine gewisse Verpflichtung zur Teilnahme. Aber auch gut ein Viertel der nie und der selektiv Teilnehmenden sind der Meinung, dass die Teilnahme obligatorisch sein soll. Insgesamt fühlen sie sich aber weniger verpflichtet als die immer Teilnehmenden.

Aus dieser Zusammenstellung wird ersichtlich, dass es zuweilen bedeutende Unterschiede zwischen den drei Teilnahmegruppen mit Blick auf unterschiedliche Ansichten und Meinungen rund um die Teilnahme an Abstimmungen gibt. Doch was sind das für Leute, die immer, manchmal oder nie teilnehmen?

Zunächst können sechs Parameter identifiziert werden, die die drei Gruppen relativ klar voneinander trennen (Tabelle 5). Zwischen allen drei Gruppen bestehen signifikante Unterschiede mit Blick auf das **Alter**, den Besitz von **Wohneigentum**, die **interne** und **externe Wirksamkeit**, das **Interesse an der Politik** der Schweiz sowie das **zwischenmenschliche Vertrauen**.

	Nie Teilnehmende	Selektiv Teilnehmende	Immer Teilnehmende
Alter (Mittelwert)	36	47	56
Wohneigentum (Anteil mit Wohneigentum)	28%	53%	66%
Interne Wirksamkeit (Mittelwert auf Skala 0-5)	2.5	3.1	3.7
Externe Wirksamkeit (Mittelwert auf Skala 0-5)	2.2	2.5	2.7
Interesse an Politik Schweiz (Anteil sehr/ziemlich interessiert)	39%	71%	92%
Zwischenmenschl. Vertrauen (Mittelwert auf Skala 0-10)	4.3	5.5	5.9

Tabelle 5: Teilnahme an Abstimmungen: signifikante Unterschiede zwischen allen drei Teilnahmegruppen

Im Schnitt sind die immer Teilnehmenden älter als die selektiv und die nie Teilnehmenden und verfügen häufiger über Wohneigentum. Sodann spielt die eigene, wahrgenommene politische Kompetenz, das politische Interesse sowie die Ansichten gegenüber den Politikern und den Mitmenschen eine Rolle. Je kompetenter man sich fühlt (interne Wirksamkeit), je grösser das politische Interesse ist und je mehr man seinen Mitmenschen vertraut, desto häufiger nimmt man teil. Wer zudem das Gefühl hat, dass sich die Politikerinnen und Politiker um die Meinung der Stimmbürgerschaft kümmern und den Kontakt zu ihnen suchen (externe Wirksamkeit), ist häufiger zur Teilnahme bereit. Andererseits heisst dies, dass insbesondere diejenigen Personen von der politischen Entscheidungsfindung ausgeschlossen sind, die Mühe haben, die Politik zu verstehen, die wenig Interesse für Politik aufbringen, den Mitmenschen weniger trauen und der Meinung sind, dass sich die Politikerinnen und Politiker nicht wirklich um die Anliegen der Bürgerschaft kümmern. Dies kann mit Frustration einhergehen und zum Rückzug aus der politischen Mitentscheidung führen, womit ihre Ansichten und Präferenzen nicht mehr einfließen können.

	Nie Teilnehmende	Selektiv Teilnehmende	Immer Teilnehmende
Bildung			
Anteil obligatorische Schule	19%	4%	5%
Anteil Sekundarstufe II	53%	56%	50%
Anteil Tertiärstufe – Höhere Berufsbildung	20%	20%	22%
Anteil Tertiärstufe – Hochschule	8%	20%	23%

Tabelle 6: Teilnahme an Abstimmungen: signifikante Unterschiede zu den nie Teilnehmenden

Wie zuvor bei der Teilnahme an Wahlen (Kapitel 4) spielt die **Bildung** bei den nie Teilnehmenden eine Rolle (Tabelle 6). So ist in der Gruppe der nie Teilnehmenden der Anteil von Personen ohne nachobligatorische Schulbildung grösser und der Anteil mit Hochschulabschluss kleiner als bei den selektiv und immer Teilnehmenden. Auf der anderen Seite unterscheiden sich die immer Teilnehmenden signifikant von den anderen beiden Gruppen hinsichtlich der Anzahl **Personen im Haushalt**, dem Zusammenleben mit **Kindern** und **dem Vertrauen in den Bundesrat**.

	Nie Teilnehmende	Selektiv Teilnehmende	Immer Teilnehmende
Personen im Haushalt			
Anteil 1 oder 2 Personen im Haushalt	46%	52%	65%
Anteil 3 oder mehr Personen im Haushalt	54%	48%	35%
Kinder im Haushalt			
(Anteil mit Kindern)	26%	27%	15%
Vertrauen in Bundesrat			
(Mittelwert auf Skala 0-10)	6.1	6.5	6.9

Tabelle 7: Teilnahme an Abstimmungen: signifikante Unterschiede zu den immer Teilnehmenden

Nur rund 35 Prozent der immer Teilnehmenden leben in Haushalten mit mehr als zwei Personen und lediglich etwa 15 Prozent leben mit Kindern im selben Haushalt zusammen. Demgegenüber leben 54 Prozent der nie und 48 Prozent der selektiv Teilnehmenden in Haushalten mit mehr als zwei Personen und jeweils rund 26 bis 27 Prozent leben mit Kindern zusammen. Zudem weisen die immer Teilnehmenden im Schnitt ein signifikant höheres Vertrauen in den Bundesrat auf als die selektiv und die nie Teilnehmenden. Wenn nun also eine Abstimmung ansteht, an der sich besonders wenige Personen – also in erster Linie die immer Teilnehmenden – beteiligen, kann von einer Schichtung hinsichtlich Haushaltsgrösse, Familien mit Kindern und Vertrauen in die Exekutive ausgegangen werden.

Von eher untergeordneter Bedeutung sind das *Geschlecht* und die *Berufstätigkeit*. Für beide Parameter können signifikante Unterschiede zwischen den immer und den selektiv Teilnehmenden erkannt werden. Hingegen gibt es keine Unterschiede zwischen den immer und den nie sowie zwischen den selektiv und den nie Teilnehmenden. Ob man immer oder nur selektiv teilnimmt, kann also durchaus mit dem Geschlecht und der Berufstätigkeit zusammenhängen. Jedoch erscheinen beide Parameter nicht also besonders zentral, wenn es um die Frage geht, ob man überhaupt politisch partizipiert.

Keine signifikanten Unterschiede zwischen den drei Gruppen gibt es schliesslich mit Blick auf die *Zufriedenheit* mit dem Leben in der Schweiz, der *Verbundenheit* mit der Schweiz, der *Links-Rechts-Selbstpositionierung*, der *relativen Wohndauer*²⁹, dem *Vertrauen ins Bundesparlament* und dem *Vertrauen in die Bundesverwaltung*. In erster Linie spielt also das Vertrauen in die Mitmenschen und – bei der Identifizierung der immer Teilnehmenden – das Vertrauen in den Bundesrat eine gewisse Rolle, nicht aber das Vertrauen in Parlament und Verwaltung.

²⁹ Indes unterscheiden sich die selektiv und die immer Teilnehmenden knapp signifikant (p=0.048).

6. Gemeindeversammlungen

Nachdem wir uns in den vorangehenden Kapiteln der Teilnahme in der Urnendemokratie gewidmet haben, betrachten wir nun die Partizipation in der kommunalen Versammlungsdemokratie. Dabei konzentriert sich die Analyse auf vier Teilnahmegruppen (vgl. Kapitel 3.3). Neben den immer Teilnehmende und den manchmal Teilnehmenden unterscheiden wir im Folgenden zwei Gruppen von nie Teilnehmenden. Dabei besteht die erste Gruppe aus Stimmberechtigten, die in ihrem Leben noch gar nie teilgenommen haben. Von ihnen abgegrenzt werden diejenigen Personen, die in ihrem Leben bereits Gemeindeversammlungen besucht haben, in den letzten fünf Jahren aber von weiteren Teilnahmen abgesehen haben. Worin sich diese vier Gruppen unterscheiden (Kapitel 6.1), ihre Ansichten und Erfahrungen zum Versammlungssystem (Kapitel 6.2), in welchen Kontexten sie sich beteiligen (Kapitel 6.3) und wie sie zu möglichen Reformen stehen (Kapitel 6.4), wird im Folgenden ausgeführt.

6.1 Die Teilnahme an Gemeindeversammlungen

Worin unterscheiden sich die vier Gruppen der immer, selektiv (manchmal), nie und der gar nie Teilnehmenden? Um diese Frage zu klären, werden die vier Gruppen wiederum miteinander verglichen und geschaut, wo es signifikante Unterschiede gibt.³⁰ Dabei fallen zunächst vier Parameter auf, die in allen sechs Vergleichen zwischen den vier Gruppen signifikante Unterschiede offenbaren, namentlich die *interne Wirksamkeit*, das *Interesse an der Politik der Gemeinde*, die *Verbundenheit mit der Gemeinde* und das *zwischenmenschliche Vertrauen*³¹.

Teilnahme:	(Fast) immer	Manchmal	Nie letzte 5 Jahre	Gar nie
Interesse an Politik Gemeinde (Anteil sehr/ziemlich interessiert)	95%	76%	56%	33%
Verbundenheit mit Gemeinde (Mittelwert auf Skala 0-10)	7.6	7.1	6.8	6.3
Interne Wirksamkeit (Mittelwert auf Skala 0-5)	4.0	3.6	3.3	3.1
Zwischenmenschl. Vertrauen (Mittelwert auf Skala 0-10)	6.2	5.9	5.6	5.2

Tabelle 8: Teilnahme an Gemeindeversammlungen: signifikante Unterschiede zwischen den vier Teilnahmegruppen

Immer Teilnehmende fühlen sich im Schnitt stärker mit der Gemeinde verbunden, sind mehr an der kommunalen Politik interessiert, fühlen sich kompetenter und zeigen ein im Schnitt stärkeres zwischenmenschliches Vertrauen als die selektiv Teilnehmenden, die wiederum höhere Werte aufweisen als diejenigen, die in den letzten fünf Jahren nie teilgenommen haben, die ihrerseits höhere

³⁰ Es werden folglich jeweils sechs Gruppenvergleiche durchgeführt (immer vs. manchmal, immer vs. nie, immer vs. gar nie, manchmal vs. nie, manchmal vs. gar nie und nie vs. gar nie).

³¹ Tatsächlich sind die Unterschiede im zwischenmenschlichen Vertrauen zwischen den manchmal Teilnehmenden und denjenigen, die in den letzten fünf Jahren nicht teilgenommen haben sowie zwischen den immer und den manchmal Teilnehmenden knapp nicht signifikant. Gleichwohl wird das zwischenmenschliche Vertrauen hier aufgeführt, da mit einer weniger streng konservativen Korrektur auf multiples Testen als der hier verwendeten Bonferroni-Korrektur, beispielsweise mit einer Holm-Korrektur, klar signifikante Unterschiede erkannt werden können.

Werte aufweisen als diejenigen, die noch gar nie an einer Gemeindeversammlung teilgenommen haben (Tabelle 8).

Bei diesen vier Indikatoren handelt es sich in erster Linie um Werthaltungen und Einstellungen und weniger um Parameter, die die Gesellschaft in getrennte, soziale Schichten teilen. Doch diese spielen für die Teilnahme an Gemeindeversammlungen ebenfalls eine Rolle, wobei nicht durchgehend derselbe lineare Zusammenhang wie in Tabelle 8 beobachtet werden kann. Bei diesen sozialen Gruppierungsvariablen handelt es sich um das *Alter*, das *Geschlecht* und den Besitz von *Wohneigentum*.

Teilnahme:	(Fast) immer	Manchmal	Nie letzte 5 Jahre	Gar nie
Alter (Mittelwert)	59	54	58	40
Geschlecht (Anteil Frauen)	36%	49%	58%	57%
Wohneigentum (Anteil mit Wohneigentum)	81%	66%	65%	34%

Tabelle 9: Teilnahme an Gemeindeversammlungen: signifikante Unterschiede zwischen drei der vier Teilnahmegruppen

Zunächst spielt einmal mehr das Alter eine bedeutende Rolle. Die immer Teilnehmenden sind im Schnitt gut 59 Jahre alt. Damit ist ihr Altersdurchschnitt signifikant höher als derjenige der manchmal und der gar nie Teilnehmenden. Die selektiv (manchmal) Teilnehmenden kommen auf ein Durchschnittsalter von 54 Jahren und sind signifikant älter als die gar nie Teilnehmenden, die auf einen Altersschnitt von 40 Jahren kommen. Etwas aus der Reihe tanzen diejenigen, die in den letzten fünf Jahren keine Gemeindeversammlungen besucht haben, zuvor jedoch teilgenommen haben. Zwar fördert das Alter die Bereitschaft zur politischen Partizipation. Indes fällt es den Seniorinnen und Senioren mit zunehmendem Alter offenbar schwer, Gemeindeversammlungen zu besuchen. In der Konsequenz müssen sie heutzutage auf den Versammlungsbesuch verzichten, jedoch haben sie die Chance zur Teilnahme in früheren Jahren genutzt.³²

Neben dem Alter gibt es auch einen Zusammenhang zwischen dem Versammlungsbesuch und dem Geschlecht. So ist der Frauenanteil bei den immer Teilnehmenden signifikant tiefer als bei den manchmal und den nie Teilnehmenden. Bei den manchmal Teilnehmenden ist die Geschlechtsverteilung einigermaßen ausgeglichen, während in der Gruppe der nie Teilnehmenden die Frauen die Mehrzahl stellen. Indes gibt es keinen signifikanten Unterschied zwischen den nie und den gar nie Teilnehmenden hinsichtlich der Verteilung der Geschlechter.

Schliesslich steigert auch der Besitz von Wohneigentum die Wahrscheinlichkeit zum Versammlungsbesuch. Unter den immer Teilnehmenden dominieren die Wohneigentümerinnen und -eigentümer mit rund 81 Prozent. Bei den gar nie Teilnehmenden beträgt dieser Anteil demgegenüber lediglich gut 34 Prozent. Dazwischen bewegen sich die manchmal und die nie Teilnehmenden, zwischen denen es keinen signifikanten Unterschied gibt.

Sodann sticht von den vier Gruppen vor allem diejenige ins Auge, die Befragte umfasst, welche in ihrem Leben noch gar nie an einer Gemeindeversammlung teilgenommen haben. Diese Gruppe

³² Von den 50 ältesten Umfrageteilnehmenden – sie sind alle älter als 86 Jahre – findet sich zum Beispiel eine relative Mehrzahl in der Gruppe derjenigen, die in den letzten fünf Jahren keine Gemeindeversammlung besucht haben. Der relativ hohe Anteil von Seniorinnen und Senioren in der Gruppe der nie Teilnehmenden beeinflusst wiederum das hier ausgewiesene Durchschnittsalter.

unterscheidet sich von den anderen drei Gruppen, die alle in ihrem Leben bereits Gemeindeversammlungen besucht haben, in dreierlei Hinsicht, namentlich hinsichtlich der *relativen Wohndauer*, dem Zusammenleben mit *Kindern im Haushalt* und der *Links-Rechts-Selbsteinschätzung*. Zwischen den anderen drei Gruppen gibt es demgegenüber keine signifikanten Unterschiede.

Teilnahme:	(Fast) immer	Manchmal	Nie letzte 5 Jahre	Gar nie
Relative Wohndauer (Anteil Lebensjahre im Kt. GL)	78%	77%	78%	66%
Kinder im Haushalt (Anteil mit Kindern)	16%	18%	18%	26%
Links-Rechts-Positionierung (Anteil Linke) ³³	23%	26%	23%	32%

Tabelle 10: Teilnahme an Gemeindeversammlungen: signifikante Unterschiede zu den gar nie Teilnehmenden

Gegenüber den Stimmberechtigten, die in ihrem Leben bereits einmal an einer Gemeindeversammlung teilgenommen haben, besteht die Gruppe der gar nie Teilnehmenden im Schnitt eher aus Personen, die weniger lange im Kanton Glarus leben, die häufiger in Haushalten mit Kindern leben und die sich häufiger auf der linken Seite des Links-Rechts-Spektrums positionieren (Tabelle 10). Die geringere relative Wohndauer weist darauf hin, dass diese Personen tendenziell (noch) weniger im Kanton verwurzelt sind. Ferner kann vermutet werden, dass weniger Zeit für den Versammlungsbesuch zur Verfügung steht und dass die individuellen Prioritäten anders gelagert sind, wenn man in einem Haushalt mit Kindern lebt. Sodann deutet der höhere Anteil Linker darauf hin, dass diese Gruppe in Gemeindeversammlungen unterrepräsentiert ist.

Eine etwas spezielle Rolle kommt schliesslich der *externen Wirksamkeit* zu. Die immer und die manchmal Teilnehmenden unterscheiden sich signifikant von den nie und den gar nicht Teilnehmenden. Jedoch gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den immer und den manchmal Teilnehmenden sowie zwischen den nie und den gar nie Teilnehmenden.³⁴ Mit anderen Worten haben in den letzten fünf Jahren insbesondere diejenigen Personen die Gemeindeversammlungen besucht, die im Schnitt über höhere externe Wirksamkeitswerte verfügen.

Überhaupt keine signifikanten Unterschiede gibt es schliesslich mit Blick auf die *Zufriedenheit* mit dem Leben in der Gemeinde, dem *Vertrauen in den Gemeinderat* und dem *Vertrauen in die Gemeindeverwaltung*. Ob eine stimmberechtigte Person immer, selten oder nie teilnimmt, hängt im Schnitt also nicht mit der Zufriedenheit oder dem Vertrauen in die Behörden zusammen. Keine eindeutigen Tendenzen gibt es sodann hinsichtlich der *Bildung*, der *Berufstätigkeit*³⁵ sowie der Anzahl *Personen im Haushalt*³⁶.

³³ Der Anteil Linke wird auf Basis der Links-Rechts-Selbstpositionierung berechnet. Die Frage nach der Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Achse kann auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) beantwortet werden. Zur Illustration werden hier unter «Linke» alle Personen subsummiert, die sich auf einen Wert zwischen 0 und 4 eingeordnet haben.

³⁴ Konkret bedeutet dies: Die externe Wirksamkeit der immer Teilnehmenden ist signifikant höher als der nie und der gar nie Teilnehmenden. Ebenso können signifikante Unterschiede zwischen den manchmal Teilnehmenden und den nie sowie den gar nie Teilnehmenden erkannt werden. Hingegen gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den immer und den manchmal Teilnehmenden sowie zwischen den nie und den gar nie Teilnehmenden.

³⁵ In der Gruppe der gar nie Teilnehmenden ist der Anteil Berufstätiger signifikant höher als in der Gruppe der nie Teilnehmenden. Ansonsten können keine signifikanten Unterschiede erkannt werden. Es kann vermutet werden, dass hier auch das Alter und das Zusammenleben mit Kindern mit hineinspielt.

³⁶ Indes fällt auf, dass in der Gruppe der Personen, die in den letzten fünf Jahren nicht mehr teilgenommen haben, der grösste Anteil von Stimmberechtigten in Ein-Personen-Haushalten erkannt werden kann. Hier dürften auch Korrelationen mit dem Alter hineinspielen. Ferner

6.2 Ansichten und Erfahrungen mit Gemeindeversammlungen

Im vorangehenden Kapitel haben wir gesehen, welche Faktoren einen Einfluss auf die Häufigkeit der Teilnahme an Gemeindeversammlungen haben. Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass die durchschnittlichen Teilnahmequoten mit zwischen 5.8 Prozent (Glarus Süd) und 4.8 Prozent (Glarus Nord) insgesamt tief sind. Dies nährt die Befürchtung, dass viele Stimmberechtigte auch deshalb auf den Versammlungsbesuch verzichten, weil sie dem System grundsätzlich kritisch gegenüberstehen und/oder negative Erfahrungen mit ihm gemacht haben. Beides soll im vorliegenden Kapitel thematisiert werden.

Um die Sicht der Glarnerinnen und Glarner auf die Gemeindeversammlungen zu eruieren, sind den Umfrageteilnehmenden zunächst vier Mal jeweils zwei gegenteilige Argumente rund um besonders häufig gehörte Kritikpunkte zu Gemeindeversammlungen vorgelegt worden. Der erste und wohl prominenteste Kritikpunkt dreht sich um die normalerweise tiefen Teilnahmequoten, zumal oftmals gar nicht alle Stimmberechtigten teilnehmen können (z.B. ältere Personen, Eltern kleiner Kinder, Arbeitstätige etc.).³⁷ Zweitens stösst die Rolle des Gemeinderates zuweilen auf Kritik. So wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob die versammelten Stimmberechtigten überhaupt in der Lage sind, die Behörden und die Verwaltung wirkungsvoll zu kontrollieren. Denn tatsächlich besteht eine Informationsasymmetrie zwischen Behörden und Verwaltung einerseits und der Stimmbürgerschaft andererseits. Drittens ist kaum zu bestreiten, dass es vielen Menschen schwerfällt, vor die Versammlung zu stehen und ihre Meinung zu äussern. In der Konsequenz erhalten besonders gute Rednerinnen und Redner ein zu starkes Gewicht. Viertens wird die Befürchtung geäussert, dass in der Versammlung erlebter Streit und negative Emotionen dem Gemeinschaftsgefühl abträglich sind, weil bestehende Konflikte offen zutage treten.³⁸ Abbildung 20 stellt die Antworten zu diesen gegenseitigen Argumenten nach den vier zuvor definierten Teilnahmegruppen dar.

Grundsätzlich zeigt Abbildung 20, dass häufig Teilnehmende positivere Haltungen gegenüber Gemeindeversammlungen haben.³⁹ Zunächst sind sich alle vier Gruppen mehrheitlich darin einig, dass die Gemeindeversammlung eher ein Gefühl von Gemeinschaft und gegenseitiger Verantwortung schafft, als dass das Gemeinschaftsgefühl wegen offen zutage tretender Konflikte leiden würde. Ein durch die Versammlung gestärktes Gemeinschaftsgefühl wird je stärker empfunden, je regelmässiger man teilnimmt.

Ebenso sind sich im Schnitt alle vier Gruppen einig, dass sich der Gemeinderat immer wieder anstrengen muss, um die nötigen Mehrheiten für seine Anträge zu bekommen. Die Gemeindeversammlung ist also keineswegs ein Selbstläufer für die Exekutive. Allen voran die immer Teilnehmenden sind der Ansicht, dass sich der Gemeinderat besonders anstrengen muss. Am kritischsten stehen dieser Ansicht diejenigen Personen gegenüber, die noch gar nie an einer Gemeindeversammlung waren. In ihrer Perspektive ist es eher so, dass der Gemeinderat die nötigen

besteht die Gruppe der gar nie Teilnehmenden aus besonders vielen Stimmberechtigten, die in Haushalten mit drei oder mehr Personen leben. Das Zusammenleben mit Kindern dürfte hier einen Einfluss haben.

³⁷ Mehr noch, so die Kritikerinnen und Kritiker, sind die wenigen Teilnehmenden nicht repräsentativ für die ganze Gemeinschaft, wodurch einseitigen Entscheidungen Vorschub geleistet wird. Ferner ist es für gut organisierten Gruppen einfach, ihre Anhängerinnen und Anhänger gezielt zu mobilisieren und dadurch die Mehrheit in der Versammlung zu stellen.

³⁸ Die Befürworterinnen und Befürworter argumentieren demgegenüber, dass der gegenseitige Austausch in der Versammlung und die Möglichkeit, Anträge zu stellen, die gegenseitige Empathie fördern. Damit werde die kommunale Demokratie direkt erlebbar, der soziale Austausch werde gestärkt und es entstehe ein Gefühl der gegenseitigen Verbundenheit und Gemeinschaft.

³⁹ Damit bleibt die Frage natürlich unbeantwortet, ob man deshalb teilnimmt, weil man eine gute Meinung vom Versammlungssystem hat oder ob man eine gute Meinung hat, weil man durch den regelmässigen Besuch gute Erfahrungen gemacht hat.

Mehrheiten für seine Anträge meist problemlos erhält. Entsprechend scheint die eigene Teilnahme auch weniger wichtig.

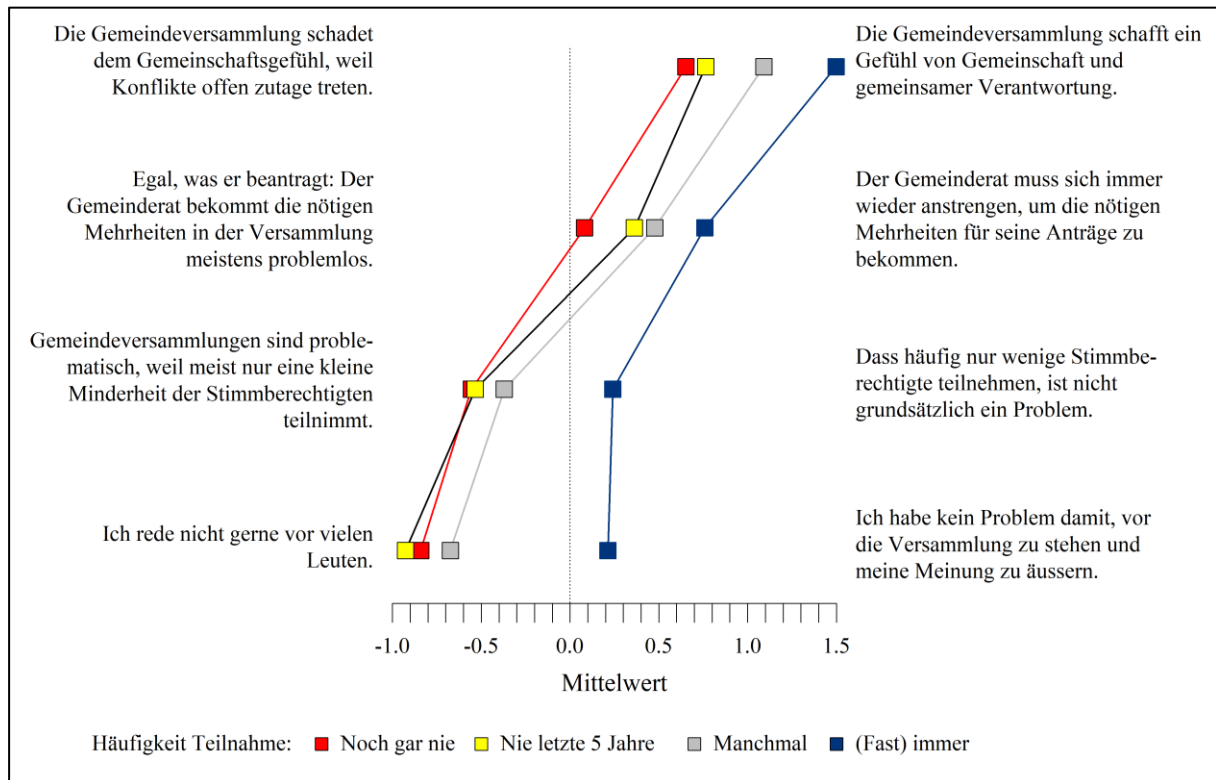


Abbildung 20: Ansichten über die Gemeindeversammlungen nach Teilnahmegruppen

Erläuterung: Dargestellt sind die Mittelwerte für vier Teilnahmegruppen.⁴⁰ Die Fragestellung lautete: «Unten sehen Sie unterschiedliche Aussagen über Gemeindeversammlungen. Was ist Ihre Meinung?»

In den folgenden zwei Gegenüberstellungen lässt sich sodann ein Unterschied zwischen den immer Teilnehmenden und den anderen drei Gruppen ausmachen. Während die immer Teilnehmenden im Schnitt den Aussagen auf der rechten Seite von Abbildung 20 zustimmen, tendieren die restlichen Stimmberechtigten im Schnitt zu den negativeren Aussagen auf der linken Seite. Wer nie oder nur manchmal teilnimmt, teilt insgesamt die Kritik an der tiefen Teilnahmequote. In ihrer Perspektive erscheinen die Gemeindeversammlungen aufgrund der tiefen Teilnahmequote eher als problematisch. Wer immer teilnimmt, sieht in der tiefen Teilnahme demgegenüber eher kein Problem, denn auch eine kleine Minderheit der Stimmberechtigten kann Entscheidungen zum Wohle der ganzen Gemeinschaft treffen. Ebenso sind es diese Personen, die am wenigsten Mühe damit haben, sich vor der Versammlung zu äussern. Ihre Hemmungen zur Wortergreifung und der damit verbundenen Exposition sind eher tief. Dies wiederum kann dazu führen, dass ihr Einfluss auf die getroffenen Entscheidungen gestärkt wird, weil ihre Meinungen und Ansichten eher wahrgenommen werden.

Dass die Sicht auf das Versammlungssystem je besser ist, je häufiger man teilnimmt, deckt sich auch mit den in den Versammlungen gemachten Erfahrungen (Abbildung 21): Je häufiger man teilnimmt, desto besser sind rückblickend die Erfahrungen mit den Versammlungen.

⁴⁰ Zur Berechnung und Indexbildung siehe Kapitel 9.3.

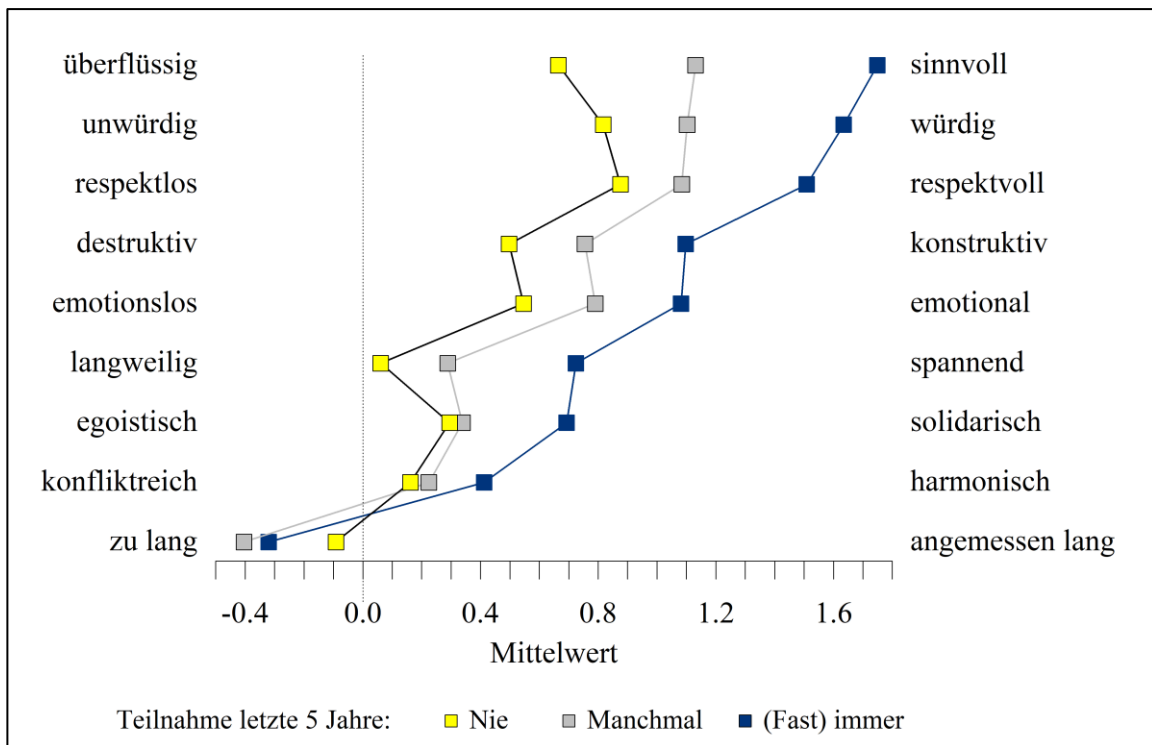


Abbildung 21: Erfahrungen mit Gemeindeversammlungen nach Teilnahmegruppen

Erläuterung: Dargestellt sind die Mittelwerte für die drei Gruppen von Stimmberechtigten, die in ihrem Leben schon mal an einer Gemeindeversammlung teilgenommen haben.⁴¹ Denjenigen Stimmberechtigten, die noch gar nie teilgenommen haben, wurden diese Fragen nicht gestellt. Die Fragestellung lautete: «Wenn Sie auf die Gemeindeversammlungen zurückblicken, an denen Sie teilgenommen haben: Wie fanden Sie diese Versammlungen ganz generell?»

Bis auf die letzte Gegenüberstellung sind die mit den Versammlungen gemachten Erfahrungen für alle drei Gruppen im Schnitt positiv (Abbildung 21). Es sind jeweils diejenigen Personen, die (fast) immer teilnehmen, die ihre Erfahrungen am positivsten werten, gefolgt von den manchmal und den nie Teilnehmenden. Wer häufig an Versammlungen teilnimmt, empfindet sie als besonders sinnvoll, würdig und respektvoll. Denjenigen Personen, die in den letzten fünf Jahren nie teilgenommen haben, erscheinen die besuchten Versammlungen retrospektiv eher langweilig, konfliktreich und egoistisch. Die selektiv (manchmal) Teilnehmenden bewegen sich in ihrer Bewertung im Schnitt stets zwischen den nie und den immer Teilnehmenden.

Alle drei Gruppen sind sich sodann in ihrer negativen Wertung der Versammlungsdauer einig. Gemeindeversammlungen werden generell als von zu langer Dauer wahrgenommen. Dies sehen insbesondere die manchmal Teilnehmenden so.⁴² Im Rückblick am wenigsten Probleme mit der Versammlungsdauer haben insgesamt die Stimmberechtigten, die in den letzten fünf Jahren nie teilgenommen haben.

Zusammengenommen zeigen Abbildung 20 und Abbildung 21, dass sowohl die Ansichten wie auch die Erfahrungen mit den Gemeindeversammlungen bei denjenigen positiver sind, die häufiger teilnehmen. Umgekehrt stehen diejenigen, die selten teilnehmen, den Gemeindeversammlungen

⁴¹ Zur Berechnung und Indexbildung siehe Kapitel 9.3.

⁴² Indes ist davon auszugehen, dass es insbesondere diese Personen sind, die selektiv nur an denjenigen Versammlungen teilnehmen, in denen ein besonders spannendes oder konfliktreiches Geschäft traktandiert ist (siehe Kapitel 6.3). Dass die Behandlung eines solchen Geschäfts auch länger dauern kann, liegt auf der Hand.

kritischer gegenüber. Nie und selektiv Teilnehmende sehen eher Probleme in der tiefen Teilnahmequote und zeigen eher Hemmungen, ihre Meinungen zu äussern. Ferner empfinden sie die Versammlungen als eher langweilig, egoistisch und konfliktreich. Umso wichtiger wird deshalb die Versammlungsleitung. Ihr obliegt es, dass auch die Meinungen und Ansichten der nicht in der Versammlung präsenten Personen sowie von Gruppen, die sich nicht zu äussern wagen, in die getroffenen Beschlüsse einfließen. Folglich erscheint die Zufriedenheit mit der Versammlungsleitung als wichtige Voraussetzung für die wahrgenommene Legitimität des Systems und seines Outputs.

Wie die vorliegende Umfrage zeigt, ist die überwiegende Mehrzahl von 67 Prozent der Stimmberechtigten sehr oder eher zufrieden mit der Versammlungsleitung (Abbildung 22). Rund ein Viertel (24 Prozent) ist mit der Versammlungsleitung demgegenüber sehr oder eher unzufrieden. Zwar gibt es gewisse Unterschiede zwischen den Gemeinden, aber die Zufriedenheit ist in allen drei Gemeinden mehrheitlich klar gegeben. Am glücklichsten mit der Versammlungsleitung sind die Stimmberechtigten in der Gemeinde Glarus, wo sich sieben von zehn Stimmberechtigten als sehr oder eher zufrieden bekennen. Doch auch in Glarus Nord zeigen sich gut zwei von drei Stimmberechtigten als sehr oder eher zufrieden (65 Prozent).

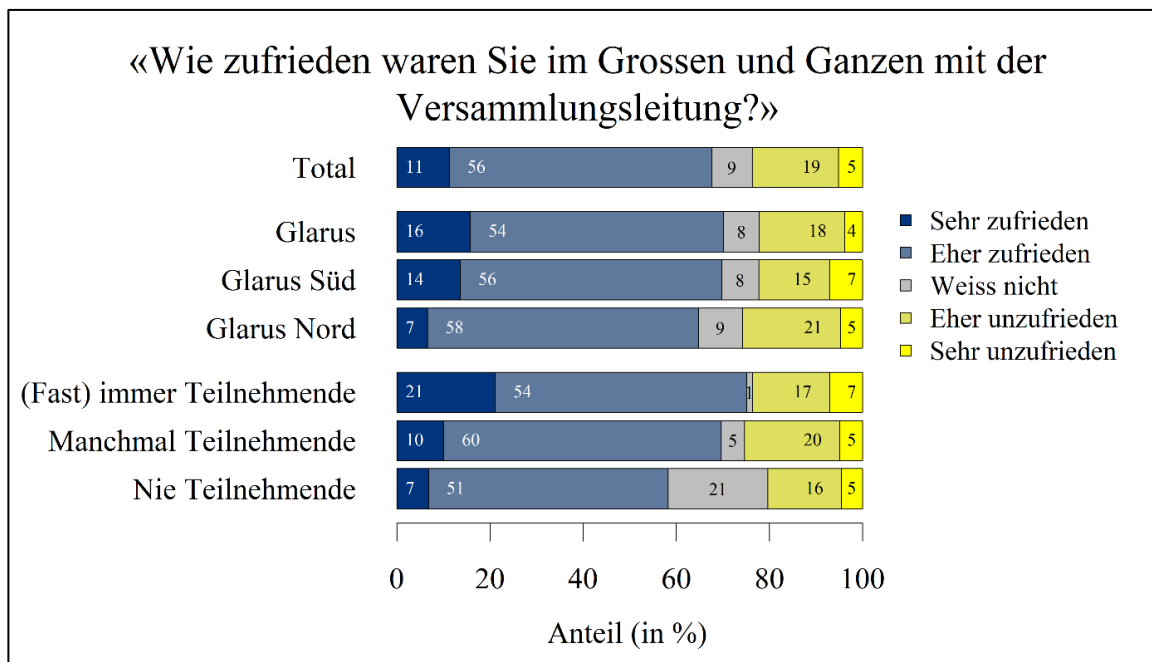


Abbildung 22: Zufriedenheit mit der Versammlungsleitung

Erläuterung: Vorliegende Frage ging an alle Personen, die in ihrem Leben schon einmal an einer Gemeindeversammlung teilgenommen haben.

Auch die Stimmberechtigten, die in den letzten fünf Jahren nie an einer Gemeindeversammlung teilgenommen haben, sind im Rückblick zu 58 Prozent mit der Versammlungsleitung sehr oder eher zufrieden. Indes kann diese Frage von gut einer von fünf Personen nicht beantwortet werden. Insgesamt zeigt sich, dass die Erfahrungen mit der Versammlungsleitung bei den Stimmberechtigten, die häufig teilnehmen, insgesamt am besten sind. So sind die (fast) immer Teilnehmenden zu drei Vierteln sehr oder eher zufrieden mit der Versammlungsleitung (75 Prozent).

6.3 Ausgestaltung der Versammlungen

Wie also müsste eine Gemeindeversammlung idealerweise ausgestaltet sein, damit sie von möglichst vielen Stimmberechtigten besucht wird? Diese Frage wird in der vorliegenden Studie mit der Methode der Conjoint-Analyse untersucht (siehe hierzu Kapitel 9.5 im Anhang). Hierbei werden den Umfrageteilnehmenden jeweils zwei unterschiedliche, fiktive Gemeindeversammlungen präsentiert.⁴³ Jede dieser fiktiven Versammlungen wird mit sieben Dimensionen charakterisiert⁴⁴, die je unterschiedliche Ausprägungen annehmen können⁴⁵. Die Umfrageteilnehmenden werden sodann um eine Einschätzung gebeten, an welcher der beiden Versammlungen sie eher teilnehmen würden. Aus ihren Antworten auf diese Frage kann mit den entsprechenden statistischen Verfahren eruiert werden, welche Aspekte einen positiven, negativen oder gar keinen Effekt auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit haben.

Die Analyse zeigt, dass insbesondere zwei Dinge der Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme abträglich sind (Abbildung 23). So sinkt die Teilnahmewahrscheinlichkeit signifikant, wenn eine Versammlung am Wochenende anstatt unter der Woche stattfindet. Zweitens spielt die prognostizierte Dauer der Versammlung eine gewichtige Rolle. Je länger die erwartete Dauer der Versammlung ist, desto tiefer ist die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme. Bereits die Verlängerung von einer auf zwei Stunden führt zu einer signifikant tieferen Teilnahmewahrscheinlichkeit.

Motivierend wirkt demgegenüber zunächst die Begleitung durch Menschen aus dem nächsten sozialen Umfeld. So steigt die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme signifikant an, wenn man nicht alleine hingehen muss, sondern von seinen Familienangehörigen oder Freunden begleitet wird. Dies wiederum heisst auch, dass regelmässig Teilnehmende zu einer höheren Teilnahmequote beitragen könnten, indem sie nie oder selten teilnehmenden Personen aus ihrem direkten Umfeld zum gemeinsamen Versammlungsbesuch motivieren. Keine signifikanten Effekte gibt es demgegenüber, wenn man von Nachbarn oder Arbeitskollegen begleitete wird.

Sodann zeigt sich, dass das traktandierte Hauptthema motivierend wirkt. Je spannender das Thema ist, desto eher ist man zur Teilnahme bereit. Besonders spannend erscheinen in diesem Zusammenhang die Gesamtrevision der Nutzungsplanung, die Totalrevision der Gemeindeordnung sowie die Erhöhung des Steuerfusses. Insgesamt ist aber Vieles spannender als die Abnahme der Jahresrechnung.

Schliesslich spielt auch die erwartete Atmosphäre eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Glarnerinnen und Glarner schätzen es, wenn in der Versammlung «etwas läuft». Im Idealfall treffen sich verschiedene Stimmberechtigte mit ihren je eigenen Vorstellungen und Präferenzen, um gemeinsam eine anstehende Herausforderung zu lösen. Dazu werden verschiedene Anträge eingereicht und diskutiert. Auf dieser Basis wird sodann ein gemeinsamer Beschluss gefasst, der mehr ist als die Summe individueller Vorstellungen. Kann man im Vorfeld einer Versammlung mit diesem Ablauf der Versammlung rechnen, werden sich besonders viele Stimmberechtigte zum Versammlungsbesuch einfinden. Doch auch wenn man sich nicht findet, sondern wenn es zu einem offenen Disput kommt, fördert dies insgesamt die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme. Gibt es demgegenüber nur geringfügige

⁴³ Siehe hierzu das Beispiel in Tabelle 16 im Kapitel 9.5 im Anhang. In der vorliegenden Umfrage werden allen Befragten zwei solche Gegenüberstellungen präsentiert.

⁴⁴ Bei diesen Dimensionen handelt es sich um das *wichtigste Traktandum*, die *erwartete Dauer*, der *Zeitpunkt* (Wochentag) der Versammlung, die *Anreisedauer*, die *Begleitung*, die mit dem Versammlungsbesuch möglicherweise bestehenden *Annehmlichkeiten* sowie die *erwartete Atmosphäre*. Für weitere Erläuterungen siehe Kapitel 9.5 im Anhang.

⁴⁵ Eine Gemeindeversammlung kann beispielsweise am Donnerstag, Freitag oder Samstag stattfinden (Dimension «Zeitpunkt») oder eine, zwei, drei oder noch mehr Stunden dauern (Dimension «erwartete Dauer») (für eine Übersicht siehe Tabelle 17 in Kapitel 9.5 im Anhang).

Meinungsverschiedenheiten, dann wird die Beteiligung kaum höher sein als wenn gar keine Anträge eingereicht werden.



Abbildung 23: Conjoint-Analyse Total

Erläuterung: In fetter Schrift sind jeweils die Namen der einzelnen Dimensionen genannt. Darunter werden die einzelnen Ausprägungen jeder Dimension aufgelistet. Die Effekte⁴⁶ jeder dieser Ausprägungen werden jeweils mit einer Raute dargestellt. Die durch die Rauten gezogenen horizontalen Linien bildet das 95%-Konfidenzintervall ab. Die Rauten ohne Konfidenzintervall stellen die jeweiligen Referenzkategorien dar. Befinden sich die Rauten links der vertikalen, gepunkteten Linie, ist eine tiefere, rechts eine höhere Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme zu erwarten als für die Referenzkategorie. Schneiden die Konfidenzintervalle die vertikale, gepunktete Linie nicht, sind die entsprechenden Effekte mit einer Sicherheit von 95 Prozent signifikant, also von null verschieden. Die Berechnung basiert auf gewichteten Daten. Die Standardfehler sind geclustert.

⁴⁶ Berechnet werden die Effekte («Average Marginal Components Effects») der einzelnen Ausprägungen nach Hainmueller et al. 2014.

Schliesslich zeigt Abbildung 23, dass sich die Glarnerinnen und Glarner nicht durch materielle Annehmlichkeiten ködern lassen. Ob im Anschluss an die Versammlung ein Apéro ausgeschenkt wird oder nicht, spielt grundsätzlich keine signifikante Rolle. Das Verteilen eines Geschenks wiederum ist sogar negativ konnotiert. Tatsächlich sinkt nämlich die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme, wenn diese mit einem materiellen Geschenk verbunden wird. Das Verteilen eines Geschenks erscheint insgesamt also als keine besonders gute Idee zur Steigerung der Versammlungsteilnahme.

Kaum eine Rolle spielt die Anreisedauer. Erst bei einer Anreisedauer von 20 Minuten sinkt die Teilnahmewahrscheinlichkeit gegenüber einer Versammlung, deren Anreise weniger als fünf Minuten in Anspruch nimmt.

Zwischen den drei Gemeinden gibt es nur geringfügige Unterschiede. In allen drei Gemeinden können die negativen Effekte der Verschiebung einer Gemeindeversammlung auf das Wochenende und der prognostizierten Dauer⁴⁷ der Versammlung sowie die positiven Effekte des traktandierten Themas und der erwarteten Atmosphäre bestätigt werden (siehe Abbildung 38 im Anhang, Kapitel 9.5). Ebenso hat das Verteilen eines Geschenkes in allen drei Gemeinden einen negativen Effekt auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit.⁴⁸ Dass das direkte soziale Umfeld einen motivierenden Effekt auf die Teilnahme hat, zeigt sich sodann in den Gemeinden Glarus Nord und Glarus. Demgegenüber spielt die Begleitung für die Stimmberechtigten in Glarus Süd eine eher untergeordnete Rolle.

Grössere Unterschiede zeigen sich demgegenüber mit Blick auf die Regelmässigkeit der Teilnahme (Abbildung 24). Zwar sind sich die vier Teilnahmegruppe zunächst in ihrer negativen Beurteilung von Versammlungen am Wochenende einig. Bereits bei der Beurteilung der Begleitung werden aber Differenzen sichtbar. Personen, die noch nie an einer Gemeindeversammlung teilgenommen haben, schätzen es, wenn sie von Personen aus ihrem engsten sozialen Umfeld (Familienangehörige, Freunde) begleitet werden. Stimmberechtigte, die zwar nicht in den letzten fünf Jahren, jedoch zuvor bereits teilgenommen haben, lassen sich demgegenüber nicht durch andere Personen mobilisieren. Die Begleitung durch Arbeitskollegen wird sogar negativ bewertet. Das soziale Umfeld könnte also vor allem dabei helfen, denjenigen Stimmberechtigten den Einstieg in die Versammlungsdemokratie zu erleichtern, die noch gar nie teilgenommen haben.⁴⁹

Die häufig Teilnehmenden sind im Unterschied zu den anderen drei Gruppen am tolerantesten gegenüber langen Versammlungen. Bei ihnen sinkt die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme erst ab einer Länge von über drei Stunden, während für die anderen Gruppen bereits eine Verlängerung von einer auf zwei, respektive drei Stunden negative Konsequenzen haben.

Für alle vier Gruppen wirkt sodann das traktandierete Thema motivieren. Wenn ein besonders spannendes Thema ansteht, können sie sich eher eine Teilnahme vorstellen. Dies gilt weniger für die häufig Teilnehmenden, für die die konkreten Themen weniger zentral sind. Aber auch sie bevorzugen Versammlungen mit besonders wichtigen Geschäften wie der Gesamtrevision der Nutzungsplanung oder der Teilrevision der Gemeindeordnung.

Das Verteilen von Geschenken bleibt eine schlechte Idee. Wie in Abbildung 24 zu sehen ist, hätte das Verteilen eines Geschenks für alle Gruppen, die in ihrem Leben schon mal an einer Versammlung anwesend waren, negative Konsequenzen. Gar keinen Effekt hat das Verteilen eines Geschenks bei

⁴⁷ Insbesondere in der Gemeinde Glarus kann dies erkannt werden. In den Gemeinden Glarus Nord und Glarus Süd sinkt die Teilnahmewahrscheinlichkeit erst bei einer Verlängerung von einer auf drei Stunden signifikant.

⁴⁸ In Glarus Nord ist der Effekt zwar ebenfalls negativ, aber nicht signifikant ($p=0.16$).

⁴⁹ Die häufig Teilnehmenden schätzen insbesondere die Begleitung durch Familienangehörige, während sich die selektiv Teilnehmenden am ehesten die Begleitung durch Freunde wünschen.

Personen, die noch gar nie teilgenommen haben. Für sie wäre aber das Ausschicken eines Apéros von gewissem Interesse. Indes ist der Effekt knapp nicht signifikant ($p=0.06$).

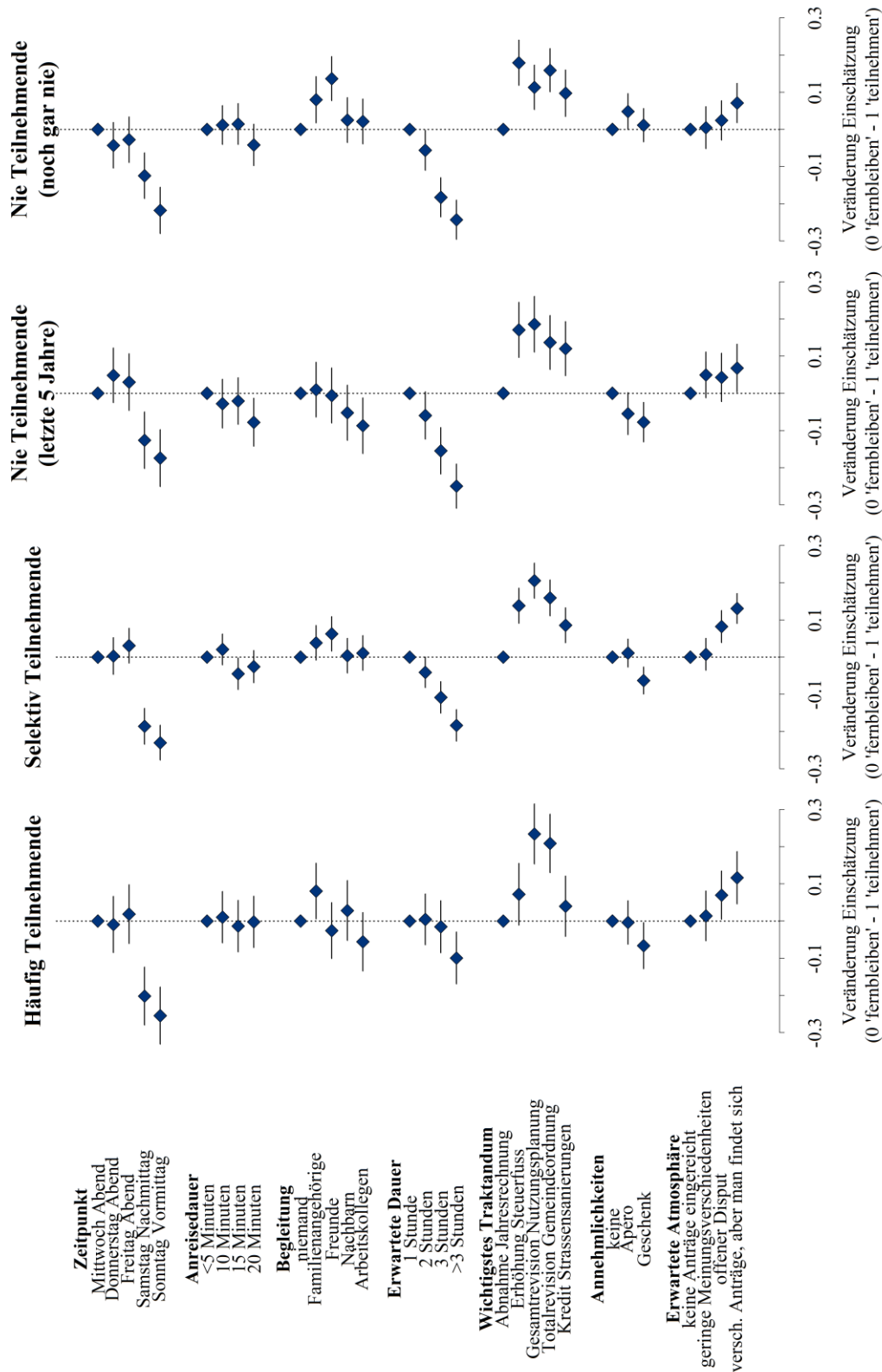


Abbildung 24: Conjoint-Analyse nach Teilnahmegruppen

Schliesslich bevorzugen alle vier Teilnahmegruppen Versammlungen, in denen verschiedene Anträge eingereicht werden, bei denen man sich am Schluss aber findet. Grundsätzlich schätzen es die Glarnerinnen und Glarner also, wenn man gemeinsam zu einer breit getragenen Lösung findet. Mit

anderen Worten wirkt die Erwartung einer zwar durchaus kontroversen, aber schlussendlich produktiven Versammlung motivierend. Kommt es stattdessen zu einem offenen Disput, entscheiden sich die nie Teilnehmenden nicht signifikant eher zur Teilnahme. Von offenem Konflikt angezogen fühlen sich in erster Linie die selektiv und die häufig Teilnehmenden. Die Erwartung von offenem Disput schreckt insbesondere die selektiv Teilnehmenden also nicht ab, sondern lockt sie im Gegenteil eher an die Versammlung.

6.4 (Wieder-)Einführung Gemeindeparlament und Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen

Ungeachtet der bekannten Kritik am Versammlungssystem und trotz den zuweilen auch negativen Erfahrungen und Meinungen sprechen sich die befragten Glarnerinnen und Glarner mehrheitlich für die Gemeindeversammlungen aus. So geniesst die Beibehaltung der Gemeindeversammlung stärkeren Rückhalt als die Einführung eines Gemeindeparlaments (Abbildung 25). Rund 44 Prozent der Stimmberechtigten sprechen sich sehr oder eher für die Gemeindeversammlung aus (Antwortkategorien 0 bis 4), während sich gut 28 Prozent für die Einführung von Gemeindeparlamenten aussprechen (Antwortkategorien 6 bis 10). Dabei sind 13 Prozent der Umfrageteilnehmenden dezidiert für die Gemeindeversammlung und neun Prozent klar für die Einführung eines Parlaments. Zu beachten gilt dabei, dass sich ein relativ grosser Anteil von 22 Prozent der Befragten zu dieser Frage keine Meinung gebildet hat und mit «weiss nicht» antwortet.

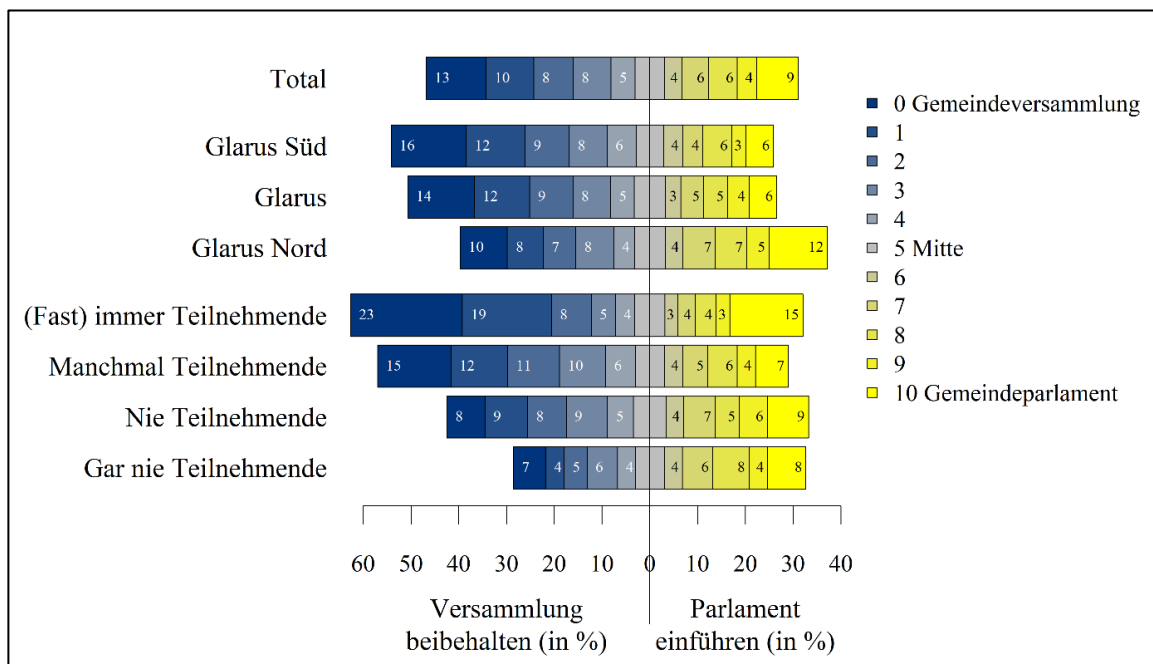


Abbildung 25: Beibehaltung Gemeindeversammlung vs. Einführung Gemeindeparlament

Erläuterung: Die Umfrageteilnehmenden wurden gebeten, ihre Präferenzen zwischen Gemeindeversammlung und Gemeindeparlament auf einer Skala von 0 (Gemeindeversammlung beibehalten) und 10 (Gemeindeparlament einführen) anzugeben.⁵⁰ Nicht in der Grafik dargestellt ist der Anteil der «weiss nicht»-Antworten (siehe Lauftext).

⁵⁰ Der komplette Fragetext mit entsprechender Einleitung lautet: «Die Gemeinde Glarus Nord hatte bis 2016 als einzige Gemeinde im Kanton Glarus ein Gemeindeparlament. Gegenwärtig überlegen sich verschiedene Gemeinden der Schweiz, die Gemeindeversammlung durch ein Gemeindeparlament zu ersetzen. Falls dies in Ihrer Gemeinde zur Diskussion stehen würde, wären Sie eher für die Beibehaltung der Gemeindeversammlung oder die (Wieder-)Einführung eines Gemeindeparlaments?»

Abbildung 25 zeigt, dass es durchaus Unterschiede zwischen den Gemeinden gibt. Spricht sich die Mehrheit von rund 51 Prozent in der Gemeinde Glarus Süd für die Beibehaltung der Gemeindeversammlung aus, so beträgt dieser Anteil in Glarus Nord noch gut 37 Prozent (Kategorien 0 bis 4). Auf der anderen Seite können sich etwa 35 Prozent der Umfrageteilnehmenden aus Glarus Nord sehr oder eher mit einem Gemeindeparlament anfreunden, während sich dies nur gut 23 Prozent in Glarus Süd vorstellen können (Kategorien 6 bis 10). Insbesondere die Gemeinde Glarus Nord steht damit vor einer schwierigen Situation, zumal die Gemeinde bis 2016 ein Parlament gehabt hat. Stand heute stehen sich zwei in etwa gleich starke Blöcke gegenüber.

Ferner ist der Wunsch zur Beibehaltung der Gemeindeversammlung stärker bei jenen, die regelmässig teilnehmen. Gut 59 Prozent der immer Teilnehmenden sprechen sich dafür aus, während sich rund 29 Prozent mit einem Parlament anfreunden könnten. Demgegenüber sind gut 30 Prozent der Stimmberechtigten, die noch gar nie an einer Versammlung teilgenommen haben, für die Einführung eines Parlaments. Ihnen stehen gut 26 Prozent gegenüber, die für die Beibehaltung des Versammlungssystems sind. Jedoch ist der Anteil der «weiss nicht»-Antworten in dieser Gruppe mit fast 39 Prozent ausserordentlich hoch. Dies deutet darauf hin, dass sich viele noch nie Gedanken über einen Systemwechsel gemacht haben und diesbezüglich (noch) keine Meinung haben.

Bereits in der Gruppe der Stimmberechtigten, die in den letzten fünf Jahren zwar nie, zuvor aber bereits an Gemeindeversammlungen teilgenommen haben, überwiegen die Befürworterinnen und Befürworter des Versammlungssystems mit rund 39 Prozent gegenüber 31 Prozent, die bestimmt oder eher für die Einführung eines Parlaments sind.⁵¹

Eine Reform der Legislative muss aber nicht gleich mit einem kompletten Systemwechsel einhergehen. So sind auch Zwischenformen zwischen Versammlungs- und Urndemokratie denkbar. Ein prominentes Beispiel einer solchen Mischform ist etwa ein fakultatives Referendum, mit dem die Stimmberechtigten einen Versammlungsbeschluss an die Urnenabstimmung delegieren können. Verschiedene Kantone kennen solche nachträglichen Urnenabstimmungen.⁵² Auf der einen Seite kann dieses Instrument «verhindern, dass eine nicht repräsentativ zusammengesetzte Gemeindeversammlung einen Beschluss fasst.»⁵³ Dank der brieflichen Stimmabgabe können mehr Personen teilnehmen, schliesslich finden briefliche Abstimmungen anders als Gemeindeversammlungen nicht nur zu einem Zeitpunkt und an einem Ort statt. Ferner ist das Stimmgeheimnis gewahrt und der soziale Druck der Versammlung fällt weg. Andererseits ist an der Urne die Versuchung grösser, den Behörden einen Denkkzettel zu verpassen (Ladner 2016: 97) und die Gemeindeversammlung kann aus Sicht der Teilnehmenden zur Farce verkommen, wenn in der Versammlung ausdiskutierte und beschlossene Geschäfte dann doch an die Urne überwiesen werden (Schneebeli 2009: 9).

Das fakultative Referendum über Beschlüsse der Gemeindeversammlungen existiert im Kanton Glarus zurzeit nicht. Gemäss der vorliegenden Umfrage kann sich eine Mehrheit der Befragten die Einführung dieses Instruments aber grundsätzlich vorstellen (Abbildung 26). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind 26 Prozent bestimmt und weitere 31 Prozent eher dafür. Ihnen stehen 36 Prozent der Stimmberechtigten gegenüber, die sich dies nicht oder eher nicht vorstellen können.

In allen drei Gemeinden sprechen sich Mehrheiten sehr oder eher für die Einführung eines fakultativen Referendums aus (Abbildung 26). Am stärksten ist die Zustimmung in der Gemeinde

⁵¹ Der «weiss nicht»-Anteil beträgt rund 24 Prozent.

⁵² Einen kurzen Überblick hierzu findet sich in Auer (2016: 152f.). Gemäss Angaben der gesamtschweizerischen Gemeindegremienbefragung 2009 gibt es in rund 45 Prozent aller Gemeinden die Möglichkeit, eine Urnenabstimmung zu den Entscheidungen der Gemeindeversammlungen zu verlangen (Ladner 2016: 53).

⁵³ <https://www.zh.ch/de/politik-staat/wahlen-abstimmungen/initiativen-referenden-anfragerecht.html#2036164425> [27.11.2020]

Glarus Nord, wo 60 Prozent sehr oder eher dafür und 33 Prozent sehr oder eher dagegen sind. Die schwächste, aber immer noch mehrheitliche Zustimmung findet sich in der Gemeinde Glarus mit 54 Prozent.

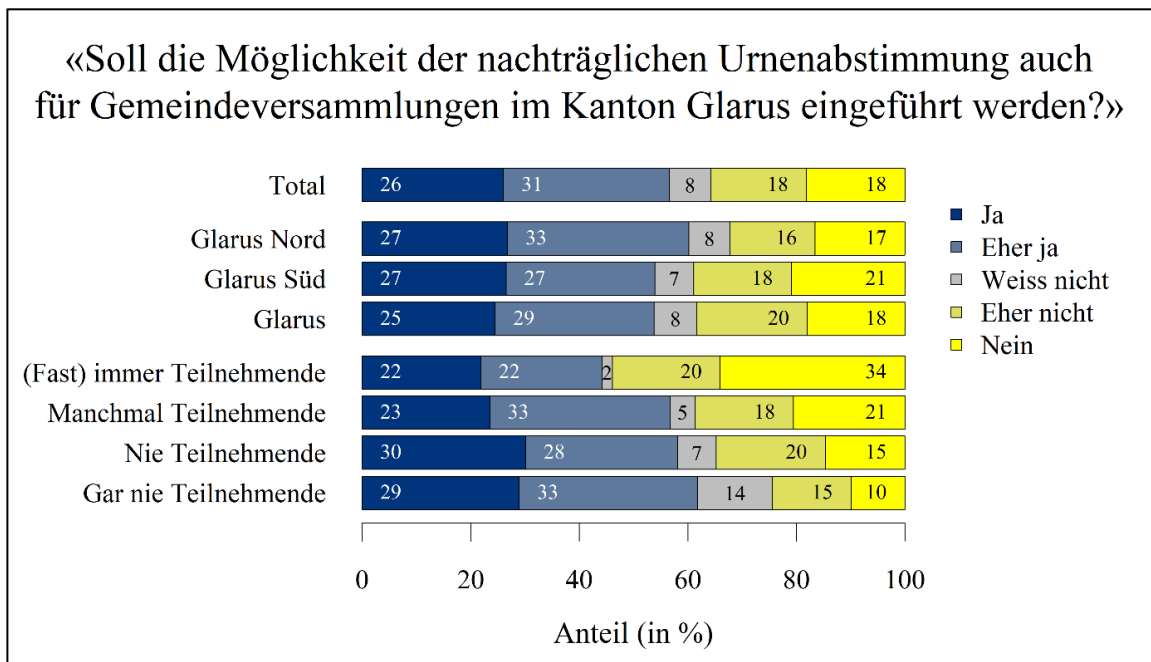


Abbildung 26: Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen

Erläuterung: Die komplette Fragestellung mit eigener Einleitung lautet: «In anderen Kantonen (z.B. Aargau) kann eine Urnenabstimmung verlangt werden, wenn man mit einem Beschluss der Gemeindeversammlung nicht einverstanden ist (fakultatives Referendum). Soll diese Möglichkeit der nachträglichen Urnenabstimmung auch für Gemeindeversammlungen im Kanton Glarus eingeführt werden?»

Gegen die Einführung einer nachträglichen Urnenabstimmung sprechen sich nur die immer Teilnehmenden aus. 54 Prozent von ihnen sind sehr oder eher dagegen. Ihnen stehen 44 Prozent gegenüber, die sich dies vorstellen können. Je seltener man teilnimmt, desto eher ist man für die Einführung fakultativer Referenden. So sprechen sich 62 Prozent der gar nie Teilnehmenden sehr oder eher dafür aus. Indes steigt mit abnehmender Teilnahmhäufigkeit auch der Anteil der «weiss nicht»-Antworten. Doch bereits die manchmal Teilnehmenden sprechen sich insgesamt klar für nachträgliche Urnenabstimmungen aus.

Dabei gilt selbstverständlich zu beachten, dass diesbezüglich noch keine vertiefte öffentliche Debatte stattgefunden hat und dass es eine Vielzahl möglicher Ausgestaltungen nachträglicher Urnenabstimmungen gibt. So können die Stimmberechtigten je nach Kanton etwa mittels Unterschriftensammlung (AG, AR, SG) oder aber direkt in der Gemeindeversammlung selbst (ZG, ZH) eine Urnenabstimmung über einen Versammlungsbeschluss verlangen (Angaben gemäss Auer 2016: 152f.). Dabei gibt es zuweilen auch weitere Quoren zu berücksichtigen. So können etwa im Kanton Aargau Beschlüsse der Gemeindeversammlung nur dann einer Urnenabstimmung unterstellt werden, wenn die beschliessende Mehrheit weniger als 20 Prozent aller Stimmberechtigter der Gemeinde ausmachen und die Unterschriften von – je nach Gemeinde – zwischen einem Zehntel und einem Viertel

der Stimmberechtigten fristgerecht eingereicht werden.⁵⁴ Im Kanton Zürich wiederum kann ein Drittel der *in* der Versammlung anwesenden Stimmberechtigten verlangen, dass ein Beschluss der nachträglichen Urnenabstimmung zu unterbreiten ist.

⁵⁴ Studien zeigen, dass fakultative Referenden im Kanton Aargau tatsächlich sehr selten ergriffen werden. Nur gegen etwa sieben Promille der dem fakultativen Referendum unterstehenden Beschlüsse wird auch tatsächlich eine Urnenabstimmung verlangt. An der Urne resultiert sodann in zwei von drei Fällen ein anderer Entscheid als in der Versammlung (Rochat 2020).

7. Landsgemeinde

Als letzte Form politischer Partizipation steht in diesem Kapitel die Teilnahme an der Glarner Landsgemeinde im Fokus. Dabei haben wir es wiederum mit drei Gruppen von Teilnehmenden zu tun: immer, manchmal und nie Teilnehmende.⁵⁵ Worin sich diese voneinander unterscheiden (Kapitel 7.1) und wie sie zu möglichen Reformen am althergebrachten System der Landsgemeinde stehen (Kapitel 7.2), wird im Folgenden ausgeführt.

7.1 Die Teilnahme an der Landsgemeinde

Vergleichen wird die Teilnahmegruppen, dann erkennen wir zunächst eine Reihe von Variablen, mit denen sich die drei Gruppen von Stimmberechtigten klar voneinander abgrenzen lassen (Tabelle 11). Die Unterschiede zwischen den immer und den selektiv (manchmal) Teilnehmenden, zwischen den immer und den nie Teilnehmenden und zwischen den selektiv und den nie Teilnehmenden sind jeweils signifikant.

Teilnahme:	(Fast) immer	Manchmal	Nie
Interesse an Politik Kanton (Anteil sehr/ziemlich interessiert)	90%	71%	59%
Verbundenheit mit Kanton GL (Mittelwert auf Skala 0-10)	8.3	7.9	7.1
Relative Wohndauer (Anteil Lebensjahre im Kt. GL)	80%	74%	65%
Wohneigentum (Anteil mit Wohneigentum)	66%	59%	49%
Interne Wirksamkeit (Mittelwert auf Skala 0-5)	3.8	3.3	3.1
Externe Wirksamkeit (Mittelwert auf Skala 0-5)	2.8	2.6	2.3
Bildung (Anteil Hochschule)	26%	18%	12%

Tabelle 11: Teilnahme an der Landsgemeinde: signifikante Unterschiede zwischen den Teilnahmegruppen

Wiederum spielt das Interesse an der Politik – hier das *Interesse an der Politik des Kantons Glarus* – eine bedeutende Rolle. Je grösser das Interesse ist, desto eher nimmt man an der Landsgemeinde teil (Tabelle 11). So zeigen 90 Prozent der immer Teilnehmenden ein sehr oder ziemlich grosses Interesse an der Politik des Kantons, gefolgt von 71 Prozent der manchmal und 59 Prozent der nie Teilnehmenden.

Sodann haben wir eine Reihe von Variablen, die alle mit der sozialen Einbettung im Kanton Glarus zusammenhängen. So steigt die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme mit der gefühlten *Verbundenheit* mit dem Kanton, der *relativen Wohndauer* und dem Besitz von *Wohneigentum*. Insgesamt kann dies als starker Hinweis dahingehend gelesen werden, dass die Verwurzelung im Kanton von grosser Bedeutung für die Teilnahme an der Landsgemeinde ist.

⁵⁵ Diese Einteilung basiert auf den Antworten auf folgende Frage: «Wie regelmässig haben Sie in den letzten fünf Jahren an der Glarner Landsgemeinde teilgenommen? War dies (fast) immer, manchmal oder nie der Fall?»

Neben dem Interesse und der sozialen Einbettung spielen schliesslich auch die individuellen kognitiven Ressourcen eine Rolle. So zeigen die immer Teilnehmenden im Schnitt eine relativ hohe *interne und externe Wirksamkeit* und der Anteil der Personen mit *Hochschulbildung* (Fachhochschulen, Universitäten, ETH) ist in dieser Gruppe besonders hoch. Je seltener die Teilnahmehäufigkeit der einzelnen Gruppen ist, desto tiefer liegen diese Durchschnittswerte.

Die negative Seite davon ist, dass Personen, die sich (noch) nicht so stark im Kanton Glarus verwurzelt fühlen, die Mühe haben, politischen Diskussionen zu folgen und die seltener erfahren haben, dass das politische System auf ihre Wünsche und Ansichten reagiert, eher von der Teilnahme an der Landsgemeinde absehen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Teilnahme an der Landsgemeinde vor allem von individuellen Perzeptionen, Erfahrungen und Vorstellungen geleitet ist und eine soziale Schichtung der Teilnahme zunächst eine eher untergeordnete Rolle zu spielen scheint. Dieser Eindruck bestärkt sich, wenn wir das Vertrauen gegenüber den Behörden, Institutionen und Mitmenschen genauer anschauen (Tabelle 12):

Teilnahme:	(Fast) immer	Manchmal	Nie
Vertrauen in Regierungsrat (Mittelwert auf Skala 0-10)	7.0	6.4	6.1
Vertrauen in Landrat (Mittelwert auf Skala 0-10)	6.7	6.3	6.0
Vertrauen in Kantonsverwaltung (Mittelwert auf Skala 0-10)	6.6	6.3	6.1
Vertrauen in politische Parteien (Mittelwert auf Skala 0-10)	4.7	4.4	4.1
Zwischenmenschliches Vertrauen (Mittelwert auf Skala 0-10)	6.3	5.5	4.9

Tabelle 12: Teilnahme an der Landsgemeinde: Vertrauen in Behörden, Institutionen und Mitmenschen nach Teilnahmegruppen

Auch mit Blick auf das den Behörden, Institutionen und Mitmenschen entgegengebrachte Vertrauen zeigen sich relativ klare Zusammenhänge. So ist das durchschnittliche *Vertrauen in den Regierungsrat*, den *Landrat* und die *Kantonsverwaltung* in der Gruppe der immer Teilnehmenden am grössten, gefolgt von den manchmal und den nie Teilnehmenden.⁵⁶ Durchwegs signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen sehen wir sodann beim *zwischenmenschlichen Vertrauen* und dem *Vertrauen in die politischen Parteien*. Wiederum sind es die immer Teilnehmenden, die ihren Mitmenschen und den politischen Parteien im Schnitt das grösste Vertrauen entgegenbringen, gefolgt von manchmal und den nie Teilnehmenden. Dabei bleibt die Frage offen, ob positive Erfahrung im Zuge vergangener Landsgemeindebesuche das Vertrauen gegenüber der Politik und den Mitmenschen gefördert hat oder ob nicht eher ein bestimmtes Mass an Vertrauen bereits gegeben sein muss, um sich überhaupt zum Besuch der Landsgemeinde zu motivieren.

Dass ein relativ starker Zusammenhang zwischen dem Vertrauen und der Regelmässigkeit der Teilnahme an der Landsgemeinde besteht, kann aber auch unerwünschte Folgen haben. Es bedeutet nämlich, dass Glarnerinnen und Glarner, bei denen die Behörden, Institutionen und Mitmenschen wenig Vertrauen geniessen, tendenziell eher von der politischen Mitsprache absehen. Damit besteht die

⁵⁶ Indes sind die Unterschiede zwischen den manchmal und den nie Teilnehmenden zu gering, um den Zufall mit genug grosser Sicherheit statistisch auszuschliessen – insbesondere hinsichtlich der Kantonsverwaltung.

Gefahr, dass die politische Unzufriedenheit und ein möglicherweise bestehendes Misstrauen nicht in den politischen Entscheidungsprozess einfließen und durch diesen gemeinsam gelöst werden kann. Im Extremfall könnte dies zu einer Polarisierung der Stimmbürgerschaft beitragen. Ein Indiz dahingehend sehen wir hinsichtlich der *Zufriedenheit mit dem Leben im Kanton Glarus*. So weisen die nie Teilnehmenden im Schnitt eine signifikant tiefere Zufriedenheit (7.6 auf der Skala von 0 bis 10) auf als die immer Teilnehmenden (8.2) und die manchmal Teilnehmenden (8.0).⁵⁷

Soziale Schichtungsvariablen sind gegenüber dem Vertrauen, dem politischen Interesse, den kognitiven Ressourcen und der sozialen Einbettung tendenziell von geringerer Bedeutung. Anders als in den bislang untersuchten Foren der politischen Mitwirkung spielt das *Alter* bei der Landsgemeinde eine eher untergeordnete Rolle. Zwar sind auch hier die immer Teilnehmenden im Schnitt älter als die manchmal Teilnehmenden, die wiederum älter sind als die nie Teilnehmenden.⁵⁸ Die Unterschiede zwischen den drei Gruppen sind aber zu gering, um hier mit genügend grosser Sicherheit von einem signifikanten Zusammenhang auszugehen. Dasselbe gilt für das Zusammenleben mit *Kindern im selben Haushalt*. Zwar gibt es durchaus Unterschiede zwischen den drei Teilnahmegruppen, diese sind aber gering und nicht signifikant.⁵⁹

Die einzigen Schichtungsvariablen mit einer gewissen Bedeutung sind das *Geschlecht* und die *Berufstätigkeit*. So ist der Männeranteil bei den immer Teilnehmenden (55 Prozent) signifikant höher als bei den manchmal (47 Prozent) und den nie Teilnehmenden (43 Prozent). Hingegen gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den manchmal und den nie Teilnehmenden. Bei besonders schlecht besuchten Landsgemeinden, an denen sich hauptsächlich die immer Teilnehmenden einfinden, kann es also durchaus zu einer gewissen Verzerrung der Repräsentativität der Stimmbürgerschaft mit Blick auf das Geschlecht kommen. Ferner sind es die nie Teilnehmenden, die signifikant seltener berufstätig sind (54 Prozent) als die immer und die manchmal Teilnehmenden (jeweils 62 Prozent). Gar keine signifikanten Unterschiede sind schliesslich mit Blick auf die *Links-Rechts-Selbsteinschätzung* und die Anzahl *Personen im Haushalt* auszumachen.

⁵⁷ Zwischen den immer und den manchmal Teilnehmenden gibt es keinen signifikanten Unterschied.

⁵⁸ Im Schnitt sind die immer Teilnehmenden rund 53 Jahre alt, die manchmal Teilnehmenden sind 51 und die nie Teilnehmenden 50. Es gibt zwar einen schwachen signifikanten Unterschied zwischen den immer und den nie Teilnehmenden ($p=0.04$), hingegen nicht zwischen den immer und den manchmal sowie zwischen den manchmal und den nie Teilnehmenden.

⁵⁹ Der Anteil immer Teilnehmender mit Kindern im selben Haushalt beträgt rund 18 Prozent gegenüber 21 Prozent bei den manchmal und 22 Prozent bei den nie Teilnehmenden. Wie beim Alter besteht zwar ein signifikanter Unterschied zwischen den immer und den nie Teilnehmenden ($p=0.05$), nicht aber zwischen den immer und den manchmal oder zwischen den manchmal und den nie Teilnehmenden.

7.2 Mögliche Reformen

Im Rahmen der vorliegenden Umfrage wurden den angeschriebenen Glarnerinnen und Glarnern auch verschiedene Fragen mit Blick auf mögliche Reformen des Landsgemeinensystems gestellt. Eine erste Fragenbatterie thematisiert zunächst die Machtverteilung zwischen Landrat und Landsgemeinde. Konkret wurde gefragt, wie die Gewichtung zwischen Landrat und Landsgemeinde wahrgenommen wird⁶⁰ und welche Gewichtsverteilung man sich idealerweise wünschen würde⁶¹.

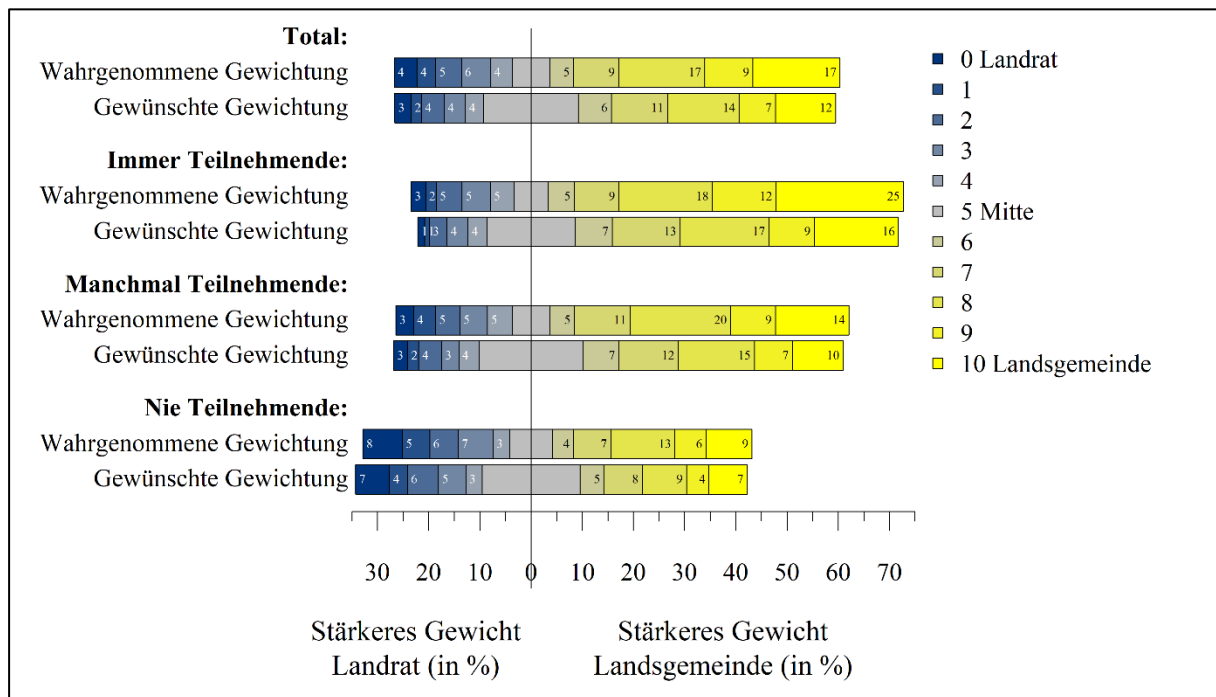


Abbildung 27: Gewichtung zwischen Landrat (0) und Landsgemeinde (10)

Erläuterung: Beide Fragen konnten auf einer Skala von 0 (Landrat) bis 10 (Landsgemeinde) beantwortet werden. Nicht in der Grafik dargestellt ist der Anteil der «weiss nicht»-Antworten.

Grundsätzlich sind die Glarnerinnen und Glarner der Ansicht, die Landsgemeinde habe das grössere Gewicht als der Landrat (Abbildung 27). So sehen gut 57 Prozent das Gewicht eher bei der Landsgemeinde (Antwortkategorien 6 bis 10), während rund 23 Prozent dem Landrat das grössere Gewicht zuschreiben (Kategorien 0 bis 4). Diese Vormachtstellung der Landsgemeinde ist auch mehrheitlich gewünscht. So wünscht sich die Hälfte (50 Prozent) der Befragten eine Gewichtsverteilung, die der Landsgemeinde mehr Gewicht gibt als dem Landrat. Demgegenüber wünschen sich nur gut 17 Prozent der Befragten eine Gewichtsverteilung, die den Schwerpunkt aufseiten des Landrats setzt. Das Gewicht der Landsgemeinde wird als grösser angesehen, je häufiger man an der Landsgemeinde teilnimmt. Mit anderen Worten erscheint einem die Institution als

⁶⁰ Die Fragestellung mit entsprechender Einleitung lautete: «Wenn Sie den Landrat und die Landsgemeinde einander gegenüberstellen: Welche der beiden Institutionen hat Ihrer Meinung nach im Kanton Glarus mehr Gewicht? Wenn Sie der Meinung sind, dass der Landrat mehr Gewicht hat, dann wählen Sie bitte den Wert 0 oder einen Wert nahe bei 0. Wenn Sie der Ansicht sind, die Landsgemeinde habe mehr Gewicht, dann wählen Sie bitte den Wert 10 oder einen Wert nahe bei 10. Dies ist kein Test und es gibt keine richtige oder falsche Antwort. Bitte sagen Sie uns einfach ganz spontan, wie Sie die Situation wahrnehmen.»

⁶¹ «Wie sollte die ideale Gewichtsverteilung zwischen Landrat und Landsgemeinde Ihrer Meinung nach aussehen? Wenn Sie der Meinung sind, dass der Landrat mehr Gewicht haben soll, dann wählen Sie bitte den Wert 0 oder einen Wert nahe bei 0. Wenn Sie der Ansicht sind, die Landsgemeinde soll mehr Gewicht haben, dann wählen Sie bitte den Wert 10 oder einen Wert nahe bei 10.»

gewichtiger, je häufiger man selber in ihr mitwirkt. Insgesamt wünschen sich die Glarnerinnen und Glarner nur eine leichte Verschiebung der Gewichtung in Richtung der Mittekategorie.

Indes spricht sich der überwiegende Anteil von 37 Prozent für eine Beibehaltung der bestehenden Gewichtung aus (Abbildung 28). Eine relative Mehrheit der befragten Stimmberechtigten will am Verhältnis zwischen Landsgemeinde auf der einen und dem Landrat auf der anderen Seite also nichts ändern. Wenn überhaupt, dann ist nur eine geringe Machtverschiebung angezeigt.

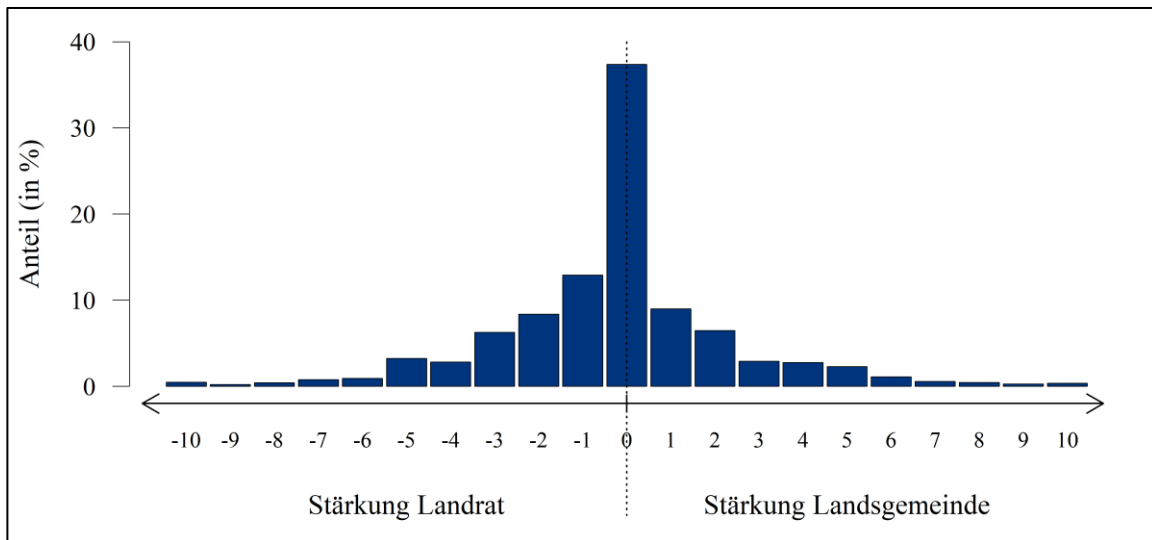


Abbildung 28: Differenz wahrgenommene vs. erwünschte Gewichtung zwischen Landrat (0) und Landsgemeinde (10)

Auch ein grundsätzlicher Systemwechsel ist im Kanton Glarus nicht angezeigt. Die überwiegende Mehrheit von 66 Prozent spricht sich dezidiert gegen die Abschaffung der Landsgemeinde und die Einführung von Urnenabstimmungen aus (Abbildung 29). Weitere 12 Prozent sprechen sich eher dagegen aus. Sehr oder eher dafür sind nur gerade 18 Prozent. Zwar geniesst die Abschaffung der Landsgemeinde mit abnehmender Teilnahmeghäufigkeit zunehmende Sympathien. Doch auch die Personen, die nie an Landsgemeinden teilnehmen, sprechen sich mehrheitlich gegen einen Systemwechsel aus.

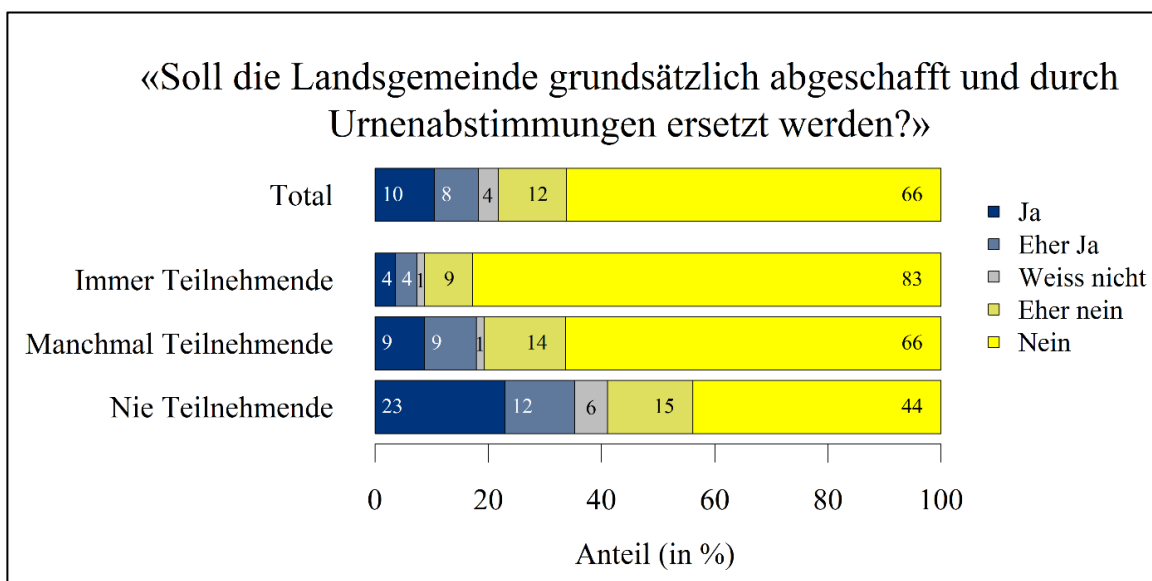


Abbildung 29: Abschaffung Landsgemeinde

Die vorherrschende Skepsis gegenüber grundlegenden Revisionen am System zeigt sich sodann auch bei den Abänderungsanträgen. Dass die Stimmberechtigten solche Anträge in der Landsgemeinde stellen können, wird als zentraler Bestandteil der Landsgemeinde gesehen. Rund 80 Prozent erachten diese Möglichkeit der aktiven Mitwirkung denn auch als sehr oder eher wichtig (Abbildung 30).

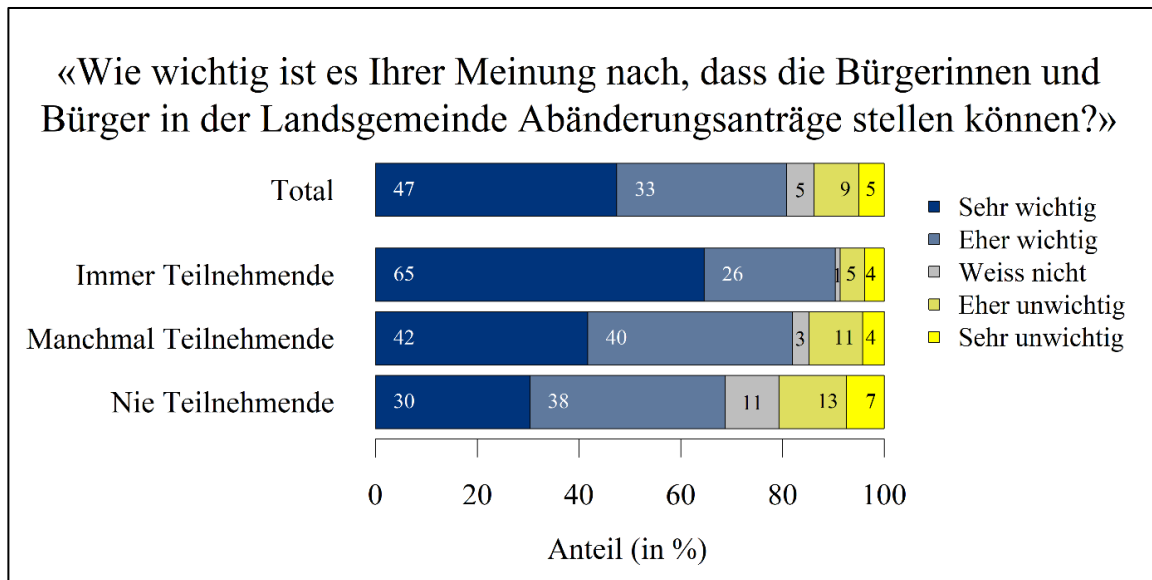


Abbildung 30: Wichtigkeit Abänderungsanträge

Einmal mehr gibt es dabei einen Zusammenhang mit der Regelmässigkeit der Teilnahme. Am unwichtigsten erscheint die Möglichkeit zum Einbringen von Abänderungsanträgen denjenigen Personen, die nie teilnehmen (Abbildung 30). Doch auch in dieser Gruppe erachtet die klare Mehrheit von 68 Prozent die Abänderungsanträge als sehr oder eher wichtig. Die zentrale Stellung der Abänderungsanträge zeigt sich insbesondere bei den immer Teilnehmenden. In dieser Gruppe erachten sie über 90 Prozent der Stimmberechtigten als sehr oder eher wichtig.

Auf mehr Rückhalt stösst demgegenüber die Einführung technischer Hilfsmittel zur Ermittlung des Mehrs. Dieses bereits mehrmals öffentlich diskutierte Thema kommt auf eine Zustimmung von insgesamt rund 56 Prozent (Abbildung 31). Eine Mehrheit der befragten Stimmberechtigten könnte sich also mit dieser Neuerung anfreunden. Nur 38 Prozent ist demgegenüber sehr oder eher gegen die Einführung neuartiger technischer Hilfsmittel.

Selbst die immer Teilnehmenden sprechen sich mit rund 51 Prozent knapp mehrheitlich sehr oder eher für die Einführung technischer Hilfsmittel aus (Abbildung 31). Indes gibt es einen relativ hohen Anteil von rund 47 Prozent, die dieser Idee eher skeptisch gegenüberstehen. Auf der anderen Seite findet die Einführung technischer Hilfsmittel bei den nie Teilnehmenden eine breite Zustimmung. Gut 62 Prozent sind sehr oder eher dafür gegenüber 29 Prozent, die sich sehr oder eher dagegen aussprechen.

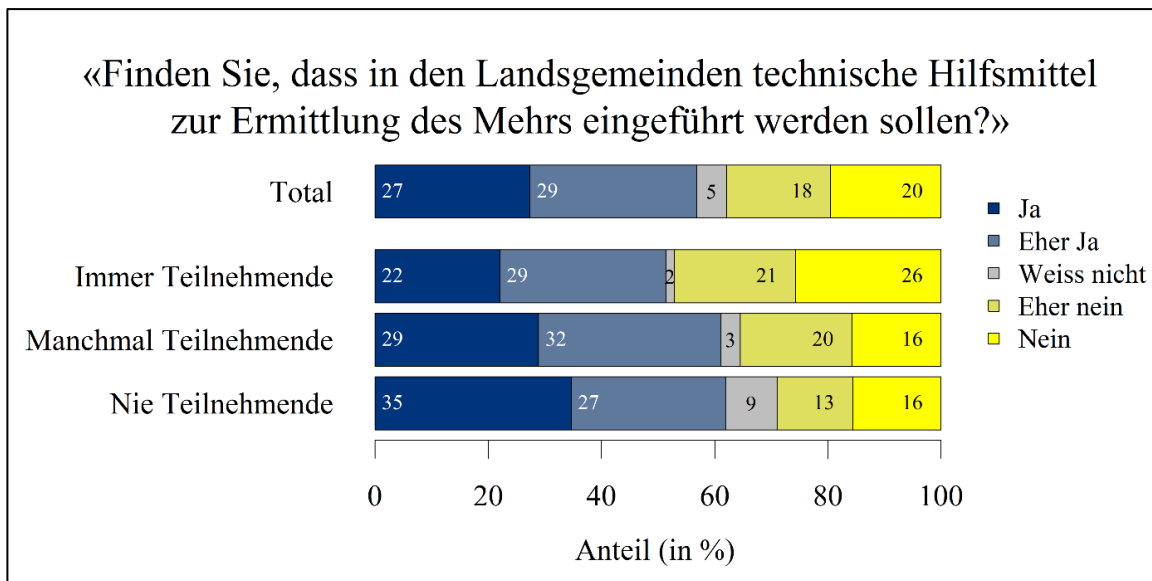


Abbildung 31: Einführung technischer Hilfsmittel zur Ermittlung des Mehrs in Landsgemeinden

Hingegen keine Mehrheit findet die Idee der Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen bei Landsgemeinden. Insgesamt sprechen sich 57 Prozent der Stimmberechtigten dagegen aus, während sich rund 36 Prozent mit dieser Idee anfreunden könnten (Abbildung 32). Klar am wenigsten Rückhalt findet diese Reform bei den immer Teilnehmenden, die sich mit gut 73 Prozent wuchtig dagegen aussprechen. Auch 56 Prozent der manchmal Teilnehmenden sind sehr oder eher dagegen. Indes geniesst die Einführung fakultativer Referenden die Zustimmung der nie Teilnehmenden. Eine absolute Mehrheit von rund 53 Prozent würde eine solche Reform begrüssen. Lediglich 37 Prozent der nie Teilnehmenden kann dieser Idee wenig abgewinnen.

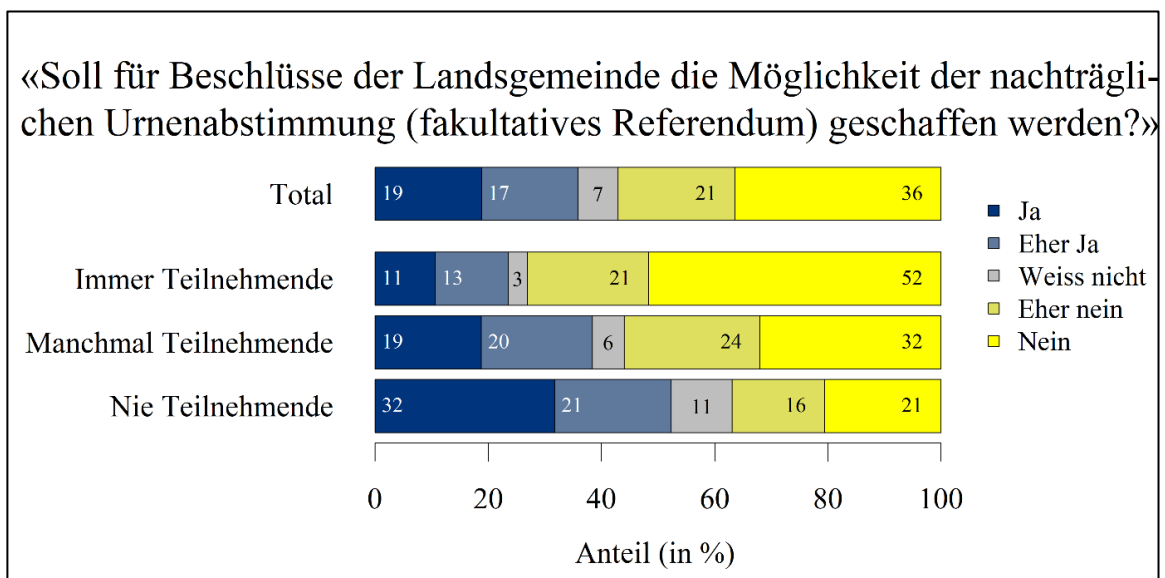


Abbildung 32: Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen bei Landsgemeinden

Die Skepsis gegenüber der Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen ist im Umfeld der Landsgemeinden also bedeutend höher als bei den Gemeindeversammlungen, wo sich eine Mehrheit

von 57 Prozent dafür ausgesprochen hat (Kapitel 6.4). Indes unterscheiden sich die beiden Typen von Versammlungen in vielerlei Hinsicht, die Beschlüsse der Landsgemeinden dürften insgesamt präsenter sein und der Anteil Teilnehmender ist bei Landsgemeinden grösser als bei Gemeindeversammlungen.

Dies ist deshalb von Bedeutung, weil die Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen sowohl bei der Gemeindeversammlung als auch bei der Landsgemeinde mit der Teilnahmehäufigkeit zusammenhängt. Je häufiger man an Gemeindeversammlungen teilnimmt, desto weniger ist man für die Einführung kommunaler fakultativer Referenden und je häufiger man an der Landsgemeinde teilnimmt, desto weniger ist man für die Einführung kantonaler fakultativer Referenden. Dies legt den Schluss nahe, dass sich diejenigen Personen besonders stark gegen nachträgliche Urnenabstimmungen aussprechen, die regelmässig an Gemeindeversammlungen und regelmässig an Landsgemeinden teilnehmen. Diese Vermutung lässt sich grundsätzlich bestätigen (Tabelle 13). Der Anteil an Befürwortenden nachträglicher Urnenabstimmungen ist in dieser Gruppe am tiefsten. Jedoch spricht sich bereits eine Mehrheit von 52 Prozent dieser sehr aktiven Gruppe für die Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen bei Gemeindeversammlungen aus.

Teilnahme Landsgemeinde	Teilnahme Gemeindeversammlung	Urnenabstimmungen Landsgemeinde (Anteil sehr/eher dafür)	Urnenabstimmungen Gemeindeversammlung (Anteil sehr/eher dafür)
Immer / Manchmal	Immer / Manchmal	29%	52%
Immer / Manchmal	Nie	31%	58%
Nie	Nie	49%	65%
Nie	Immer / Manchmal	63%	69%

Tabelle 13: Zustimmung zur Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen nach Teilnahmehäufigkeit

Erläuterung: Um zu verhindern, dass die Fallzahlen in den Gruppen zu klein werden, sind die Gruppen der immer und der manchmal Teilnehmenden fusioniert worden. Im Falle der Gemeindeversammlungen umfasst die Gruppe der nie Teilnehmenden alle Personen, die in ihrem Leben noch gar nie teilgenommen haben sowie alle Personen, die in den letzten fünf Jahren nie teilgenommen haben.

Auf der anderen Seite könnte man vermuten, dass diejenigen besonders stark für die Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen sind, die nie an Gemeindeversammlungen und nie an Landsgemeinden teilnehmen. Diese Vermutung kann so nicht bestätigt werden. Tatsächlich geniesst diese Reform nämlich bei denjenigen Personen am meisten Rückhalt, die zwar nie an Landsgemeinden, jedoch immer oder manchmal an Gemeindeversammlungen teilnehmen. Es sind also Leute, die bereits Erfahrungen mit den unterschiedlichen positiven und negativen Aspekten der Versammlungsdemokratie gemacht haben, jedoch nicht an den kantonalen Versammlungen teilnehmen, die der Einführung fakultativer Referenden besonders viel abgewinnen können.

8. Schlussfolgerungen

Zusammenfassend können aus der vorliegenden Analyse verschiedene Schlussfolgerungen mit Blick auf die politische Partizipation im Kanton Glarus abgeleitet werden. Dabei geht es auch um die Klärung der Frage, ob es gewisse soziale Gruppen gibt, die als «politisch entfremdet» zu betrachten sind, weil sie von der politischen Mitentscheidung faktisch ausgeschlossen sind. Daneben sollen die zentralen Ansichten, Meinungen und Vorstellungen isoliert werden, die der politischen Partizipation ab- oder zuträglich sind. Diese aus der empirischen Analyse gewonnenen Erkenntnisse werden im folgenden Kapitel 8.1 präsentiert. Daran anschliessend fasst eine Schlussbetrachtung die Studie auch inhaltlich zusammen (Kapitel 8.2).

8.1 Empirische Hauptergebnisse der Teilnahmeanalyse

In der vorliegenden Analyse der Teilnahme an Wahlen, Eidgenössischen Abstimmungen, Gemeindeversammlungen und Landsgemeinden können einige Parameter erkannt werden, die praktisch durchwegs auf die Regelmässigkeit der Teilnahme einwirken. Dazu zählen das *Wohneigentum*, das *Interesse an Politik*, die *interne* sowie die *externe Wirksamkeit* und das *zwischenmenschliche Vertrauen*. Darüber hinaus können aber auch weitere Unterschiede sowohl zwischen den vier Formen der Teilnahme als auch hinsichtlich der einzelnen politischen Ebene erkannt werden. Dies wird im Folgenden erläutert.

Soziale Schichtung der Teilnahme

In einem ersten Schritt geht es um die Klärung der Frage, ob es spezifische soziale Gruppen innerhalb der Stimmbürgerschaft gibt, die sich besonders häufig einbringen und damit einen grossen Einfluss auf die getroffenen Entscheidungen nehmen. Darüber hinaus ist zu untersuchen, ob es Gruppen von Stimmberechtigten gibt, die nicht partizipieren und faktisch aus der politischen Mitentscheidung ausgeschlossen sind. Grundsätzlich kann für den Kanton Glarus festgehalten werden:

Die soziale Schichtung der Teilnahme ist im Kanton Glarus insgesamt eher gering

In der gemeinsamen Betrachtung der Teilnahme an Wahlen, eidgenössischen Abstimmungen, Gemeindeversammlungen und Landsgemeinden ist bloss eine sozioökonomische Variable durchwegs von Bedeutung: das *Wohneigentum*. Wer Wohneigentum besitzt, ist weniger mobil und bindet einen beträchtlichen Teil seines Vermögens an einen Ort. Dementsprechend besteht ein grösserer Anreiz, sich auch politisch einzubringen. Als weitere soziodemographische Variable ist sodann das *Alter* zu nennen. Dabei muss aber einschränkend festgehalten werden:

Hinsichtlich des Alters der Teilnehmenden hat die Landsgemeinde den anderen Beteiligungsformen etwas voraus

Bei Wahlen, Abstimmungen und Gemeindeversammlungen zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme mit zunehmendem *Alter* ansteigt. Dies gilt jedoch nicht für die Landsgemeinde. So können mit Blick auf das Durchschnittsalter keine signifikanten Unterschiede zwischen den immer, selektiv und nie Teilnehmenden festgestellt werden. Mit anderen Worten ist der Besuch der Landsgemeinde für alle Altersgruppen in etwa gleich attraktiv. Dies dürfte auch mit der speziellen

Stellung der Landsgemeinde, ihrem ganz eigenen Zeremoniell, ihrer gelebten Tradition und ihrer guten Sichtbarkeit erklärt werden.

Soziale Schichtung des Stimmkörpers ist abhängig von der Teilnahmequote

Mit Blick auf die sozialen Schichtungsindikatoren können verschiedene Parameter identifiziert werden, die die immer Teilnehmenden von den anderen beiden Gruppen trennen. Wenn an einer Versammlung oder Urnenentscheidung besonders wenige Personen teilnehmen, dann kann davon ausgegangen werden, dass sich insbesondere die immer Teilnehmenden beteiligen. In diesem Fall kann in verschiedener Hinsicht von einer stärkeren sozialen Schichtung ausgegangen werden:

- ***Soziale Schichtung nach Geschlecht in der Versammlungsdemokratie:*** Sowohl bei Landsgemeinden als auch bei Gemeindeversammlungen ist der Männeranteil unter den immer Teilnehmenden signifikant höher als in den Gruppen der selektiv und der nie Teilnehmenden.⁶² Vor dem Hintergrund der jeweiligen Teilnahmequote erscheint die Gemeindeversammlung – und wie hier gezeigt auch die Landsgemeinde – in Anlehnung an Stadelmann-Steffen und Dermont (2015: 110) also nach wie vor als ein «Ort der traditionellen, männerdominierten Demokratie».⁶³
- ***Soziale Schichtung nach altersabhängigen Lebensumständen in der Urnendemokratie:*** In der Urnendemokratie zeigt sich demgegenüber ein Alterseffekt: So lebt die Gruppe der immer an Wahlen und Abstimmungen Teilnehmenden im Schnitt am seltensten in einem *Haushalt mit Kindern*. Zudem sind sie seltener *berufstätig* als die selektiv Teilnehmenden und – im Falle von Wahlen – als die nie Teilnehmenden. Schliesslich zeigt sich, dass Personen, die immer an eidgenössischen Abstimmungen teilnehmen, am seltensten in *Haushalten mit mehr als zwei Personen* leben. Diese Indikatoren sind mit dem Alter konfundiert.⁶⁴

Permanent aus der Entscheidungsfindung ausgeschlossene soziale Gruppen gibt es in erster Linie in der Versammlungsdemokratie

In der vorliegenden Analyse können soziale Gruppen identifiziert werden, die sich nie beteiligen und somit als «politisch entfremdet» bezeichnet werden können. Mit Blick auf die Urnendemokratie (Wahlen und Abstimmungen) gibt es mit der *Bildung* aber nur einen Faktor, der die nie Teilnehmenden signifikant von den selektiv und den immer Teilnehmenden trennt. Ein solcher Effekt der Bildung ist auch bei der Landsgemeinde, jedoch nicht bei Gemeindeversammlungen vorhanden.⁶⁵ Darüber hinaus können nie Teilnehmende in erster Linie im Umfeld der Versammlungsdemokratie erkannt werden:

- ***Neu Zugezogene sind selten in Versammlungen präsent:*** Sowohl bei Gemeindeversammlungen als auch der Landsgemeinde weisen die nie Teilnehmenden im Schnitt eine signifikant tiefere *relative Wohndauer* vor als die immer und die selektiv Teilnehmenden.⁶⁶ Mit anderen Worten fördert die Wohndauer die Wahrscheinlichkeit, dass man sich überhaupt einmal zur Versammlung einfindet. Dies hat zur Folge, dass die Meinungen und Ansicht neu zugezogener Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in Versammlungen tendenziell unterrepräsentiert sind.

⁶² Bei Abstimmungen gilt dies lediglich im Vergleich zu den selektiv Teilnehmenden. Kein Effekt des Geschlechts ist bei Wahlen zu erkennen.

⁶³ «Our results thus reveal that citizens' assemblies can be seen as a place of traditional 'male dominated democracy.'» (Stadelmann-Steffen und Dermont 2015: 110)

⁶⁴ Grundsätzlich korrelieren Alter, Kindern im Haushalt, Berufstätigkeit und Haushaltsgrösse miteinander. In multivariaten Analysen verschwinden gewisse dieser Effekte nach Einbezug des Alters.

⁶⁵ Bei der Landsgemeinde kann zudem auch ein Unterschied zwischen den immer und den selektiv Teilnehmenden erkannt werden. Dies ist bei Wahlen und Abstimmungen nicht der Fall. Überhaupt keine signifikanten Effekte der Bildung auf die Teilnahmehäufigkeit gibt es bei Gemeindeversammlungen.

⁶⁶ Bei der Landsgemeinde unterscheidet sich die durchschnittliche relative Wohndauer auch zwischen den immer und den selektiv Teilnehmenden signifikant.

- ***Frauen, Linke und Menschen mit Kindern sind verstärkt von Gemeindeversammlungen ausgeschlossen:*** Bei Gemeindeversammlungen zeigt sich, dass die nie Teilnehmenden signifikant häufiger in *Haushalten mit Kindern* leben als die selektiv und die immer Teilnehmenden. Menschen mit Kindern können seltener an Versammlungen partizipieren. Ferner kann ein Effekt des *Geschlechts* beobachtet werden. Im Unterschied zu Wahlen, Abstimmungen und Landsgemeinden ist der Frauenanteil der nie an Gemeindeversammlungen Teilnehmenden signifikant höher als unter den selektiv und den immer Teilnehmenden. Dasselbe gilt für den Anteil von Personen, die sich auf der *Links-Rechts-Achse* auf der linken Seite einordnen.

Der Einfluss normativer Werte und Vorstellungen

Neben solchen sozialen Schichtungen der Teilnahme zeigt die vorliegende Analyse, dass es insbesondere individuelle Einstellungen und Werthaltungen sind, die zur Erklärung der Regelmässigkeit politischer Partizipation beitragen. An erster Stelle sind hier die *interne Wirksamkeit* und das *Interesse an Politik* zu nennen. Aber auch andere Faktoren können identifiziert werden:

Interesse und gefühlte Kompetenz als Grundvoraussetzung politischer Partizipation

Egal ob bei Wahlen, eidgenössischen Abstimmungen, Gemeindeversammlungen oder Landsgemeinden: Die Stimmberechtigten, die immer teilnehmen, fühlen sich im Schnitt politisch kompetenter (*interne Wirksamkeit*) und zeigen ein grösseres *Interesse an Politik* als die selektiv Teilnehmenden, die wiederum auf höhere Durchschnittswerte kommen als die nie Teilnehmenden.

Es erstaunt kaum, dass das Interesse an Politik eine so prominente Stellung einnimmt. Wer kein Interesse für eine Sache aufbringt, wird freiwillig auch wenig Zeit und Mühen in sie investieren. Dass sich politisch wenig interessierte Stimmberechtigte von sich aus freiwillig aus dem Prozess der gemeinsamen Entscheidungsfindung ausschliessen, lässt sich denn auch kaum verhindern. Indes lässt der Befund, dass auch der Grad an interner Wirksamkeit in einem engen Zusammenhang zur Regelmässigkeit der Teilnahme steht, an der Freiwilligkeit des Rückzugs aus der Politik zumindest Zweifel aufkommen. Das politische System muss deshalb stets darauf bedacht sein, auch Menschen mit geringeren Ressourcen auf eine verständliche Art und Weise abzuholen.

Vertrauen in die Mitbürgerinnen und Mitbürger und wahrgenommene Responsivität des politischen Systems entscheiden über die Teilnahme an Sachentscheiden

Geht es um die Teilnahme an einem politischen Sachentscheid, dann sind Effekte der *externen Wirksamkeit*, aber auch des *Vertrauens gegenüber den Mitmenschen* zu erkennen. Dies gilt sowohl für Eidgenössische Abstimmungen als auch für Landsgemeinden und Gemeindeversammlungen.⁶⁷ Wer das Gefühl hat, dass Politikerinnen und Politiker den Kontakt zum Volk suchen und sich darum kümmern, was die Leute denken, wird auch häufiger teilnehmen. Andererseits heisst dies, dass vor allem diejenigen Menschen von der politischen Mitbestimmung absehen, die den Politikerinnen und Politikern eine tiefere Responsivität zuschreiben. Das hier entdeckte Misstrauen beschränkt sich aber nicht nur auf die Politikerinnen und Politiker, sondern gilt darüber hinaus auch für die Mitmenschen. So sind es die nie Teilnehmenden, die verstärkt der Meinung sind, dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht

⁶⁷ Dasselbe sehen wir, wenn wir bei Wahlen die immer mit den selektiv und den nie Teilnehmenden vergleichen. Jedoch gibt es bei Wahlen im Gegensatz zu Abstimmungen, Landsgemeinden und Gemeindeversammlungen keine signifikanten Unterschiede zwischen den selektiv und den nie Teilnehmenden.

vorsichtig genug sein kann. Die immer Teilnehmenden auf der anderen Seite sind am häufigsten der Ansicht, dass man den meisten Mitmenschen vertrauen kann.

Das Vertrauen scheint insgesamt also ein bedeutender Faktor in der Erklärung politischer Partizipation zu sein. Betrachten wir konkret das Vertrauen gegenüber verschiedenen Behörden und Institutionen, dann können zwischen den politischen Ebenen, aber auch hinsichtlich der Regelmässigkeit der Teilnahme verschiedene Unterschiede ausgemacht werden. Tatsächlich sind es nämlich die immer Teilnehmenden, die über ein höheres Vertrauen gegenüber den Behörden und Institutionen verfügen als die selektiv und die nie Teilnehmenden, zwischen denen kaum signifikante Unterschiede erkannt werden können:

Vertrauen von immer Teilnehmenden gegenüber eidgenössischen und kantonalen Behörden

Zusammenhänge zwischen der Regelmässigkeit der Teilnahme und dem Vertrauen in die Behörden und Institutionen bestehen insbesondere auf kantonaler und nationaler Ebene. Für die Gemeindeebene ist das Vertrauen demgegenüber von untergeordneter Bedeutung.

- ***Eidgenössische Abstimmungen: Immer Teilnehmende vertrauen dem Bundesrat:*** Menschen, die immer an eidgenössischen Abstimmungen teilnehmen, vertrauen dem Bundesrat signifikant stärker als selektiv und nie Teilnehmende. Bei tiefer Abstimmungsbeteiligung dürfte die Abstimmungsparole des Bundesrats dementsprechend von grosser Bedeutung für den Stimmentscheid sein.
- ***Vertrauen von immer Teilnehmenden vor allem im Kontext der Landsgemeinde:*** Von besonderer Bedeutung ist das Vertrauen in die kantonalen Behörden und Institutionen im Kontext der Landsgemeinde. So verfügen die immer Teilnehmenden im Schnitt nicht nur über ein grösseres Vertrauen gegenüber dem Regierungsrat, sondern auch gegenüber dem Landrat, der kantonalen Verwaltung und den politischen Parteien. In der Konsequenz bedeutet dies, dass sich bei tiefer Beteiligung vor allem diejenigen Personen einfinden, die der Exekutive, der Legislative, der Verwaltung und den Parteien am meisten Vertrauen entgegenbringen. Die diesen Institutionen gegenüber kritischer eingestellten Schichten bleiben ihr tendenziell fern.
- ***Vertrauen in den Regierungsrat fördert die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme an den Regierungsratswahlen:*** Die Analyse der Wahlen hat gezeigt, dass ein hohes Vertrauen in die kantonale Exekutive die selektiv Teilnehmenden zur Partizipation an den Regierungsratswahlen motiviert. Dies gilt hingegen nicht für die Landratswahlen.

Emotionale Verbundenheit fördert die Teilnahme auf kantonaler und kommunaler Ebene

Sowohl bei Gemeindeversammlungen als auch bei der Landsgemeinde kann schliesslich auch ein Effekt der gefühlten *Verbundenheit* mit der Gemeinde, respektive dem Kanton, beobachtet werden. Je stärker man sich mit der jeweiligen Gebietskörperschaft verbunden fühlt, desto häufiger wird man tendenziell teilnehmen. In der Konsequenz bedeutet dies, dass sich im Falle schlecht besuchter Versammlungen in erster Linie diejenigen Personen einfinden werden, die eine starke emotionale Bindung mit der Gemeinde oder dem Kanton aufweisen. Demgegenüber sehen Personen, die sich nicht besonders stark verbunden fühlen, besonders häufig von der Teilnahme ab und bringen ihre Ansichten und Meinungen somit nicht in den politischen Entscheidungsprozess ein.

Der positive Effekt der Verbundenheit auf die Wahrscheinlichkeit zur politischen Partizipation in Kanton und Gemeinde ist aber nicht auf die Versammlungsdemokratie beschränkt. Denn auch bei den Landrats-, Regierungsrats- und den Gemeinderatswahlen kann gezeigt werden, dass sich insbesondere

diejenigen selektiv Teilnehmenden beteiligen, die sich stärker mit dem Kanton, respektive der Gemeinde, verbunden fühlen (siehe Kapitel 4). Kein Effekt kann hingegen hinsichtlich der Verbundenheit mit der Schweiz und der Teilnahme an Eidgenössischen Abstimmungen sowie den National- und Ständeratswahlen erkannt werden.

Auf Kantonsebene kommt neben der Verbundenheit auch noch die *Zufriedenheit* mit dem Leben im Glarnerland dazu. Personen, die nie an der Landsgemeinde teilnehmen, sind im Schnitt signifikant unzufriedener als die selektiv und die immer Teilnehmenden. Und bei den Regierungsrats- und den Landratswahlen beteiligen sich vor allem diejenigen selektiv Teilnehmenden, die insgesamt zufriedener sind.

8.2 Schlussbetrachtung

Wie häufig bei der Analyse politischer Partizipation, so erscheint auch in der vorliegenden Analyse das Interesse an der Politik als einer der Hauptgründe zur (Nicht-)Teilnahme. Dieser Befund ist naheliegend, schliesslich gibt es im Leben mehr als «nur» Politik und nicht nur im Kontext der politischen Partizipation muss ein Grundmass an Interesse für eine Sache gegeben sein, damit man sich freiwillig mit ihr beschäftigt. Es ist denn auch völlig legitim, sich nicht für Politik zu interessieren und freiwillig von der politischen Teilnahme abzusehen. Zum Problem kann dies aber dann werden, wenn dieser Rückzug – erstens – nicht freiwillig ist und wenn die politisch wenig Interessierten – zweitens – eine spezifische soziale Gruppe innerhalb der Stimmbürgerschaft darstellen.

Beides ist in der Versammlungsdemokratie eher der Fall als in der Urnendemokratie. Es liegt im System selbst begründet, dass Versammlungen nur einmal und nur an einem Ort stattfinden. Selbst wenn sie es wollten, können gar nicht alle Stimmberechtigte teilnehmen. So zeigt die Analyse denn auch, dass von einer sozialen Schichtung verstärkt im Umfeld der Landsgemeinde und insbesondere der Gemeindeversammlung ausgegangen werden muss. Im Unterschied zur Urnendemokratie sehen wir hier etwa einen Effekt des Geschlechts. Ebenso sind Neuzuzüger eher ausgeschlossen und Menschen mit Kindern im selben Haushalt sehen eher vom Besuch der Gemeindeversammlung ab.

Aufgrund dieses Befundes das ganze System zu ändern, erscheint weder angemessen, noch wird dies gewünscht. Die vorliegende Analyse hat klar gezeigt, dass weder die Abschaffung der Landsgemeinde zugunsten von Urnenabstimmungen, noch die Abschaffung der Gemeindeversammlung zugunsten eines Parlaments auf breite Zustimmung stossen.

Indes muss eine mögliche Reform auch gar nicht die grundsätzliche Gegenüberstellung von Versammlungs- und Urnendemokratie zum Gegenstand haben. Denn auch Mischungen beider Systeme sind denkbar. So ist eine zeitliche und örtliche Öffnung etwa in Form nachträglicher Urnenabstimmungen für besonders umstrittene Versammlungsgeschäfte möglich. Die Analyse zeigt denn auch, dass die Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen im Umfeld von Gemeindeversammlungen auf breite Zustimmung stösst. Sowohl die selektiv als auch die nie Teilnehmenden sprechen sich klar dafür aus. Im Kontext der Landsgemeinde hat die Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen demgegenüber zwar einen schwereren Stand. Indes sprechen sich die nie Teilnehmenden – also die faktisch immer von der Mitentscheidung ausgeschlossene Stimmbürgerschaft – mehrheitlich dafür aus.

Unabhängig davon, ob wir es mit politischer Partizipation im Umfeld der Urnen- oder der Versammlungsdemokratie zu tun haben, kann die Freiwilligkeit des Rückzugs eines Teils der

Stimmbürgerschaft kritisch hinterfragt werden. Zu denken gibt in diesem Zusammenhang insbesondere der Befund, dass die Regelmässigkeit der politischen Teilnahme von der internen wie auch der externen Wirksamkeit abhängt. Zunächst sind es also Menschen, die Mühe haben, politische Fragen zu verstehen und sich an einem Gespräch über Politik zu beteiligen, die vermehrt von politischer Partizipation absehen (interne Wirksamkeit). Es ist nicht gut, wenn sich Stimmberechtigte deshalb politisch isolieren, weil sie das Gefühl haben, «nicht draus zu kommen». Indes sind den politischen Akteuren in dieser Frage über weite Strecken die Hände gebunden. Zwar kann man versuchen, diese Stimmberechtigten mit einer angemessenen Kommunikation, mit Veranstaltungen oder Begleitungen abzuholen. Auf die kognitiven Ressourcen des Stimmvolks können die politischen Entscheidungsträger aber kaum Einfluss nehmen und ob man sich weiterführende Kommunikationsmassnahmen auch tatsächlich zu Gemüte führen würde, bleibt eine offene Frage.

Doch auch ohne eigene, aktive Partizipation können die Meinungen und Ansichten von Personen mit tiefer interner Wirksamkeit indirekt in den politischen Entscheidungsprozess einfließen. Hierzu ist aber eine Form politischer Repräsentation nötig. Eine Grundvoraussetzung einer solchen freiwilligen Repräsentation besteht darin, dass die jeweiligen Repräsentantinnen und Repräsentanten das nötige Vertrauen geniessen. Die vorliegende Analyse hat nun aber gezeigt, dass insbesondere bei den nie und – in schwächerem Ausmass – auch bei den selektiv Teilnehmenden ein nicht unerheblicher Mangel an externer Wirksamkeit zu beobachten ist. So sind die nie Teilnehmenden verstärkt der Ansicht, dass sich die Politikerinnen und Politiker – also die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten – wenig um einen engen Kontakt zur Bevölkerung und um die Meinung der Leute kümmern. Darin spiegelt sich ein gewisses Misstrauen gegenüber gewählten Politikerinnen und Politikern. Dies korrespondiert mit der Tatsache, dass politische Parteien im Kanton Glarus vergleichsweise wenig Vertrauen geniessen (siehe Kapitel 2.2).

Nun könnte man argumentieren, dass dieser Umstand in einer direkten Demokratie von untergeordneter Bedeutung ist. Schliesslich trifft das Volk an der Urne oder in Versammlungen die politischen Entscheidungen und nicht die Politikerinnen und Politiker. Die Analyse zeigt nun aber, dass es eben gerade die nie Teilnehmenden sind, die ihren Mitmenschen am wenigsten Vertrauen entgegenbringen. In Kombination mit einer tiefen internen und externen Wirksamkeit verstärkt dies die Gefahr, dass sich die nie Teilnehmenden zusehends vom politischen System entfernen und nicht mehr repräsentiert sind. Es ist deshalb zu prüfen, ob andere intermediäre Organisationen mit dem nötigen Vertrauensvorschuss die Anliegen dieser Personen vertreten könnten.

In einer solchen Situation kommt der Exekutive eine besondere Bedeutung zu. Sie muss bei der Ausarbeitung ihrer Geschäfte stets auch die Meinungen der nicht repräsentierten Gruppen im Blick haben und Vorlagen im Sinne des Gemeinwohls formulieren. Die Meinung nicht repräsentierter Gruppen abzuholen, ist aber nicht einfach, denn ohne irgendeine Form politischer Partizipation werden sie nur schlecht gehört. Gleichwohl können wir davon ausgehen, dass dies den Exekutiven insgesamt recht gut gelingt. So sind es der Bundesrat und der Regierungsrat, die über das grösste Vertrauen im Kanton Glarus verfügen (vgl. Kapitel 2.2).

Differenzierter erscheint die Situation auf Gemeindeebene. Tatsächlich geniessen die Glarner Gemeinderäte relativ wenig Vertrauen. Erschwerend kommt hinzu, dass die emotionale Verbundenheit mit den Gemeinden insgesamt als tief zu bewerten ist. Tatsächlich fühlen sich die Stimmberechtigten im Schnitt in etwa so stark mit ihren Gemeinden verbunden, wie sie sich mit der ganzen Welt verbunden fühlen (vgl. Kapitel 2.2). Dabei dürften sicherlich die Gemeindefusionen einen Einfluss haben und selbstverständlich braucht es Zeit, bis eine so grosse Gebietsreform wie im Kanton Glarus auch auf der

emotionalen Ebene ankommt. Insgesamt zeigt dies aber, dass gegenwärtig ein Bindeglied zwischen Bevölkerung und Gemeinde zu fehlen scheint. Es ist deshalb zu prüfen, ob nicht bereits bestehende Institutionen und Organisationen wie Dorfkommmissionen oder Dorfvereine gestärkt werden könnten und die Menschen in ihrer direkten Umgebung via Quartier- oder Dorfbudgets zur politischen Mitwirkung motiviert werden könnten. Denn tatsächlich sind die Verbundenheit und die Zufriedenheit mit dem Leben in den Dörfern klar höher als mit den politischen Gemeinden.

9. Anhang

9.1 Technischer Anhang zur Umfrage

Insgesamt wurden 9000 stimmberechtigte Glarnerinnen und Glarner zur Teilnahme an der vorliegenden Umfrage eingeladen. Dazu erhielten sie einen Brief mit einem Einladungsschreiben der Staatskanzlei sowie einem Papier-Fragebogen mit vorfrankiertem Rückantwortcouvert zuhanden des Zentrums für Demokratie Aarau. Nach dem Versand der Briefe in der ersten Septemberwoche 2020 konnte bis am 30. Oktober 2020 anonym an der Umfrage teilgenommen werden.

Die Teilnahme war entweder via beigelegtem Fragebogen oder online möglich. Hierzu wurde auf der ersten Seite des Fragebogens jeweils ein eindeutiges Passwort aufgedruckt. Zu keinem Zeitpunkt hat es eine direkte oder indirekte Verlinkung zwischen den Adressdaten, den Passwörtern und den Papierfragebogen gegeben. Weder die Autoren noch die Staatskanzlei wissen, welche Person welches Passwort und welchen Papierfragebogen erhalten hat.

Stichprobenziehung

Die Auswahl der 9000 angeschriebenen Stimmberechtigten erfolgte rein zufällig durch die Glarner Staatskanzlei auf Basis der Stimmregister der Gemeinden. Systematische Verzerrungen im Stichprobenrahmen können dank der Zufallsauswahl aus den Stimmregistern weitestgehend ausgeschlossen werden.

Rücklauf

Insgesamt beteiligten sich 2726 stimmberechtigte Glarnerinnen und Glarner an der Umfrage. Davon konnten 2710 ausgefüllte Fragebogen in die vorliegende Analyse aufgenommen werden. Damit erreichte die Umfrage einen erfreulichen Rücklauf von über 30 Prozent. Dieser Wert ist als gut bis sehr gut zu bewerten. Tabelle 14 gibt detailliert Auskunft über den Rücklauf. Die Teilnahme an der Umfrage geschah in erster Linie via Papier-Fragebogen.

Stichprobenrealisierung

An der Umfrage haben sich Stimmberechtigte aus allen drei Gemeinden im Alter zwischen 16 und 97 Jahren beteiligt. Im Vergleich zur wahren Verteilung in der Gesamtpopulation aller Glarner Stimmberechtigten haben in der vorliegenden Umfrage etwas zu viele Männer und tendenziell etwas zu viele Personen der ältesten Alterskohorte teilgenommen (Tabelle 15). Ferner sind Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde Glarus Süd etwas überrepräsentiert. Auf der anderen Seite sind Frauen, jüngere Personen sowie Personen aus Glarus Nord etwas unterrepräsentiert. Die Daten wurden deshalb gewichtet.

	Anzahl
Total verschickte Briefe	9000
davon nicht zustellbar ^a	35
Teilnahme nicht möglich (gemäss Rückmeldungen) ^b	27
Total potentiell Teilnehmende	8938
Retournierte Papierfragebogen	2330
Verwertbare Fragebogen	2319
Leere retournierte Fragebogen	11
Online-Teilnahmen	396
Verwertbare Fragebogen	391
Zu rudimentär ausgefüllte Fragebogen	5
Rücklauf Total^c	2710 (30.3%)

Tabelle 14: Rücklauf

^a Wegzug, Annahme verweigert, Adresse ungültig

^b Angabe gemäss Rückmeldungen an die Staatskanzlei oder die Autoren

^c Total der verwertbaren Fragebogen; Rücklaufquote in Prozent der potentiell Teilnehmenden in Klammern

Gewichtung

Die gängige Praxis zur Korrektur von Über- und Unterrepräsentationen besteht in der Gewichtung der Umfragewerte. Das Ziel aller Gewichtungsverfahren besteht darin, die Verteilungen der Stichprobe so weit als möglich in Einklang zu bringen mit den tatsächlichen Verteilungen in der Grundgesamtheit. Notwendigerweise kann sich eine Gewichtung also nur auf Variablen beziehen, deren tatsächliche Verteilungen in der Grundgesamtheit bekannt sind. Gleichwohl – so die grundlegende These – liegen durch die Gewichtung bekannter Verteilungen auch die unbekannteren Verteilungen näher an den «wahren» Werten der Grundgesamtheit.

Dieser zentralen Annahme folgend wird für die vorliegende Analyse anhand der gemeinsamen Verteilung der Stimmbürgerschaft auf die drei Gemeinden, der Alters- sowie der Geschlechterverteilung gewichtet. Mit anderen Worten entspricht die Verteilung nach Gemeindezugehörigkeit, Alter und Geschlecht in der Stichprobe derjenigen in der Gesamtpopulation der Glarner Stimmbürgerschaft. Als Basis der Gewichtung dienen Angaben des Bundesamts für Statistik für die ständige Wohnbevölkerung der drei Gemeinden ab 16 Jahren mit Schweizer Nationalität (Tabelle 15).

Mit Gewichtungsverfahren geht die Gefahr einher, dass gewisse seltene Beobachtungen ein (zu) starkes Gewicht erhalten und die Ergebnisse stark von solchen einzelnen Beobachtungen abhängen. Dies kann in der vorliegenden Umfrage ausgeschlossen werden. Die Gewichtungsfaktoren bewegen sich im Bereich zwischen 0.66 und 1.58 mit einem Median von 0.97.

Gemeinde	Merkmale		Grundgesamtheit ^a (in Prozent)	Stichprobe	
	Geschlecht	Alter		gewichtet	ungewichtet
Glarus Nord	Frauen	16-39 jährig	7.4	7.5	5.6
Glarus Nord	Frauen	40-64 jährig	9.1	9.0	9.3
Glarus Nord	Frauen	65 jährig und älter	6.2	6.0	5.9
Glarus Nord	Männer	16-39 jährig	7.6	7.6	4.8
Glarus Nord	Männer	40-64 jährig	9.0	8.9	9.2
Glarus Nord	Männer	65 jährig und älter	5.1	5.0	6.9
Glarus	Frauen	16-39 jährig	4.7	4.8	3.9
Glarus	Frauen	40-64 jährig	5.9	6.0	6.4
Glarus	Frauen	65 jährig und älter	4.7	4.6	4.6
Glarus	Männer	16-39 jährig	5.1	5.2	4.1
Glarus	Männer	40-64 jährig	5.7	5.7	6.0
Glarus	Männer	65 jährig und älter	3.5	3.5	5.2
Glarus Süd	Frauen	16-39 jährig	3.3	3.4	3.8
Glarus Süd	Frauen	40-64 jährig	5.4	5.5	5.6
Glarus Süd	Frauen	65 jährig und älter	4.4	4.4	4.3
Glarus Süd	Männer	16-39 jährig	3.6	3.7	3.1
Glarus Süd	Männer	40-64 jährig	5.2	5.3	5.4
Glarus Süd	Männer	65 jährig und älter	4.0	3.9	5.9
Total			100	100	100
Total Glarus Nord			44.4	44.4	42.3
Total Glarus			29.6	29.6	29.9
Total Glarus Süd			26.0	26.0	27.8
Total Frauen			51.2	51.2	49.6
Total Männer			48.8	48.8	50.4
Total 16-39 jährig			31.6	31.6	24.8
Total 40-64 jährig			40.3	40.3	41.8
Total 65 jährig und älter			28.0	28.1	33.4

Tabelle 15: Repräsentativität und Gewichtung

^a Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP); dargestellt sind die Werte der ständigen Wohnbevölkerung mit Schweizer Nationalität ab 16 Jahren, Stichtag 31.12.2018 (entsprechen letzten verfügbaren Angaben)

Teilnahmehäufigkeit

Auch nach der Gewichtung bleiben Stimmberechtigte überrepräsentiert, die nach eigenen Angaben an Wahlen, Abstimmungen, Landsgemeinden und Gemeindeversammlungen teilgenommen haben. Dies lässt sich nicht verhindern und ist in der Umfrageforschung bestens bekannt. Wer häufig politisch partizipiert, wird auch mit grösserer Wahrscheinlichkeit an einer Umfrage über Politik teilnehmen (Selektionsbias). Wer sich hingegen überhaupt nicht für Politik interessiert, wird auch eher vom

Ausfüllen der Umfrage absehen. Dementsprechend sind politisch Teilnehmende tendenziell überrepräsentiert.

Eine Überrepräsentation politisch Teilnehmender stellt für die vorliegende Analyse aus methodischer Sicht aber kein grundsätzliches Problem dar. Denn das Ziel der Umfrage besteht weder in der Erklärung der *Teilnahmerate* einer spezifischen Wahl, Abstimmung oder Versammlung, noch soll auf Basis der Umfragedaten eine Projektion auf eine solche berechnet werden. Im Kern der Umfrage steht vielmehr der Vergleich verschiedener Gruppen von Teilnehmenden (vgl. Kapitel 3.2).

So vergleichen wir zum Beispiel in Kapitel 6 diejenigen Stimmberechtigten miteinander, die nie, manchmal oder immer an Gemeindeversammlungen teilnehmen. Nun müssen wir davon ausgehen, dass zum Beispiel die Nie-Teilnehmenden in unserer Umfrage kein unverzerrtes Abbild aller Nie-Teilnehmender sind. Vielmehr muss vermutet werden, dass Menschen, die zwar nicht an Gemeindeversammlungen teilnehmen, sich aber für die Teilnahme an der vorliegenden Umfrage entschieden haben, ein insgesamt grösseres Interesse an der Politik haben als Stimmberechtigte, die weder an den Versammlungen noch an der Umfrage teilnehmen. Mit anderen Worten überschätzen wir das tatsächliche Interesse der nicht an Gemeindeversammlungen teilnehmenden Stimmberechtigten. Bezogen auf die Analyse heisst dies, dass wir den Effekt des politischen Interesses eher *unterschätzen* als dass wir ihn *überschätzen*. Somit ist die Übervertretung Teilnehmender kein grundsätzliches Problem, kann aber zu tendenziell konservativeren Schätzungen führen.⁶⁸

⁶⁸ Hanspeter Kriesi argumentiert ganz ähnlich: «Probably the non-participants in the sample are still more interested in politics and more aware of the issues at stake in the direct-democratic votes than those non-participants who not only did not go to vote but also refused to participate in the surveys. If this conjecture is correct, then we should expect our findings concerning the differences between participants and non-participants to be less pronounced than they are in reality. The good news is that for the possible conclusions we are going to draw on the basis of these data, our error is likely to be on the safe side: We are underestimating rather than overestimating the impact of the variables concerning capacity and motivation.» (Kriesi 2005: 119f.)

9.2 Häufigkeit Mediennutzung nach Alter

Die älteren Alterskohorten nutzen Medienerzeugnisse tendenziell häufiger als die jungen Befragten (Abbildung 35). So gibt die Hälfte der befragten 16- bis 29-Jährigen an, dass sie mindestens eines der sechs abgefragten Medienerzeugnisse täglich konsultieren, um sich über Politik zu informieren. In der ältesten Alterskohorte beträgt dieser Anteil demgegenüber rund 89 Prozent.

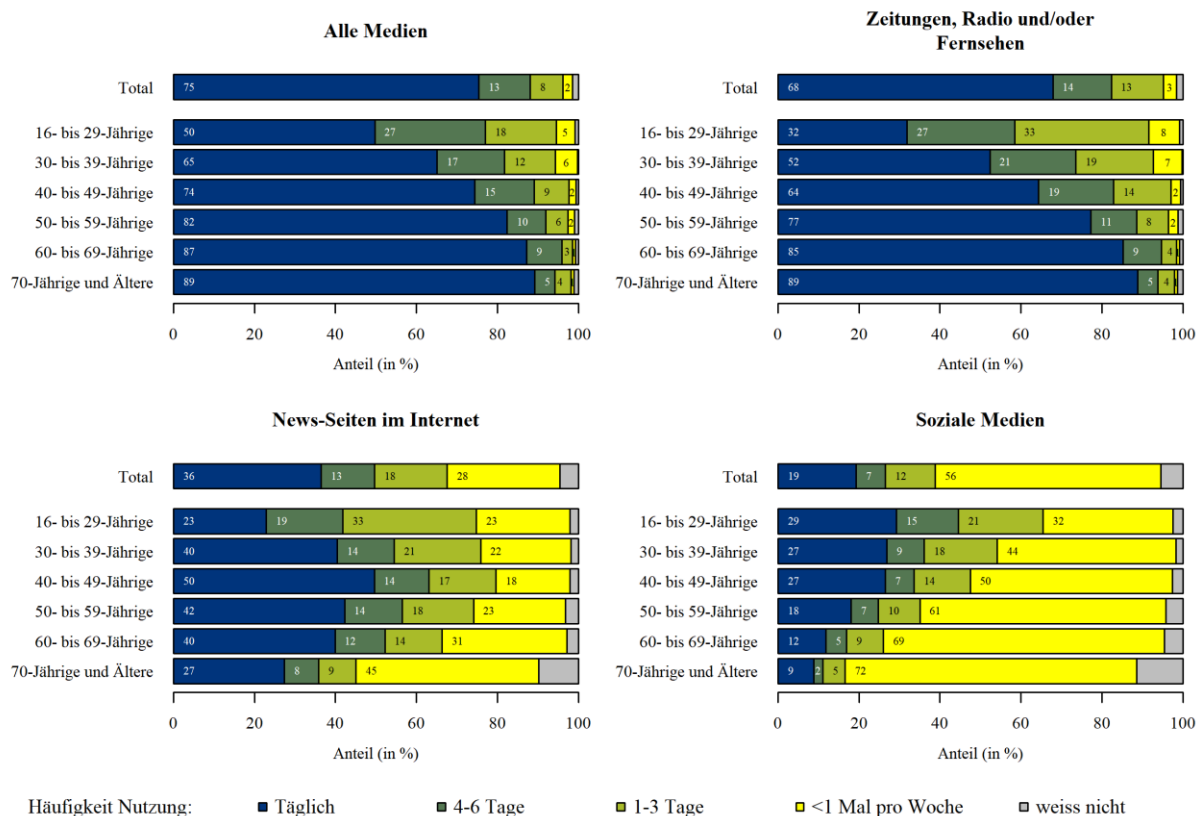


Abbildung 33: Nutzungshäufigkeit verschiedener Medien nach Alter

Dabei gibt es Unterschiede zwischen den verschiedenen Medienerzeugnissen. So nutzt etwa einer von drei Befragten (32 Prozent) zwischen 16 und 29 Jahren täglich Zeitungen, Radiosendungen und/oder Fernsehsendungen, um sich über Politik zu informieren. Bei den Befragten im Alter ab 70 Jahren beträgt dieser Anteil demgegenüber vergleichsweise hohe 89 Prozent. Im Kontrast dazu stehen die sozialen Medien, die insbesondere unter den jüngeren Alterskohorten eine relativ breitere Nutzung geniessen. Jeweils über ein Viertel der Befragten (27 bis 29 Prozent) in den drei jüngsten Alterskohorten sind täglich auf sozialen Medien aktiv. In der ältesten Alterskohorte trifft dies auf nur noch eine von elf Personen zu (9 Prozent), während 72 Prozent nie soziale Medien konsultieren. Bei den unter 30-Jährigen beträgt dieser Anteil demgegenüber nur 32 Prozent.

Sodann zeigt sich, dass News-Seiten im Internet verstärkt von den befragten 40- bis 49-Jährigen angerufen werden, um sich über Politik zu informieren. Die Hälfte dieser Personen gibt an, dass sie dies täglich machen, während weniger als jede fünfte Person (18 Prozent) darauf verzichtet. Bei den unter 30-jährigen Befragten ist die Situation dahingehend polarisiert, als dass jeweils gleich grosse Anteile von 23 Prozent täglich oder weniger als einmal pro Woche News-Seiten im Internet konsumieren.

Ein ähnliches Muster zeigt sich mit Blick auf die Nutzung der Behördeninformationen. So sind die Anteile von Personen, die das Amtsblatt, das Memorial der Landsgemeinde und/oder das Memorial der Gemeindeversammlung nicht nutzen, in der jüngsten Alterskohorte am grössten und sinken mit zunehmendem Alter (Abbildung 34). Insgesamt tendieren ältere Personen also vermehrt zur Nutzung dieser eher klassischen Behördeninformationen, während sie unter jüngeren Personen weniger Beachtung finden.

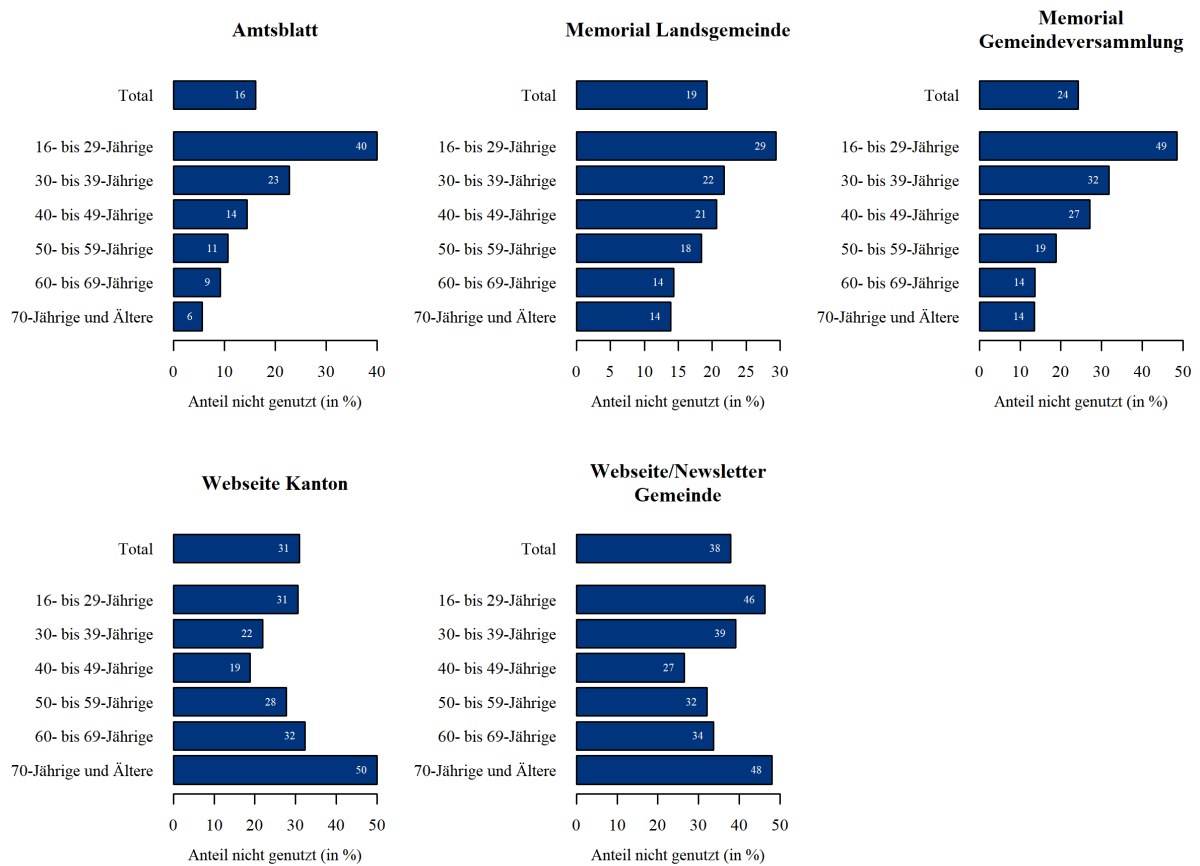


Abbildung 34: Nutzungshäufigkeit Behördeninformationen nach Alter

Differenzierter erscheint das Bild bei der Nutzung der Webseiten. Wie zuvor bei der Nutzung der News-Seiten im Internet sind es einmal mehr die befragten 40- bis 49-Jährigen, die am häufigsten Online-Informationen konsultieren. Wiederum gibt es im Kontext von Online-Medien also keinen linearen Zusammenhang zwischen der Nutzung und dem Alter. Am seltensten werden die kantonale und die kommunale Webseite von Personen über 70 Jahren konsultiert.

9.3 Weitere Formen politischer Partizipation

«Politische Partizipation» beschränkt sich nicht nur auf Wahlen, Abstimmungen oder die Teilnahme an Gemeindeversammlungen und Landsgemeinden. So gibt es viele weitere, unterschwellige Möglichkeiten, um seine Ansichten und Wünsche in den Prozess der politischen Entscheidungsfindung einzubringen. Auch die Glarnerinnen und Glarner nutzen solche alternativen Partizipationsformen zuweilen ziemlich rege (Abbildung 35).

So gibt die Mehrheit der Umfrageteilnehmenden an, dass sie bereits einmal an Unterschriftensammlungen teilgenommen, Informationsveranstaltungen besucht oder den direkten Kontakt zu den Gemeindebehörden gesucht haben (Abbildung 35). Indes nutzen jeweils nur kleine Minderheiten diese Möglichkeiten oft, während sie zumeist nur selten angerufen werden. Eher aktive alternative Partizipationsformen wie die Teilnahme an Bevölkerungsforen oder Vernehmlassungen, das Posten politischer Inhalte im Internet oder das aktive Sammeln von Unterschriften werden bereits seltener genutzt, während die Mitwirkung in politischen Parteien oder politischen Gruppierungen selten ist.

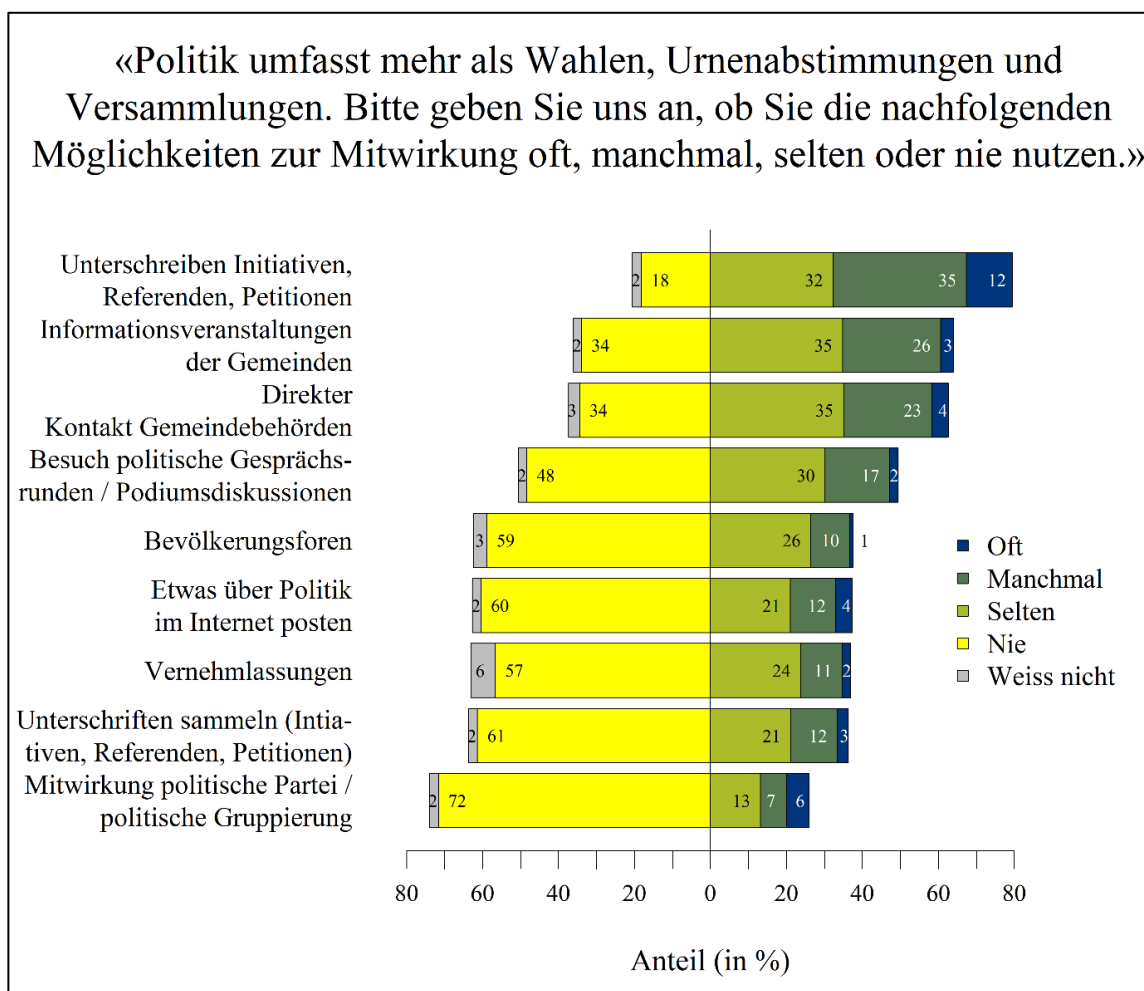


Abbildung 35: Weitere Formen politischer Partizipation

Gleichwohl spricht dieser letzte Punkt einen wichtigen Faktor in der Erklärung politischer Teilnahme an. Denn die Mitwirkung in Organisationen, Vereinen oder Verbänden kann einen Einfluss auf die

Politik und das eigene politische Partizipationsverhalten haben. Solche Vereinigungen bringen verschiedene Personen mit je eigenen Meinungen und Ansichten zusammen. In diesem Sinn erscheinen sie als eine Art «Schule der Demokratie», die den gegenseitigen Austausch und die gegenseitige Empathie fördern. Dies kann motivierend auf die Wahrscheinlichkeit zur politischen Teilnahme wirken.

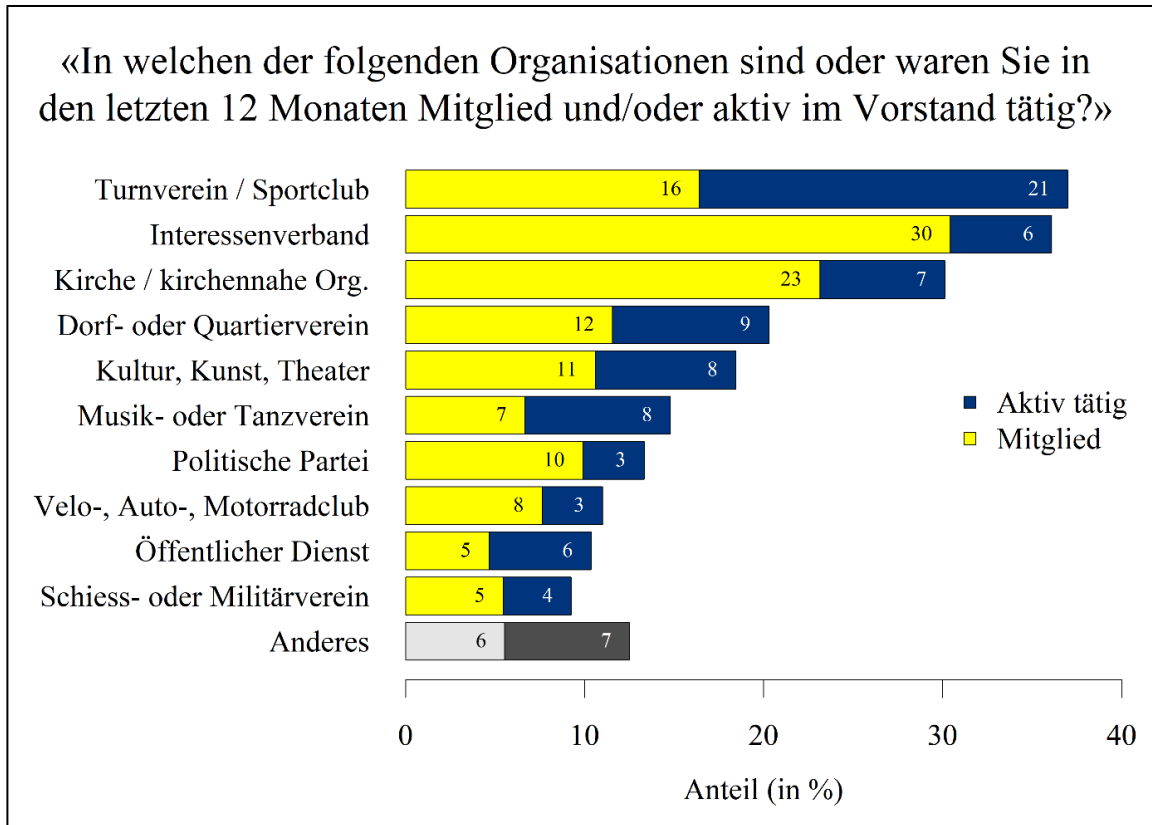


Abbildung 36: Mitgliedschaften in Vereinen, Organisationen und Verbänden

Relativ viele Glarnerinnen und Glarner sind in Vereinen, Organisationen und Verbänden aktiv (Abbildung 36). Besonders grosser Beliebtheit erfreuen sich Turnvereine und Sportclubs. Ferner treten relativ viele Personen Interessenverbänden (Berufsverbände, Gewerkschaften, TCS etc.) bei, wobei die überwiegende Mehrzahl nicht aktiv tätig ist, sondern sich auf die Rolle als passives Mitglied beschränkt. Ebenfalls von einer gewissen Bedeutung sind eher kulturelle Organisationen wie Kultur-, Kunst- oder Theatervereine, Musik- und Tanzvereine sowie kirchennahe Organisationen.

Eine weitergehende, detaillierte Untersuchung all dieser weiteren Formen politischer Teilnahme sprengt den Rahmen des vorliegenden Berichts. Im Zentrum des Interesses stehen demgegenüber die Wahlen, Abstimmungen, Landsgemeinden und Gemeindeversammlungen.

9.4 Operationalisierungen

Alter: *«In welchem Jahr sind Sie geboren?»*

Kontext: Empirische Studien zeigen, dass die Teilnahmewahrscheinlichkeit mit zunehmendem Alter steigt. Auch die wenigen vorhandenen Studien zur Teilnahme an Versammlungen zeigen, dass Versammlungsteilnehmende in der Tendenz eher älter sind.

Ansichten über Gemeindeversammlungen (Indizes)

In der Umfrage werden vier Mal jeweils zwei gegenteilige Ansichten zu Gemeindeversammlungen präsentiert (siehe Abbildung 20 in Kapitel 6.2). Die jeweiligen Ansichten können auf einer Skala von 1 bis 6 beantwortet werden.⁶⁹ Die entsprechenden Scores werden für die Auswertung rekodiert (1 → (-3); 2 → (-2); 3 → (-1); 4 → 1; 5 → 2; 6 → 3), wobei «weiss nicht»-Antworten den Wert Null erhalten. Daraufhin wird der Mittelwert jeder der vier Gegenüberstellungen berechnet.

Anzahl Personen im Haushalt: *«Wenn Sie sich selber dazuzählen, wie viele Personen leben regelmässig in Ihrem Haushalt?»*

Kontext: Das Zusammenleben mit anderen Menschen fördert den Austausch mit weiteren Personen, verändert das soziale Umfeld und lässt neue soziale und empathische Beziehungen entstehen. Dies kann Effekte auf die Wahrscheinlichkeit zur Partizipation haben.

Berufstätigkeit: *«Sind Sie gegenwärtig berufstätig oder haben Sie früher eine bezahlte Tätigkeit ausgeübt?»*

Kontext: Beruf und Arbeitsweg können zeitliche Ressourcen binden, die der politischen Partizipation fehlen. Andererseits ist es gerade der Arbeitsplatz, der häufig ein heterogenes Umfeld schafft und den Kontakt zu anderen Menschen fördert (vgl. Mutz 2006).

Bildung: *«Was ist Ihre höchste abgeschlossene Ausbildung?»⁷⁰*

Kontext: Verba, Schlozman und Brady (1995) betonen die Rolle sozioökonomischer Ressourcen für die Erklärung politischer Teilnahme. Sie argumentieren, dass der sozioökonomische Status einer Person darüber (mit-)entscheidet, wie politisch aktiv sie ist. Menschen mit den nötigen Ressourcen fällt es demgemäss einfacher, sich ein Bild von der Politik zu machen und sich selber direkt einzubringen. Von grosser Bedeutung ist dabei die Bildung.

Erfahrungen mit Gemeindeversammlungen (Indizes)

Den Umfrageteilnehmenden, die in ihrem Leben bereits einmal an einer Gemeindeversammlung teilgenommen haben, werden neun Gegenüberstellungen von Adjektiven vorgelegt, z.B. unwürdig vs. würdig, konfliktreich vs. harmonisch, respektlos vs. respektvoll etc. (siehe Abbildung 21 in Kapitel 6.2). Die gemachten Erfahrungen können auf einer Skala von 1 bis 6 beantwortet werden.⁷¹ Auf Basis dieser Scores wird für jede Gegenüberstellung der Mittelwert berechnet. Hierzu werden die ursprünglichen

⁶⁹ «Wenn Sie mit der ersten Aussage übereinstimmen, dann wählen Sie bitte die Zahl 1 oder einen Wert nahe bei 1. Wenn Sie mit der zweiten Aussage übereinstimmen, dann wählen Sie bitte die Zahl 6 oder einen Wert nahe bei 6.»

⁷⁰ Die einzelnen Antwortkategorien orientieren sich einerseits an der ISCED (International Standard Classification of Education) der UNESCO und andererseits an der detaillierten Auflistung des International Social Survey (ISSP), der die Schweizerischen Bildungsabschlüsse in direkten Bezug setzt mit der ISCED-Klassifizierung. Damit kann einerseits die Vergleichbarkeit sichergestellt werden, bedeutet im Gegensatz zum ISSP aber eine Zusammenfassung der vielen möglichen Bildungsabschlüsse der Schweiz.

⁷¹ «Wenn Sie mit der Beschreibung auf der linken Seite übereinstimmen, dann wählen Sie bitte die Zahl 1 oder einen Wert nahe bei 1. Wenn Sie mit der Beschreibung auf der rechten Seite übereinstimmen, dann wählen Sie bitte die Zahl 6 oder einen Wert nahe bei 6.»

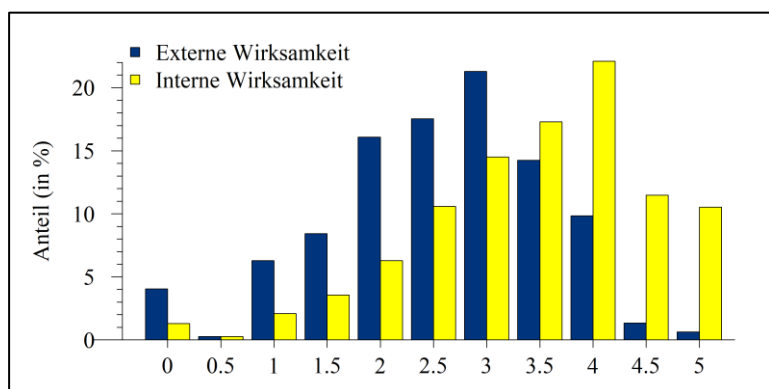
Scores rekodiert (1 → (-3); 2 → (-2); 3 → (-1); 4 → 1; 5 → 2; 6 → 3). «Weiss nicht»-Antworten erhalten den Wert Null.

Geschlecht: «Bitte geben Sie uns nachfolgend Ihr Geschlecht an.»

Kontext: Bei Wahlen und Abstimmungen kann zuweilen ein Generationeneffekt zwischen Alter und Geschlecht erkannt werden (vgl. Kriesi 2005). Im Umfeld von Gemeindeversammlungen und Landsgemeinden kann – soweit bekannt – tendenziell von einer höheren Teilnahmequote von Männern als von Frauen ausgegangen werden (z.B. Stadelmann-Steffen und Dermont 2015, Gerber et al. 2019).

Interne und externe Wirksamkeit (Indizes)

Indexbildung: Zur Wirksamkeit werden vier Argumente zur Beurteilung vorgelegt. Dabei beziehen



sich zwei Argumente auf die interne und zwei Argumente auf die externe Wirksamkeit (siehe Kapitel 2.2). Die Formulierung der Argumente sowie die Indexbildung orientieren sich am internationalen Standard, namentlich der «Political Efficacy Kurzsкала (PEKS)» des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften.⁷² Der Index entspricht jeweils dem Mittelwert der beiden Argumente.

Abbildung 37: Indizes externe und interne Wirksamkeit

Dabei werden je nach Antwort zwischen null und fünf Punkte pro Argument vergeben.⁷³ Abbildung 37 stellt die Verteilung der beiden Indizes dar.

Kinder im Haushalt: «Leben in Ihrem Haushalt Kinder unter 14 Jahren?»

Kontext: Die familiäre Situation einer Person steht nicht nur in einem Zusammenhang zur Beteiligungswahrscheinlichkeit, sondern auch zur Möglichkeit zur Partizipation. So ist es Eltern zuweilen etwa nicht möglich, dass sie beide eine Gemeindeversammlung besuchen. Überhaupt kann das Zusammenleben mit Kindern einen gewichtigen Einfluss auf die politischen Interessen und Präferenzen haben.

Links-Rechts-Selbsteinschätzung: «In der Politik spricht man manchmal von ‘links’ und ‘rechts’. Wo auf der Skala unten würden Sie sich selbst einstufen, wenn 0 für links und 10 für rechts steht?»

Kontext: Die Links-Rechts-Skala ist eine der wichtigsten Dimensionen zur Verortung individueller politischer Einstellungen. Die Analyse kann zeigen, ob sich insbesondere Personen mit einer spezifischen Positionierung beteiligen und die Meinungen und Ansichten von Menschen anderer politischer Verortung nicht in die politische Mitentscheidung einfließen.

⁷² Siehe: [https://zis.gesis.org/skala/Beierlein-Kemper-Kovaleva-Rammstedt-Political-Efficacy-Kurzskala-\(PEKS\)](https://zis.gesis.org/skala/Beierlein-Kemper-Kovaleva-Rammstedt-Political-Efficacy-Kurzskala-(PEKS)) [03.03.2020].

⁷³ «Stimme gar nicht zu» = 1 Punkt; «Stimme wenig zu» = 2 Punkte; «Stimme etwas zu» = 3 Punkte; «Stimme ziemlich zu» = 4 Punkte; «Stimme voll und ganz zu» = 5 Punkte. Im Unterschied zum Vorgehen des Leibniz-Instituts wird in der vorliegenden Umfrage auch die Antwortkategorie «weiss nicht» angeboten. Diese wird mit null Punkten bewertet.

Politisches Interesse: «Wie interessiert sind Sie im Allgemeinen an Politik?»

«Wie interessiert sind Sie an der Politik in Ihrer Wohngemeinde, im Kanton Glarus, in der Schweiz, auf internationaler Ebene?» (siehe Kapitel 2.2)

Kontext: Wer sich überhaupt nicht für Politik interessiert, wird sich auch kaum politisch einbringen. Ein Grundmass an politischem Interesse ist mit anderen Worten Voraussetzung zur politischen Teilnahme.

Relative Wohndauer: «Seit welchem Jahr leben Sie im Kanton Glarus?»

Kontext: Tendenziell kann beobachtet werden, dass sich Menschen stärker mit ihrer Wohngemeinden und ihrem Wohnkanton identifizieren, je länger sie bereits dort wohnen. Eine stärkere, auch emotionale Verbundenheit kann zu erhöhter politischer Partizipation führen. In der vorliegenden Umfrage wird die relative Wohndauer als der Anteil an Jahren berechnet, seit denen man relativ zum Alter ununterbrochen im Kanton Glarus lebt.

Verbundenheit: «Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit Ihrer Ortschaft, Ihrer Wohngemeinde, dem Kanton Glarus, der Schweiz, der Welt?» (siehe Kapitel 2.1)

Kontext: Wer sich stark mit dem Kanton, seiner Gemeinde und/oder der Schweiz verbunden fühlt, wird sich politisch eher beteiligen und sich für das Wohlergehen der jeweiligen Körperschaft einsetzen. Dementsprechend dürfte eine starke Verbundenheit mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zur politischen Teilnahme einhergehen.

Vertrauen in Behörden und Institutionen: «Wie stark ist Ihr Vertrauen in folgende Behörden und Institutionen?» (siehe Kapitel 2.2)

Kontext: Ein grundlegender Mangel an Vertrauen kann zu Apathie und Politikverdrossenheit führen. Auf der anderen Seite braucht die Demokratie auch eine «aktive, leicht skeptische Bevölkerung» (Heidelberger 2018: 69). Denn (zu) grosses Vertrauen kann der politischen Partizipation ebenfalls abträglich sein.

Wohneigentum: «Sind Sie Eigentümer/in Ihrer Wohnung oder Ihres Hauses?»

Kontext: Wer über Wohneigentum verfügt, bindet einen beträchtlichen Teil seines Vermögens an einen Ort. Ferner planen Personen, die Wohneigentum erwerben, zumeist einen längeren Aufenthalt in ihrer Gebietskörperschaft. Dies kann sich in intensivierten Anstrengungen zur politischen Partizipation niederschlagen.

Zufriedenheit: «Ganz generell: Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit dem Leben in Ihrer Ortschaft, in Ihrer Wohngemeinde, im Kanton Glarus, in der Schweiz?» (siehe Kapitel 2.1)

Kontext: Einerseits ist es denkbar, dass sich Stimmberechtigte vor allem dann einbringen, wenn sie unzufrieden sind und etwas ändern wollen. Andererseits kann es sein, dass sich diese Menschen besonders stark politisch beteiligen, um den Status Quo zu erhalten oder die Anliegen der Exekutive zu unterstützen.

Zwischenmenschliches Vertrauen: *«Ganz allgemein gesprochen: Glauben Sie, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, oder dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein kann?»⁷⁴*

Kontext: Vertrauen zu anderen Menschen gilt «als Grundlage dauerhafter Kooperationen und gegenseitiger Hilfe in einer Gesellschaft» (Freitag 2014: 22) und beeinflusst dementsprechend die Bereitschaft zur politischen Teilnahme. Ein gewisses Mass an Vertrauen gilt als Grundvoraussetzung einer funktionierenden Demokratie.

9.5 Conjoint Analyse

Kurzbeschreibung der Methode

In Kapitel 6.1 haben wir untersucht, welche Faktoren auf die individuelle Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme an Gemeindeversammlungen einwirken. Damit gelingt es uns, die zugrundeliegende Teilnahmedisposition bis zu einem gewissen Grad zu erklären. Indes hängt der Entscheid zur (Nicht-) Teilnahme nicht nur von solchen individuellen Faktoren ab, sondern auch von der konkreten Ausgestaltung der jeweiligen Versammlung. So kann etwa vermutet werden, dass die Motivation zur Teilnahme grösser ist, wenn ein besonders spannendes Thema ansteht. Ebenso dürfte die Erwartung einer langen Versammlung insgesamt weniger motivieren als wenn man im Vorherein mit einer knackigen, kurzen Versammlung rechnen kann. Im Falle eines besonders spannenden Themas ist aber eher mit Anträgen und Diskussionen zu rechnen. Dies führt in der Konsequenz wiederum zu einer längeren Versammlung. Mit anderen Worten steht die prognostizierte Dauer der Versammlung also in einem Bezug zum traktandierten Hauptthema. Damit stellt sich die Frage, ob man nicht doch zum Besuch einer langen Versammlung bereit wäre, wenn dafür ein relevantes Thema ansteht. Oder ist das Thema zu wenig wichtig, um eine lange Versammlung in Kauf zu nehmen?

Um solche komplexen Zusammenhänge zu untersuchen, bietet sich die Methode der Conjoint-Analyse an. Denn sie erlaubt die gleichzeitige Untersuchung mehrerer Dimensionen von Gemeindeversammlungen mit je unterschiedlichen Ausprägungen auf die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme.

Konkret gehen wir in der vorliegenden Studie von sieben Dimensionen von Gemeindeversammlungen aus, die einen je eigenen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme haben könnten. Jede dieser sieben Dimensionen kann mehrere Ausprägungen annehmen. Eine Gemeindeversammlung kann beispielsweise am Donnerstagabend, Freitagabend oder Samstagnachmittag stattfinden (Dimension «Zeitpunkt») oder eine, zwei, drei oder noch mehr Stunden dauern (Dimension «erwartete Dauer») (zur Übersicht siehe Tabelle 17).

Im Rahmen einer Conjoint-Analyse wird für jede der sieben Dimensionen zufällig eine solche Ausprägung ausgewählt. Zusammen bilden sie eine fiktive Gemeindeversammlung. Im Beispiel oben (Tabelle 16, Versammlung 1) haben wir etwa eine Gemeindeversammlung, die am Donnerstagabend stattfindet, für deren Anreise man 10 Minuten einrechnen muss und die man zusammen mit

⁷⁴ Diese Fragestellung orientiert sich an einer etablierten Methode des Leibnitz-Instituts für Sozialwissenschaften. (Siehe: [https://zis.gesis.org/skala/Beierlein-Kemper-Kovaleva-Rammstedt-Interpersonales-Vertrauen-\(KUSIV3\)](https://zis.gesis.org/skala/Beierlein-Kemper-Kovaleva-Rammstedt-Interpersonales-Vertrauen-(KUSIV3)) [Stand 03.03.2020]). In der vorliegenden Formulierung wurde die Fragestellung auch bereits in der Schweiz angewendet (z.B. MOSAiCH 2007, siehe <https://devisu.forscenter.ch/index.php/catalog/1051/variable-groups/VG1> [03.03.2020]). Im Unterschied dazu wurden die Antworten in der vorliegenden Umfrage nicht auf einer Fünfer-, sondern einer Elferskala gemessen. Dabei steht Null für «Man kann nicht vorsichtig genug sein» und 10 für «Man kann vertrauen».

Familienangehörigen besucht. Erwartet wird eine etwa einstündige Versammlung, in der es hauptsächlich um die Totalrevision der Gemeindeordnung geht, in der es keine materiellen Annehmlichkeiten gibt und in deren Verlauf man nicht mit Anträgen aus der Versammlung rechnet.

	Versammlung 1	Versammlung 2
Zeitpunkt	Donnerstag Abend	Sonntag Vormittag
Dauer der Anreise	10 Minuten	20 Minuten
Sie werden begleitet von	Familienangehörigen	Niemandem
Erwartete Dauer der Versammlung	1 Stunde	3 Stunden
Wichtigstes Traktandum	Totalrevision der Gemeindeordnung	Genehmigung der Jahresrechnung der Gemeinde
Mit der Teilnahme verbundene «Annehmlichkeiten»	Keine	Es wird ein Geschenk verteilt
Erwartete Atmosphäre	Es werden keine Anträge eingereicht	Es kommt zu einem offenen Disput

Tabelle 16: Beispiel einer Conjoint-Task (Gegenüberstellung zweier fiktiver Gemeindeversammlungen)

In der Befragung werden jeweils zwei solche fiktiven Gemeindeversammlungen einander gegenübergestellt und den Umfrageteilnehmenden präsentiert (siehe Tabelle 16), wobei keine Person dieselbe Kombination von Ausprägungen sieht wie eine andere angeschriebene Person. Sodann werden die Umfrageteilnehmenden gebeten anzugeben, an welcher der beiden Versammlungen man eher teilnehmen würde. Im vorliegenden Fall erhält jede Person jeweils zwei solche Gegenüberstellungen.

Aus den Antworten der Befragten zu solchen Gegenüberstellungen ist es möglich, die Effekte der Ausprägungen jeder einzelnen der sieben Dimensionen auf die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme unter Berücksichtigung aller anderer Ausprägungen zu berechnen.⁷⁵ Anstatt dass wir also z.B. den Einfluss des Wochentags isoliert zu eruieren versuchen, können wir in einem Durchzug die Effekte der verschiedenen Wochentage unter Einbezug aller Ausprägungen der Dimensionen Anreisedauer, Begleitung, erwartete Dauer, wichtigstes Traktandum, Annehmlichkeit sowie erwartete Atmosphäre erheben. Damit erscheint die Ausgangslage nicht nur als realitätsnaher, sondern sie reduziert auch das Problem von Verzerrung aufgrund der sozialen Erwünschtheit⁷⁶ und hilft bei der Identifizierung zentraler Attribute, die einen signifikanten Effekt auf die Versammlungsbeteiligung ausüben.

Dimensionen und Ausprägungen

In der vorliegenden Studie gehen wir von sieben Dimensionen aus, die jeweils zwischen drei und fünf unterschiedliche Ausprägungen annehmen können. Zunächst kann das traktandierte *Haupttraktandum* eine Rolle beim Entscheid zur (Nicht-)Teilnahme spielen. Je nachdem als wie spannend das wichtigste Traktandum in den Augen der Stimmberechtigten erscheint, werden sich mehr oder weniger Leute zur Versammlung einfinden. Daneben kann davon ausgegangen werden, dass auch der *Zeitpunkt* (Wochentag) und die *erwartete Dauer* der Versammlung eine je eigene Wirkung auf die

⁷⁵ Bei der Berechnung halten wir uns an die Ausführungen von Hainmueller et al. (2014).

⁷⁶ Damit ist die Tendenz gemeint, dass Befragte oftmals dazu neigen, die sozial erwünschte Antwort zu geben.

eigene Motivation zur Teilnahme haben. Gemeindeversammlungen finden in den meisten Gemeinden der Schweiz jeweils am Abend unter der Woche statt. Eine Versammlung am Wochenende hätte demgegenüber den Vorteil, dass insbesondere auch arbeitstätige Personen einer länger dauernden Versammlung beiwohnen könnten und mehr Raum für die Diskussion bestehen würde. Die erwartete Dauer wiederum dürfte sich negativ auf den Entscheid für den Versammlungsbesuch auswirken. Daneben könnte auch die *Anreisedauer* einen Einfluss haben, schliesslich ist auch die An- und Abreise mit zeitlichen Kosten verbunden. Andererseits könnte es motivierend wirken, wenn man nicht alleine, sondern in *Begleitung* anderer Personen zur Versammlung erscheinen kann. Ebenfalls motivierend könnte es sein, wenn mit der Teilnahme auch weitergehende materielle *Annehmlichkeiten* verbunden sind. In dem Fall würde die Teilnahme mit einer kleinen Aufmerksamkeit vonseiten der Gemeinden belohnt. Schliesslich dürfte die *erwartete Atmosphäre* auf den Teilnahmeentscheid einwirken. Wenn man eine eher unaufgeregte Versammlung ohne Wortmeldungen und Anträge erwartet, könnte dies weniger motivierend wirken als wenn man von einer kontroversen, spannenden Versammlung ausgehen kann. Andererseits wird in der Literatur argumentiert, dass sich viele Stimmberechtigte eher nicht in deliberativen Foren beteiligen, wenn man offenen Streit und Konflikt erwartet (Mutz 2006) und dass sich die Erfahrung von offenem Disput und negativen Emotionen in vergangenen Versammlungen eher negativ auf spätere Entschiede zur Teilnahme auswirken (Mansbridge 1983).

Dimension	Ausprägungen
Zeitpunkt	<ul style="list-style-type: none"> • Mittwoch Abend • Donnerstag Abend • Freitag Abend • Samstag Nachmittag • Sonntag Vormittag
Dauer der Anreise	<ul style="list-style-type: none"> • Weniger als 5 Minuten • 10 Minuten • 15 Minuten • 20 Minuten
Sie werden begleitet von	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitskollegen • Freunden • Niemandem • Familienangehörigen • Nachbarn
Erwartete Dauer der Versammlung	<ul style="list-style-type: none"> • 1 Stunde • 2 Stunden • 3 Stunden • Mehr als 3 Stunden
Wichtigstes Traktandum	<ul style="list-style-type: none"> • Totalrevision der Gemeindeordnung • Erhöhung des Steuerfusses um 5 Prozentpunkte • Verpflichtungskredit von CHF 500'000 für Strassensanierungen • Gesamtrevision der Nutzungsplanung • Genehmigung der Jahresrechnung der Gemeinde
Mit der Teilnahme verbundene «Annehmlichkeiten»	<ul style="list-style-type: none"> • Es wird ein Geschenk verteilt • Es wird ein Apéro ausgeschenkt • Keine
Erwartete Atmosphäre	<ul style="list-style-type: none"> • Es werden verschiedene Anträge eingereicht, aber man findet sich • Es gibt nur geringfügige Meinungsverschiedenheiten • Es kommt zu einem offene Disput • Es werden keine Anträge eingereicht

Tabelle 17: Ausprägungen der sieben Dimensionen für die Conjoint-Analyse

Ergebnis nach Gemeinden

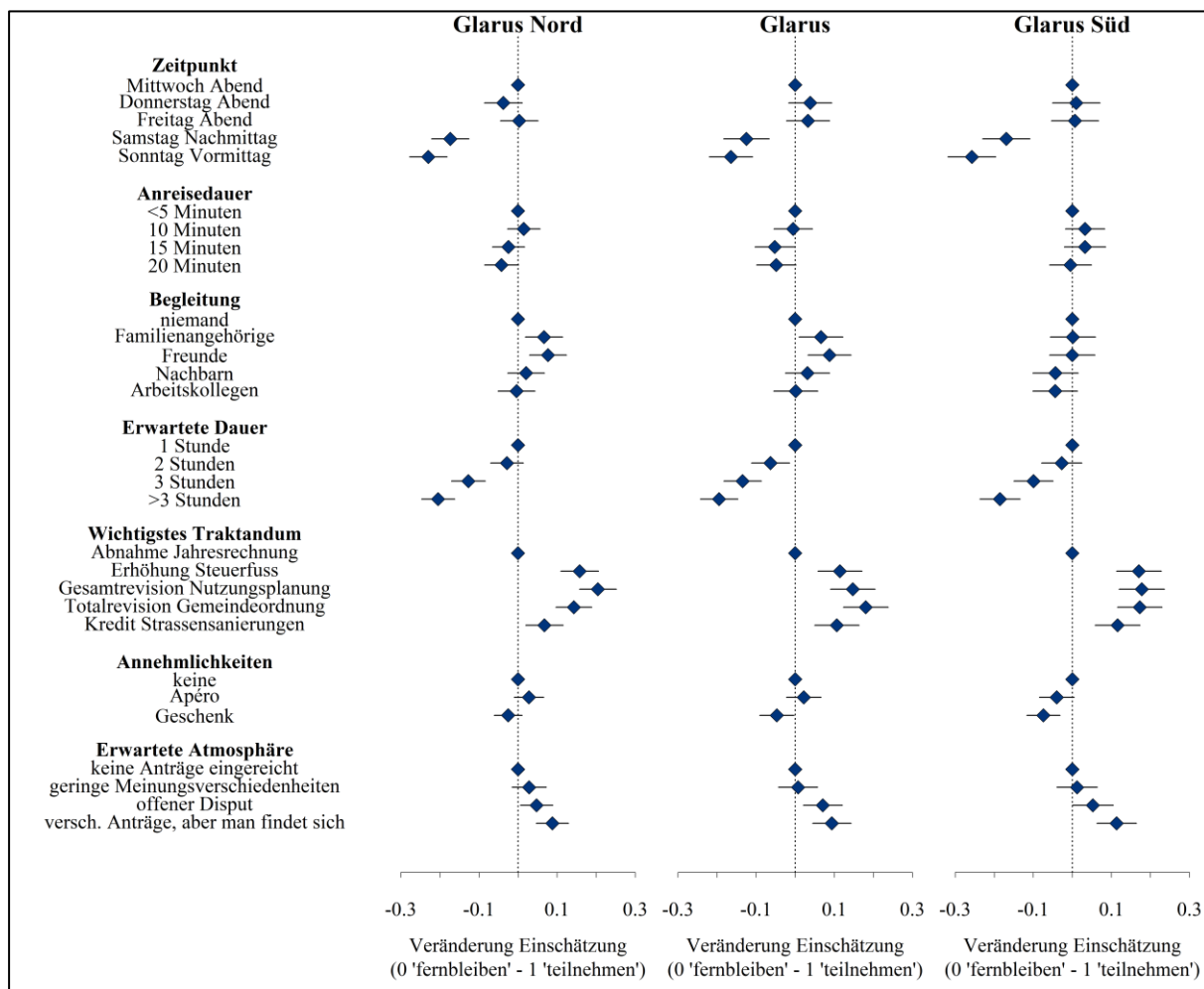


Abbildung 38: Ergebnis Conjoint-Analyse nach Gemeinde

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Durchschnittliche Verbundenheit mit verschiedenen Gebietskörperschaften	3
Abbildung 2: Durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben in verschiedenen Gebietskörperschaften	4
Abbildung 3: Ansichten zur politischen Entscheidungsfindung (Mittelwerte)	5
Abbildung 4: Durchschnittliches Vertrauen in Behörden und Institutionen	6
Abbildung 5: Interesse an Politik	7
Abbildung 6: Interesse an Politik der Gemeinde, nach Gemeinden	8
Abbildung 7: Argumente zur internen Wirksamkeit	8
Abbildung 8: Argumente zur externen Wirksamkeit	9
Abbildung 9: Nutzungshäufigkeit verschiedener Medien	10
Abbildung 10: Qualität und Nutzung verschiedener Behördeninformationen	11
Abbildung 11: Menge an Behördeninformationen von Kanton und Gemeinden	12
Abbildung 12: Menge an kommunalen Behördeninformationen, nach Gemeinden	13
Abbildung 13: Verständlichkeit der Behördeninformationen von Kanton und Gemeinden	13
Abbildung 14: Teilnahmeneigung an Wahlen versus durchschnittliche Anzahl Abstimmungsteilnahmen	19
Abbildung 15: Teilnahmeneigung Gemeindeversammlung versus Landsgemeinde	20
Abbildung 16: Teilnahmeneigung Gemeindeversammlung, Landsgemeinde und Wahlen	21
Abbildung 17: Überblick über Kandidaturen	23
Abbildung 18: Aussagen über Abstimmungen	29
Abbildung 19: Aussagen über Abstimmungen nach Teilnahmegruppen	30
Abbildung 20: Ansichten über die Gemeindeversammlungen nach Teilnahmegruppen	37
Abbildung 21: Erfahrungen mit Gemeindeversammlungen nach Teilnahmegruppen	38
Abbildung 22: Zufriedenheit mit der Versammlungsleitung	39
Abbildung 23: Conjoint-Analyse Total	41
Abbildung 24: Conjoint-Analyse nach Teilnahmegruppen	43
Abbildung 25: Beibehaltung Gemeindeversammlung vs. Einführung Gemeindeparlament	44
Abbildung 26: Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen	46
Abbildung 27: Gewichtung zwischen Landrat (0) und Landsgemeinde (10)	52
Abbildung 28: Differenz wahrgenommene vs. erwünschte Gewichtung zwischen Landrat (0) und Landsgemeinde (10)	53
Abbildung 29: Abschaffung Landsgemeinde	53
Abbildung 30: Wichtigkeit Abänderungsanträge	54
Abbildung 31: Einführung technischer Hilfsmittel zur Ermittlung des Mehrs in Landsgemeinden	55
Abbildung 32: Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen bei Landsgemeinden	55
Abbildung 33: Nutzungshäufigkeit verschiedener Medien nach Alter	69
Abbildung 34: Nutzungshäufigkeit Behördeninformationen nach Alter	70
Abbildung 35: Weitere Formen politischer Partizipation	71
Abbildung 36: Mitgliedschaften in Vereinen, Organisationen und Verbänden	72
Abbildung 37: Indizes externe und interne Wirksamkeit	74
Abbildung 38: Ergebnis Conjoint-Analyse nach Gemeinde	79

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Teilnahme an Wahlen: signifikante Unterschiede zwischen allen drei Teilnahmegruppen	24
Tabelle 2: Teilnahme an Wahlen: signifikante Unterschiede zu den immer Teilnehmenden	24
Tabelle 3: Teilnahme an Wahlen: signifikante Unterschiede zu den nie Teilnehmenden	25
Tabelle 4: Selektiv an Wahlen Teilnehmende: signifikante Unterschiede zwischen Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden	26
Tabelle 5: Teilnahme an Abstimmungen: signifikante Unterschiede zwischen allen drei Teilnahmegruppen	31
Tabelle 6: Teilnahme an Abstimmungen: signifikante Unterschiede zu den nie Teilnehmenden	31
Tabelle 7: Teilnahme an Abstimmungen: signifikante Unterschiede zu den immer Teilnehmenden	32
Tabelle 8: Teilnahme an Gemeindeversammlungen: signifikante Unterschiede zwischen den vier Teilnahmegruppen	33
Tabelle 9: Teilnahme an Gemeindeversammlungen: signifikante Unterschiede zwischen drei der vier Teilnahmegruppen	34
Tabelle 10: Teilnahme an Gemeindeversammlungen: signifikante Unterschiede zu den gar nie Teilnehmenden	35
Tabelle 11: Teilnahme an der Landsgemeinde: signifikante Unterschiede zwischen den Teilnahmegruppen	49
Tabelle 12: Teilnahme an der Landsgemeinde: Vertrauen in Behörden, Institutionen und Mitmenschen nach Teilnahmegruppen.....	50
Tabelle 13: Zustimmung zur Einführung nachträglicher Urnenabstimmungen nach Teilnahmehäufigkeit	56
Tabelle 14: Rücklauf	66
Tabelle 15: Repräsentativität und Gewichtung	67
Tabelle 16: Beispiel einer Conjoint-Task (Gegenüberstellung zweier fiktiver Gemeindeversammlungen)	77
Tabelle 17: Ausprägungen der sieben Dimensionen für die Conjoint-Analyse	78

Literaturverzeichnis

- Auer, Andreas (2016): «*Staatsrecht der schweizerischen Kantone*». Bern: Stämpfli.
- Freitag, Markus (2014): «*Das soziale Kapital der Schweiz*». Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Gerber, Marlène, Hans-Peter Schaub & Sean Mueller (2019): «Oh sister, where art thou? Theory and evidence on female participation at citizen assemblies». *European Journal of Politics and Gender*, 2(2), 173-195.
- Hainmueller, Jens, Daniel J. Hopkins & Teppei Yamamoto (2014): «Causal Inference in Conjoint Analysis: Understanding Multidimensional Choices via Stated Preference Experiments». *Political Analysis*, 22(1), 1-30.
- Heidelberger, Anja (2018): «*Die Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz. Psychologische und soziale Einflüsse auf die Abstimmungsneigung*». Baden-Baden: Nomos.
- Kriesi, Hanspeter (2005): «*Direct Democratic Choice. The Swiss Experience*». Lanham: Lexington Books.
- Ladner, Andreas (2016): «Gemeindeversammlungen und Gemeindeparlament. Überlegungen und empirische Befunde zur Ausgestaltung der Legislativfunktion in den Schweizer Gemeinden». Lausanne: *Cahier de l'IDHEAP* 292/2016.
- Ladner, Andreas & Marc Bühlmann (2007): «*Demokratie in der Gemeinde. Der Einfluss der Gemeindegrösse und anderer Faktoren auf die Qualität der lokalen Demokratie*». Zürich, Chur: Rüegger.
- Mansbridge, Jane J. (1983): «*Beyond Adversary Democracy*». Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Mottier, Véronique (1993): «La structuration sociale de la participation aux votations fédérales». In: Kriesi, Hanspeter (ed.): *Citoyenneté et démocratie directe. Compétences, participation et décisions des citoyens et citoyennes suisses*. Zürich: Edition Seismo, Sciences sociales et problèmes de société, 123-144.
- Mutz, Diana C. (2006): «*Hearing the Other Side. Deliberative versus Participatory Democracy*». Cambridge: Cambridge University Press.
- Rochat, Philippe E. (2020): «*Versammlungsdemokratie realistisch betrachtet. Die Gemeindeversammlungen der Schweiz*». Zürich, Basel, Genf: Schulthess.
- Rochat, Philippe E. & Daniel Kübler (2020): «Politische Teilnahme im Kanton Glarus. Zwischenbericht 1: Beschrieb der Ausgangslage». Studienbericht des Zentrums für Demokratie Aarau vom 24. September 2020. Aarau: Zentrum für Demokratie.
- Schneebeli, Daniel (2009): «Hat die Gemeindeversammlung ausgedient?» *Tages-Anzeiger* vom 29. Juli 2009, S. 9.
- Stadelmann-Steffen, Isabelle & Clau Dermont (2015): «How exclusive is assembly democracy? Citizens' assembly and ballot participation compared». *Swiss Political Science Review*, 22(1), 1-28.
- Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman & Henry E. Brady (1995): «*Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*». Cambridge, London: Harvard University Press.